COMPACT Magazin

COMPACT

Ausgabe 03/2017 | 4,95 EUR
www.compact-online.de

MAGAZIN FÜR SOUVERÄNITÄT

Schulz wird Merkel

Der neue Kandidat der Eliten

Terrorhelfer

Anis Amri und der SPD-Minister

Hatz auf die AfD

Pressegeier gegen Höcke

Dresden-Lügen

Verhöhnung der Bombenopfer

Tatort-Krimis

Der Mörder ist immer der Deutsche

Dossier: Krieg gegen Trump

Der neue Präsident und seine Feinde

4 192153 204957 03

Abo jetzt mit T-Shirt Zusatzprämie!

Freiheit für Deutschland!

COMPACT

Ehrlicher Journalismus in Zeiten der Lüge.

Die schweigende Mehrheit kann die Verhältnisse zum Tanzen bringen, wenn sie ihre Stimme wiederfindet. COMPACT ist ihr Lautsprecher, weil wir drucken und verbreiten, was andere nicht zu schreiben wagen. Unterstützen Sie uns jetzt mit einem Abo! Als Dankeschön genießen Sie exklusive Vorteile:

COMPACT-Abonnenten

- erhalten jetzt neben der regulären Abo-Prämie unser Bekenner-Shirt »Freiheit für Deutschland« als Zusatzprämie!
- bekommen das Magazin, bevor es am Kiosk erhältlich ist, jeden Monat in einer Versandtasche bequem nach Haus!
- zahlen kein Porto!
- sparen bei COMPACT-Konferenzen am Eintrittspreis!
- haben freien Eintritt zu der monatl. Veranstaltungsreihe COMPACT-Live!

www.mut-zum-abo.de

*gilt bei Versand innerhalb D., sonst 83,40 EUR

Schulz wird Merkel

Meine Prognose: Er schafft's. Sein bestes Argument ist Angela Merkel. Die Leute können sie einfach nicht mehr sehen: die Topffrisur, die Raute, die abgeknabberten Fingernägel, die mäandernde Betulichkeit. Und dann ihr Altersstarrsinn! Das Diktum «Wir schaffen das» ein Mal zum Besten zu geben, hätte ihr das schafsgeduldige Wahlvolk noch durchgehen lassen: Es waren chaotische Tage Anfang September 2015, da kann einer Mutti so ein Fauxpas schon mal rausrutschen. Aber diese Dreiwort-Schlaftablette auch noch hochzuhalten, nachdem ihre Fachkräfte den deutschen Michel schon aus dem Schlummer gebombt hatten, war eine unglaubliche Instinktlosigkeit. Dass sie überhaupt noch im Amt ist, geht auf die Kastration der Union zurück: Allen Opponenten von Friedrich Merz über Karl-Theodor zu Guttenberg bis zu Wolfgang Schäuble hat sie die Eier abgeschnitten. Jetzt sind nur noch flaumbärtige Konfirmanden wie Norbert Röttgen und Eunuchen wie Peter Altmaier übrig.

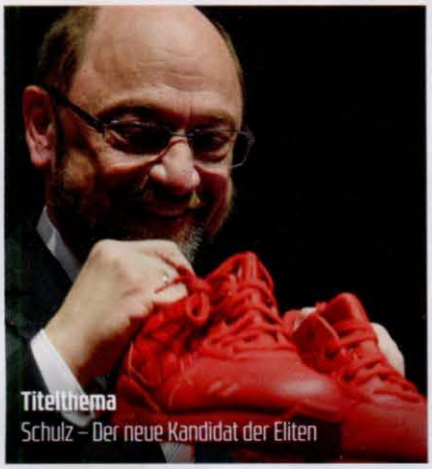
Merkel hat dermaßen fertig, dass sie jeder mit Erfolgsaussicht herausfordern könnte, der einen Wandel verspricht. Er darf nur nicht – etwa als Minister der Großen Koalition – selbst ihren Dreck an sich kleben haben. Deswegen schieden Sigmar Gabriel und Frank-Walter Steinmeier aus, deswegen holten die Sozis mit Martin Schulz einen Kandidaten aus dem fernen Brüssel. Für politisch Interessierte hat er die Ausstrahlung eines «feuchten Lappens», die der Brexit-Führer Nigel Farage einst dem EU-Ratspräsidenten Herman Van Rompuy attestierte. Aber die breite Masse könnte auf den Bluff hereinfallen: Oberflächlich betrachtet ist der joviale Rheinländer tatsächlich eine Alternative zu der vertrockneten Uckermärkerin. Endlich tritt mal wieder ein Mann an und endlich einmal keine ostdeutsche Pfaffenseele, werden viele denken. Schulz gibt den Kumpel, mit dem man gerne ein paar Pilsken kippen würde, um zu testen: Ist er wirklich abstinent geworden? Er läuft breitbeinig, er kann fluchen, er kann sich notfalls auch Pipi aus den Augen drücken – das sind Eigenschaften, die der gefühlsarmen und menschenscheuen Kanzlerin gänzlich fehlen.

Aber eine politische Alternative ist er nicht, ganz im Gegenteil. Wenn Thilo Sarrazin schreibt, Schulz stimme bei den Inhalten zu 95 Prozent mit Merkel überein, so ist das eine Untertreibung. In Wirklichkeit sind es 150 Prozent. Die für den deutschen Steuerzahler desaströse Euro-Rettung wollten beide – er aber hätte für Euro-Bonds gerne auch noch unsere Spareinlagen verpfändet. Während die Kanzlerin die inflationäre Geldvermehrung durch die Europäische Zentralbank stillschweigend unterstützt, setzt er mit der Forderung nach weiteren Hilfen für die defizitären Südmitglieder noch eins oben drauf. Auch ihre Frontstellung gegen Donald Trump wird er noch verstärken: Er kann sie mit dem traditionellen Antiamerikanismus aus seinen Juso-Tagen pfeffern – obwohl dieser aus Zeiten stammt, als man in Washington Atomschläge auf Moskau plante und nicht, wie aktuell, die Verständigung sucht. Unter Merkel ist Deutschland der US-Kettenhund gegen Russland. Der eingefleischte Eurokrat Schulz aber will mehr: Dass aus der EU ein Imperium wird, das eigenständig auftrumpfen kann.

Chefredakteur Jürgen Elsässer. Foto: Jörg Gründler

Vor allem wird er in den Schicksalsfragen unserer Nation dort weitermachen, wo die Kanzlerin aufgehört hat: bei Islamisierung und Massenzuwanderung. «Was die Flüchtlinge mit zu uns bringen, ist wertvoller als Gold», jubilierte er schwülstig im Juni 2016. Jetzt legte er im *Spiegel* nach: «Der Traum von Europa (...) – schauen Sie in die Gesichter der Flüchtlinge, dann sehen Sie diesen Traum. Das sind Menschen, die vor Krieg, Hass, Gewalt und Unrechtssystemen fliehen.» Dass darunter Sozialbetrüger, Scharia-Anhänger, Vergewaltiger und Terroristen sind – haben wir das je von Schulz gehört?

COMPACT Themen


Titelthema
Schulz – Der neue Kandidat der Eliten

Politik
Der Terrorhelfer – Anis Amri und der SPD-Minister

Dossier
Trump – Der neue Präsident und seine Feinde

Leben
Tatort – Der Mörder ist immer der Deutsche

06 Leserbriefe
07 Zitate des Monats
09 COMPACT intern

Titelthema

11 Der Kopf der roten Bonzokratie
Schulz – Genosse vom Stamme Nimm

14 Die Abrissbirne
Das Elend der Sozialdemokratie

14 Kabinett des Grauens
Feministisch, kriegsgeil, arbeitsscheu

18 #SchulzKannÜberWasserLaufen
Der postfaktische Kandidat

Politik

21 Der Griff nach der Bombe
Nukleare Phantasien der BRD

23 Der Terrorhelfer
Ein SPD-Minister als Sicherheitsrisiko

26 Plädoyer für die wehrhafte Demokratie
Sicherheit versus Freiheit

29 Hatz auf die AfD
Pressegeier gegen Petry und Höcke

32 «Wir haben nur eine Chance, wenn wir zusammenstehen»
Interview mit Martin Renner, AfD NRW

35 Staatsziel: Auflösung des Volkes
Das Scheitern des NPD-Verbots

37 «Ich vertraue auf den Schutz Amerikas»
Gespräch mit Franz Josef Jung (CDU)

38 «In ganz Europa gewinnen die Patrioten»
O-Ton von Geert Wilders

Dossier

42 Putsch gegen Trump
Das US-Establishment will den Umsturz

45 Treibjagd auf Trumps Jüngsten
Der Hass der Eliten auf die Familie

47 Schwul, cool, klug – und rechts!
Milo – Der Star der AltRight-Bewegung

50 Die Rotte der Röttgens
Deutsche Politiker und Trump

Leben

53 Der Mörder ist immer der Deutsche
Tatort-Krimis als Volkserziehung

56 Hofnarren des Merkel-Staats
Der Niedergang des deutschen Kabaretts

59 Abitur für alle
Neues aus den Ruinen der Bildungspolitik

61 Die Dresden-Lügen
Die Verhöhnung der Bombenopfer

Kolumnen

63 Von Flockens Helden _ Paul Beneke
64 Hartlages BRD-Sprech _ völkisch
65 Sellners Revolution _ Selbstverteidigung
66 Bartels Schmäh _ Bimbes und Kaischi

COMPACT Impressum

Herausgeber & Verlag
COMPACT-Magazin GmbH
Geschäftsführer Kai Homilius
Am Zemsee 9, 14542 Werder (Havel)
E-Mail verlag@compact-mail.de
Website www.compact-online.de

Vertrieb, Bestellungen, Abo-Betreuung
Fon 03327-5698611
Fax 03327-5698617
E-Mail vertrieb@compact-mail.de

Bankverbindung COMPACT-Magazin GmbH
Mittelbrandenburgische Sparkasse
BIC: WELADED1PMB
IBAN: DE74 1605 0000 1000 9090 49

COMPACT Redaktion (NEU!)
Französische Str. 12, 10117 Berlin
Fon 030-20188322
Fax 030-20188575
E-Mail redaktion@compact-mail.de

Chefredakteur Jürgen Elsässer (V.i.S.d.P.)
Chef vom Dienst Martin Müller-Mertens
Redakteure Marc Dassen (Politik), Tino Perlick (Korrespondent), Harald Harzheim (Kultur)

Cover Montage Iris Fischer
Fotoquellen Cover dpa
Layout/Bild Steffen Jordan

Anzeigenakquise
E-Mail anzeigen@compact-mail.de

Gedruckt in Deutschland

Redaktionsschluss
11.2.2017

Erscheinungsdatum der nächsten Ausgabe
Samstag, 1.4.2017

Keine Tränen für Deutsche? *72 Jahre nach dem angloamerikanischen Terrorangriff auf Dresden provozierte das Establishment der sächsischen Landeshauptstadt mit einer Relativierung der Opfer. Drei ausgemusterte Linienbusse stellte der Künstler Manaf Halbouni auf dem Platz vor der Frauenkirche hochkant. Nachempfunden hatte der Deutsch-Syrer das Machwerk einer Barrikade, welche Fotos zu Folge die salafistische Ahrar-al-Scham-Miliz in Aleppo errichtet oder zumindest genutzt hatte. Nur gegen massiven Protest von Dresdner Bürgern konnte Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP) den Schrotthaufen vor der Frauenkirche einweihen. Der örtlichen Antifa-Sturmabteilung war die Aktion offenbar nicht ausreichend. Pünktlich zum Jahrestag des Bombenhagels veranstaltete sie den Gedenkstein der Opfer mit dem Schriftzug «Nationalismus und Geschichtsverklärung verhüten – Dresden du Täter*in!». Foto: afdberichte.de*

Zu COMPACT allgemein

Die Themenbreite und den Inhalt der Beiträge kann ich wieder mal nur klasse finden. Ohne die Qualität der übrigen herabzusetzen, finde ich die Rede von Vaclav Klaus so realistisch, wie er die negativen Schwerpunkte unserer traurigen Realität herausstellt, wie er das Ziel der EU mit der für mich neuen charakteristischen Wortschöpfung «homo bruxellarium» bezeichnet. Auch die Beiträge über Rainer Wendt und die sehr differenzierte Beschreibung der Le Pen-Frauen finde ich hervorragend. Und das Editorial vom Chefredakteur zeigt treffend die verlogene Moral der deutschen Führungselite.

rubo, per Website-Kommentar

Beiträge gelesen, für gut befunden. Gut recherchiert, guter Journalismus! Gefällt mir.

Sa Thiede, per Facebook-Kommentar

Zum Editorial «Trauern verboten»

In einigen amerikanischen und englischen Medien wurden bereits nach drei Tagen Namen genannt und Bilder gezeigt, die in deutschen Medien erst vor Tagen auftauchten. Hier gab es aber reichlich Klagen, dass man sich überhaupt nicht um die Opfer kümmere. Das allein ist schon Skandal genug. Das ist bei «normalen» Kriminalfällen in Deutschland auch nicht üblich. Aber was ist hier noch normal?

Edmund, per Website-Kommentar

Warum machen wir nicht einen Staatsakt für die jedes Jahr getöteten Obdachlosen? Seit Jahren werden einige dieser Menschen ermordet, und hier in der Bundesrepublik Deutschland ist keiner, der für diese Menschen das Wort ergreift. Eine Bekannte von mir war auf dem Weihnachtsmarkt und ist mit dem Schrecken davongekommen. Leider hatte der andere Bekannte von mir nicht so viel Glück. Er ist eines der Opfer.

Mike Berger, per Website-Kommentar

Man wollte die unangenehme Frage: «Wie konnte das geschehen, und wer ist dafür politisch verantwortlich» nicht einer weiten Verbreitung aussetzen. Also wurde alles schnell unter den Teppich gekehrt. Nun, in absehbarer Zeit, mit weiteren Anschlägen und Vorkommnissen, wird dies weiter die Vorgehensweise sein und gerade dadurch den Unmut und die Wut in der Bevölkerung weiter steigern. Man wird die Schuld den Regierungsparteien, allen voran der Merkel, wie auch den mitspielenden Systemmedien und Gutmenschen anlasten.

Freimann, per Website-Kommentar

Wer irgendeine menschliche Regung bei Merkel vermutet, weil sie die Flüchtlinge aufgenommen hat, welche ihre Mischpoke zuvor produziert hat, der glaubt auch noch an den Osterhasen. Die ist eiskalt berechnend und macht keinen Finger krumm ohne Hintergedanken.

Saheike1, per Website-Kommentar

Zum Titelbild

Mann, Elsässer: Endlich mal ein Bild, das man sich anzusehen traut!

Ichbin, per Website-Kommentar

Ja, wenn man die Wahl zwischen der feschen Patriotin auf dem Titelblatt und der Merkel oder der Roth oder der Ditfurth hat, zaudert man nicht lange... Es ist immer angenehm, wenn sich Schönheit mit Klugheit und Mut paart.

Jürgen G., per Website-Kommentar

Zu «Der Zorn der alten Dame»

Ich mag Frau Schwarzer nicht, und ich habe sie noch nie gemocht ob ihres völlig überzogenen Feminismus. Allerdings nötigt sie mir Respekt ab, da sie sich von nichts und niemandem etwas vorschreiben lässt. Wohl gesprochen, Frau Schwarzer.

Josephine Weber, per Facebook-Kommentar

Frau Schwarzer hat sehr viel erlebt und gelernt. Sie hat den Hass der Nafris und Muslime auf unsere Gesellschaft richtig eingeordnet. *Joachim Kelling, per Facebook-Kommentar*

Also ist man automatisch ein Rechter, wenn man augenblickliche Probleme anspricht, komische Logik (Schubladendenken). Aber mir egal, ich sage, was gesagt werden muss, bis zum bitteren Schluss. Vorher Alice im Wunderland, aber nun in der Realität angekommen. Respekt, Frau Schwarzer...

Horst Schiblonski, per Facebook-Kommentar

Zu «Merkels Tote, Jägers Tote»

Die ganze Amri-Geschichte stinkt von Kopf bis Fuß... Ich glaube nicht, dass Amri ein V-Mann war, eher wollte die Sicherheitsbehörde durch ihn an die größeren Netze der Dschihadisten rankommen und über andere geplante Attentate in Deutschland etwas erfahren, sie dachten bestimmt, er führt sie zu denen.

Anna, per Website-Kommentar

Zu «Fake News gegen Trump»

Aber in den deutschen (linken) Medien ist Trump jetzt der Rassist. Aber kein Wort über die große Terrorgefahr durch die vielen illegal eingewanderten Mohammedaner, unter denen es viele Radikale gibt. Wenn es wieder einen Terroranschlag durch Moslems gibt, gilt die Sorge der Medien nicht den Opfern, sondern nur, dass der Islam nicht kritisiert wird.

sagdiewahrheit, per Youtube-Kommentar

Zu «Sellners Revolution»

Martin Sellners Artikel geht ja mal überhaupt nicht. Sich aufs Land zurückzuziehen und vorzubereiten, so wie es bei unseren Großeltern noch Gang und Gäbe war, macht nebst Freizeit- respektive Regenerationswert weitaus mehr Sinn, als mit durchgestylten bärtigen Frauen wie Hippies in Großstadt-Ghettos zu demonstrieren. Wenn die Antifa aufläuft, dann die Bullerei rufen oder wegrennen, wenn es mal ein bisschen robuster wird. Super Revoluzzer :(

Common European Adder, per Youtube-Kommentar

Dieser Wahlkampf wird handfest. Foto: Charlie Hebdo

Schulz wird Merkel

«Der neue rechte Jargon (...) // Abmerkeln – beschreibt die Forderung nach der Abwahl von Angela Merkel bei der Bundestagswahl und ist nur eine von vielen Wortneuschöpfungen (...). Ebenfalls beliebt in sozialen Netzwerken: Ausgemerkelt, Muslim-Merkel, Monster-Merkel oder Merkler als Synonym für Flüchtlinge.» *(Welt Online, 10.1.2017)*

«Eine Obergrenze ist keine Antwort auf die Flüchtlingsfrage, auch wenn sie europäisch vereinbart wird. Was machen wir denn mit dem ersten Flüchtling, der an die europäische Grenze kommt und für den kein Kontingent mehr zur Verfügung steht? Schicken wir den zurück in den vielleicht sicheren Tod?» *(Martin Schulz, 25.1.2017)*

«Er versteht nicht die drei Dinge, auf die es ankommt: Religion, Nation und Markt.» *(Ungarns Premier Viktor Orban über Schulz, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.1.2017)*

«Wenn Trump jetzt mit der Abrissbirne durch diese Werteordnung läuft, werde ich ihm als Kanzler sagen: Das ist nicht die Politik Deutschlands und Europas.» *(Martin Schulz, Spiegel Online, 1.2.2017)*

Spiegel: «Was können Sie besser als Angela Merkel?» Schulz: «Weiß ich nicht.» *(Spiegel, 4.2.2017)*

«Die Deutschen scheinen ihrer Kanzlerin überdrüssig: In einer aktuellen Umfrage sehen knapp zwei Drittel der Befragten die "Zeit für einen Wechsel" gekommen.» *(Merkur Online, 10.2.2017)*

Bitte was?

«Israel ist unsere Zukunft!» *(AfD-Spitzenkandidat Markus Pretzell beim Kongress «Europa der Nationen und der Freiheit» in Koblenz, 21.1.2017)*

Terror-Diva

«Ja, ich habe viel darüber nachgedacht, das Weiße Haus in die Luft zu jagen.» *(US-Popsängerin Madonna beim Womensmarch, einer Anti-Trump-Protestveranstaltung in Washington, 21.1.2017)*

Bier auf Wein, das lass sein

«Selbst mit vier Promille würde ich nicht zur AfD gehen!» *(CDU-Bundestagsabgeordneter Wolfgang Bosbach, Bild Online, 22.1.2017)*

Linker Herzkasper

«Forscher aus Großbritannien berichten (...), dass ein Herzschlag zur unrechten Zeit der Auslöser für rassistische Taten sein kann.» *(Deutschlandfunk Online, 24.1.2017)*

Putschfantasien

«Das würde passieren, wenn das Militär Donald Trump stürzt // Mit Hilfe von Experten haben wir das Szenario durchgespielt.» *(vice.com, 25.1.2017)*

Feindbild Miraculix

«Razzia im Reichsbürger-Milieu // Rechtsextremer mit Rauschebart: Ein Druide soll Kopf von Terror-Gruppe sein» *(Focus Online, 26.1.2017)*

«Forscher erschaffen erstmals Mischwesen aus Mensch und Schwein»

Focus Online, 27.1.2017

Die Wahrheit boomt

«Seit einiger Zeit sickern abstruse Erklärungen, die früher kaum jemand ernst nahm, in den Mainstream ein: Deutschland – kein souveräner Staat, der 11. September– ein "Inside Job". Verschwörungstheorien boomen.» *(Deutschlandfunk Online, 27.1.2017)*

Null-Bock-Kultur

«Auch wenn die Mehrheit der Flüchtlinge die Deutschkurse annimmt, gibt es eine beträchtliche Zahl von Verweigerern. Im Main-Taunus-Kreis etwa sind 400 Flüchtlinge trotz wiederholter Aufforderung gar nicht erst im Kurs erschienen.» *(ZDF-heute, 31.1.2017)*

Autsch!

«In einem Buch des Klett-Verlags wird implizit die Rothschild-Bank als Strippenzieher der Eurokrise gezeigt. Es wird nun aus dem Verkehr gezogen.» *(Taz, 31.1.2017)*

Klar wie Kloßbrühe

«Nach zwei Wochen im Amt ist klar: Donald Trump hat damit begonnen, die amerikanische Demokratie in eine Diktatur zu verwandeln.» *(Jakob Augstein, Spiegel Online, 2.2.2017)*

Die armen Traumatisierten!

«Beleidigungen wie "Scheiß Deutsche" und "Arschlöcher" seien für die Mitarbeiter des DRK [Deutsches Rotes Kreuz] Normalität gewesen. Auch Drohungen wie "Wir legen die Halle in Schutt und Asche", "Wir zünden euch an", "Wir bringen euch alle um (...)" seien dort an der Tagesordnung gewesen.» *(Asylhelfer beschreiben ihren Alltag, nrw-direkt.net, 5.2.2017)*

Mit Antifa-Titeln hat die Hamburger Morgenpost Erfahrung. Nach der Dresdner Rede von Björn Höcke echauffierte sich das Blatt aus dem DuMont-Medienkonzern über die angebliche Naziede. 2016 erklärte sie Sachsen zum «bräunen Schandfleck». Foto: Hamburger Morgenpost

Anzeige

Nichts ist friedlich am radikalen Islam

„Religion des Friedens". So stellt sich der Islam selber dar. Aber stimmt das wirklich?

Mohammed war nicht nur Religionsstifter. Er war auch Politiker und Kriegsherr. Wer sich seinen Ideen in den Weg stellte der wurde – ohne mit der Wimper zu zucken – ganz einfach umgebracht.

Das alles wird jetzt in einer fundierten und gut verständlichen Broschüre beschrieben, die Sie kostenlos bestellen können.

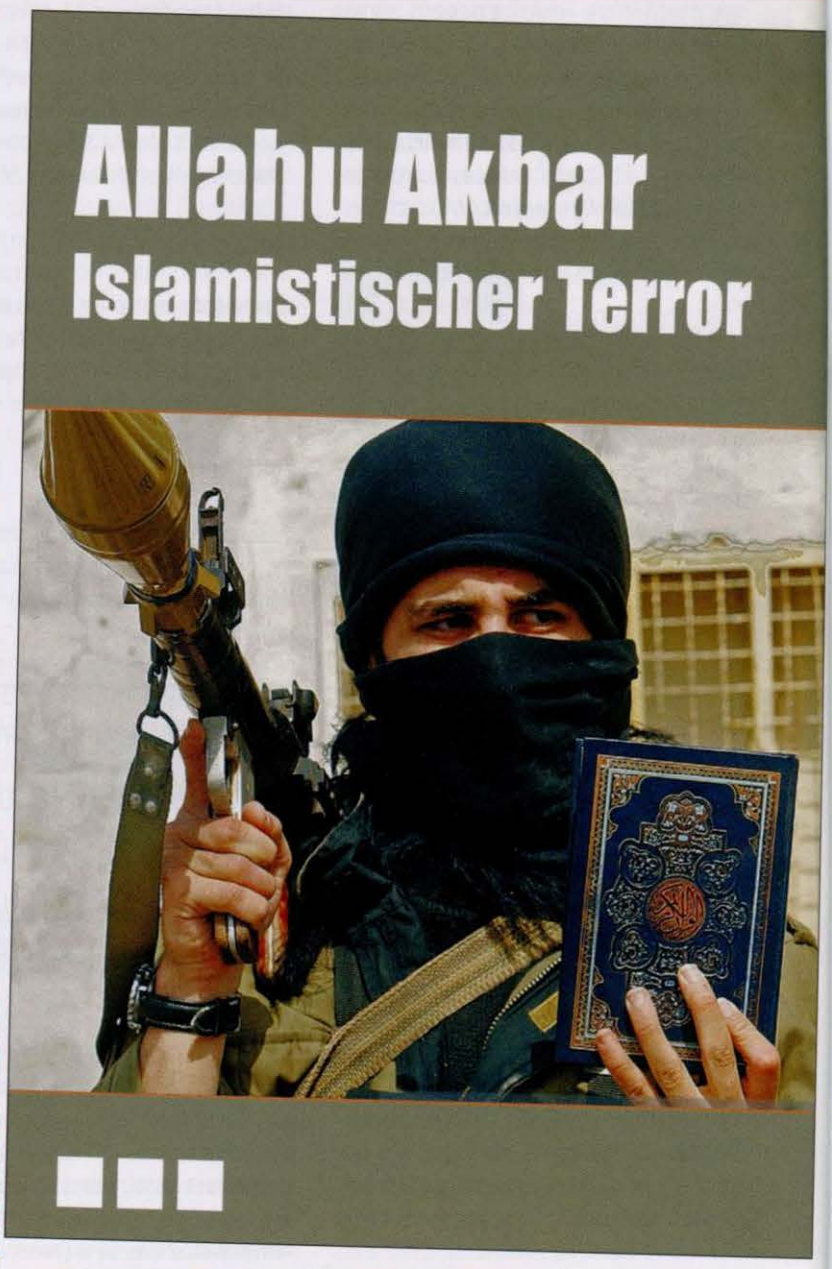
Gravierender Unterschied zwischen Christus und Mohammed

Die Unterschiede zwischen Islam und Christentum sind gravierend. Jesus Christus und Mohammed haben nicht die geringsten Gemeinsamkeiten.
In der Broschüre wird der Unterschied zwischen Christentum und Islam sehr gut erklärt.

Bewiesen wird auch die Tatsache, daß der Koran selber die Handlungsanweisungen zum barbarischen und unmenschlichen Umgang mit „Ungläubigen" gibt.

Erklärt wird auch, daß der Koran erst viele Jahre nach Mohammeds Tod aufgeschrieben wurde. Mohammed selber konnte weder lesen noch schreiben.

Wer beim Thema Islam mitreden möchte – der muß diese Broschüre gelesen haben.



Glasklare Fakten auf 44 Seiten. Titel der neuen Broschüre Allahu Akbar – Islamistischer Terror

Kostenlose Bestellung

Von der Broschüre

Allahu Akbar
Islamistischer Terror

bestelle ich kostenlos hiermit **ein** Exemplar.

Name: _____

Vorname: _____

Straße: _____

Plz und Ort: _____

Bitte einsenden an:

Die Deutschen Konservativen e.V.

Postfach 76 03 09 · 22053 Hamburg
Fax: 040/299 44 60
E-mail: info@konservative.de · www.konservative.de

Der COMPACT-Stand auf der Buchmesse 2016.
Foto: Jörg Gründler

Zum Thema Asyl hat COMPACT bereits zwei Bestseller-Sonderausgaben produziert. Foto: COMPACT

Darf man diese Frau «ekelhaft» nennen?
Foto: COMPACT

COMPACT-Live

Meterhoch ragt er empor: der COMPACT-Turm auf der alljährlichen Leipziger Buchmesse, ein Blickfang im Gewühl. Als bedrohlichen «Meteoriten» kommentierten unsere Kritiker die Konstruktion im vergangenen Jahr, um die Präsenz unseres Magazins als gefährliche Provokation erscheinen zu lassen. Hey, entspannt Euch: Das nennt man Werbung!

Diverse Versuche, unseren Auftritt zu sabotieren, scheiterten kläglich. Auch 2017 wird der Meteorit wieder zu sehen sein: Von 23. März bis 26. März öffnet die Messe zwischen 10 und 18 Uhr ihre Tore.

Nicht fehlen sollten Sie vor allem, wenn unser aktuelles COMPACT-Spezial *Nie wieder Grüne – Portrait einer gefährlichen Partei* am Freitag, 24. März zwischen 17:30 und 18 Uhr direkt gegenüber von unserem «Meteor» (Halle 5, Stand 201) vorgestellt wird. Die Moderation übernimmt unser Chef vom Dienst Martin Müller-Mertens. Mit dabei: Michael Vogt von *Querdenken-TV*, der Philosoph Peter Feist und Redakteur Marc Dassen. Am darauffolgenden Samstag (25.3.) gibt's dann um 17 Uhr die große Premiere unserer nächsten Spezialausgabe mit dem Thema *Asyl. Merkels Tote*, ebenfalls mit Müller-Mertens und Feist. Fans und Kritiker sind alle herzlich eingeladen, mit uns ins Gespräch zu kommen!

Chefredakteur Jürgen Elsässer spricht «Gegen Merkel und Schulz» am 1. März in Altenburg/Thüringen (Kulturhaus Cosma, Beginn 19 Uhr) zusammen mit dem Dresdner Richter Jens Maier (Platz zwei auf der sächsischen Landesliste zur Bundestagswahl) und am 4. März in München (Beginn 18 Uhr, Ort auf *compact-online.de*). ■

COMPACT-Sonderausgaben

Ab Ende März ist COMPACT-Spezial Nummer 13 mit dem Arbeitstitel *Asyl. Merkels Tote* am Kiosk. Wir widmen uns dem zentralen Thema der fehlenden inneren Sicherheit im Zuge des Asylchaos – und erinnern an die deutschen Opfer der islamischen Gewalttäter.

Ende April erscheint in der Reihe COMPACT-Edition die Ausgabe *Donald Trump: Seine großen Reden und Interviews*. Zum ersten Mal werden Sie auf Deutsch im Wortlaut nachlesen können, was der neue US-Präsident tatsächlich will – und nicht die Fake News, die die Lügenpresse aus seinen Aussagen macht.

Ende Mai starten wir mit unserer neuen Reihe COMPACT-Geschichte. Die erste Nummer wird die tausendjährige Historie des Deutschen Reiches behandeln, die leider im herrschenden Diskurs immer auf die zwölf Jahre von 1933 bis 1945 eingestampft wird. Eine zweite Ausgabe *Die Türkenkriege – Wie sich das Abendland gegen die Islamisierung verteidigte* ist ebenfalls für 2017 geplant.

Ende Juni ist dann wieder COMPACT-Spezial dran. Die Nummer 14 mit dem Arbeitstitel *Linksfront marschiert – Rot-rot-grün will die Macht* setzt sich kritisch mit den Kräften auseinander, die mit dem Kandidaten Martin Schulz die Republik verändern wollen. Übrigens: Wer unser Magazin abonniert hat, bekommt die Sondernummern nicht automatisch. Ein zusätzliches Spezial-Abo ist empfehlenswert und kann, wie die Einzelhefte, unter abo.compact-shop.de geordert werden. ■

COMPACT kämpft für Sie!

COMPACT ist mehr als eine Zeitschrift – wir kämpfen auch für die Meinungsfreiheit: Marco Mehlenberg hatte die Grünenpolitikerin Claudia Roth im November 2015 in einer E-Mail an den Flüchtlingskoordinator der Stadt Brühl als «ekelhaft» bezeichnet. Das nichtöffentliche (!) Dokument erreichte die dünnhäutige Roth, die prompt Strafanzeige wegen Beleidigung erstattete. Die Staatsanwaltschaft übernahm den Fall und Roth bekam im August 2016 vor dem Amtsgericht Brühl Recht.

Anfang Februar fand das Berufungsverfahren in Bonn statt. Mehlenberg überließ es nicht seinem Verteidiger, ihn aus der Bredouille zu ziehen, sondern rechtfertigte sich selbst: Gestützt durch zahlreiche Pressebelege, die meisten davon aus Publikationen des COMPACT-Magazins, wies er Roths antideutsche Gesinnung nach. Die Studienabbrecherin fordere «ständig noch mehr Multikulti in der BRD und Europa, obwohl wir die negativen und tödlichen Folgen (...) leider oft genug erleben». Der Richter blieb hart: Mehlenberg muss nun neben dem Strafmaß von 40 Tagessätzen zu 50 Euro auch die Prozesskosten berappen. Weil er nach wie vor zu seiner Meinung steht, kündigte er an, in Revision zu gehen. COMPACT stellt sich hinter all jene, die sich gegen den deutschen Linksstaat mit friedlichen Mitteln zur Wehr setzen. Daher unterstützten wir Mehlenberg mit einem Spendenaufruf – innerhalb von vier Tagen kamen bereits 6.000 Euro zusammen.

Spenden unter dem Verwendungszweck «Ekelhaft» bitte auf das Konto Marco Mehlenberg / IBAN: DE94 3002 0900 3620 0903 75, Targo Bank Brühl. ■

Anzeige

Jetzt testen!

Wer bringt den bissigsten Wochenrückblick Deutschlands?

Bestellen Sie jetzt 4 Wochen kostenlos zur Probe unter 040-41400842 oder vertrieb@preussische-allgemeine.de. Der Bezug endet automatisch.

Preußische Allgemeine Zeitung.
Die Wochenzeitung für Deutschland.

Der Kopf der roten Bonzokratie

von Martin Müller-Mertens

322.000 Euro geschätztes Jahreseinkommen: Der selbsternannte Vorkämpfer für soziale Gerechtigkeit ließ es sich in Straßburg gutgehen. Als EU-Parlamentspräsident soll Martin Schulz Günstlinge versorgt, Korruption gedeckt und öffentliche Gelder für seinen Wahlkampf missbraucht haben.

Wie ein Cäsar schritt Martin Schulz auf die Bühne. Rund 1.000 Claqueure verwandelten das vielstöckige Atrium im Willy-Brandt-Haus in eine Arena. Nur vom 3,40 Meter hohen Denkmal des namensgebenden Übervaters überragt, verkündete der langjährige EU-Parlamentspräsident eine 58-minütige Heilsbotschaft an die sozialdemokratischen Herzen. Ihr Kern: Mit ihm an der Spitze wird die SPD die ewige Kanzlerin Angela Merkel herausfordern. «Ich bin sowohl gefühlt als auch faktisch der bessere Kandidat», gab sich der 61-Jährige – bezogen auf Sigmar Gabriel – am 29. Januar selbstbewusst. Für die Öffentlichkeit vollkommen überraschend hatte der amtsmüde Parteichef auf eine eigene Kandidatur verzichtet und unter Bruch des ursprünglichen Zeitplans den Neuling im Berliner Politikbetrieb vorgeschlagen.

Sausack von Würselen

Dass Schulz zum Retter der abstürzenden Sozialdemokratie aufsteigen, sogar nach dem Kanzlersessel schielen würde, war dem Rheinländer nicht in die Wiege gelegt. Für die Schule, zuletzt das katholische Heilig-Geist-Gymnasium, entwickelte Schulz wenig Neigung. Nach zweimaligem Sitzenbleiben verließ er sie 1974 mit der elften Klasse. Wohl mehr aus Not, denn aus tatsächlichem Interesse begann Schulz 1975 eine Lehre als Buchhändler. Etwa zu dieser Zeit griff er zur Flasche. «Ich habe alles getrunken, was ich kriegen konnte. Ich war ein Sausack», gesteht er im Rückblick. 1980 wollte er sich das Leben nehmen, angeblich hielten der Bruder und ein Bekannter ihn ab.

«Ich habe alles getrunken, was ich kriegen konnte.»
Martin Schulz

Gestern Genosse der EU-Bosse, heute Sankt Martin: Den Imagewandel hat Schulz im Handumdrehen hinbekommen. Foto: picture alliance / BeckerBredel

Einer von beiden ist Abstinenzler: Schulz mit EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker. Foto: picture alliance / dpa

Zu diesem Zeitpunkt beschloss Schulz ein neues Leben zu beginnen, ist seither abstinent. Bereits als 19-Jähriger war er der SPD beigetreten. 1984 zog er als geläuterte Nachwuchshoffnung für seine Partei in den Stadtrat von Würselen ein. 1987 avancierte er zum Bürgermeister der etwa 35.000 Einwohner – mit 31 Jahren war er zu diesem Zeitpunkt jüngstes Stadtoberhaupt Nordrhein-Westfalens.

Aufstieg in Straßburg

Doch die Kleinstadt bei Aachen war nur ein Vorspiel: 1994 gelang dem Kommunalpolitiker der Sprung in das EU-Parlament. Im Straßburger Glaspalast fiel der Neuling zunächst vor allem durch Verbalausfälle auf. 2003 verglich ihn der – allerdings ebenfalls schillernde – italienische Premier Silvio Berlusconi daher mit einem Kapo in einem NS-Konzentrationslager. Dennoch blieb Schulz der breiten Öffentlichkeit in Deutschland weitgehend unbekannt – bis zum Jahre 2004. Die Diäten der Abgeordneten variierten damals nach deren Herkunftsländern. Als der SPD-Parlamentarier Willi Rothley eine Vereinheitlichung der Bezüge vorschlug – allerdings verbunden mit einer deutlichen Anhebung – wetterte Schulz empört gegen diese Pläne. Rothley verließ daraufhin die SPD-Gruppe und warf seinem Kollegen vor, «unterstützt von der deutschen Boulevard-Presse massiven Druck auf die Bundesregierung ausgeübt» zu haben. Die lautstark vorgetragene Sorge um das Steuergeld machten Schulz auf einen Schlag bekannt.

War der damals 48-Jährige ernsthaft entrüstet über die Selbstbedienungsmentalität der Straßburger Sesselwärmer – oder witterte er vor allem die Chance zur eigenen Profilierung? Zumindest stieg Schulz kurze Zeit danach zum Fraktionschef der EU-Sozialisten auf. Später, insbesondere nach seiner Wahl zum Parlamentspräsidenten 2012, gehörte Bescheidenheit jedenfalls nicht mehr zu den Tugenden des Karrierepolitikers, wie der Parteienforscher Hans Herbert von Arnim berechnete. 2014 kassierte Schulz demnach pro Monat 8.252 Euro zu versteuerndes Monatseinkommen. Hinzu kam eine allgemeine Kostenpauschale von 4.299 Euro – die nach Angaben von Arnims auch privat verwendet werden durfte. Obendrauf klimperten 304 Euro pro Sitzungstag im Geldbeutel, die dem Präsidenten, im Gegensatz zu einfachen Abgeordneten, jedoch nicht nur in den Plenarwochen, sondern generell für jeden Kalendertag zustehen – insgesamt 110.960 Euro pro Jahr –, obendrauf kamen monatlich eine Residenzzulage von 3.663 und eine Repräsentationszulage von 1.418 Euro. Hinzu kamen Reisekosten zwischen den EU-Parlamentssitzen Brüssel und Straßburg sowie seinem Wohnort Würselen, zudem vom Steuerzahler finanzierte Dienstwagen und die kostenlose Nutzung der Bundestags-Infrastruktur in Berlin. Das durch von Arnim angenommene Jahreseinkommen belief sich damit auf zirka 322.544 Euro.

Genosse mit Hofstaat

Nicht nur das Salär des Sozialdemokraten war fürstlich. Auch gab sich der angebliche Volksvertreter gerne eine staatsmännische Aura. Seine einstige Position an der Spitze der Straßburger Schwatzbude firmierte lange als «Versammlungsleiter» – erst unter Schulz' Ägide erhielt es den wohlklingenden Namen «Parlamentspräsident». Selbst das jeder substantiellen SPD-Kritik unverdächtige Onlinemagazin *Bento* sprach von einem Amt, das «er selbst erfunden» hat. Für einen repräsentativen Hofstaat sorgten nach unterschiedlichen Angaben 35 bis 38 Untergebene, darunter ein Kammerdiener.

Schwerer als Kritik an Schulz' feudalen Allüren wiegen jedoch andere Vorwürfe: «Er platzierte seine Genossen auf allen Entscheidungsebenen der Verwaltung», heißt es in einer Darstellung des Instituts für Demographie, Allgemeinwohl und Familie (IDAF) vom Januar 2017. Der gut dotierte Posten des persönlichen Assistenten ging nach Angaben der *Rheinischen Post* an Schulz' Jugendfreund Herbert Hansen. Dieser werde «von Parlamentsgeldern bezahlt, leitete aber das SPD-Reisebüro SPDition in seinem Wahlkreis», so die IDAF-Darstellung.

Besonders im Vorfeld der EU-Wahl 2014 – bei der Schulz das Amt des Kommissionspräsidenten anstrebte – geriet der Aufsteiger in die Kritik. Nach

> «Er platzierte seine Genossen auf allen Entscheidungsebenen der Verwaltung.» IDAF

Vorwürfen des Haushalt-Kontrollausschusses habe er die Parlamentsverwaltung für seinen Wahlkampf missbraucht. Zudem wären bei mehreren seiner Vertrauten für die Zeit nach einem Wechsel in die Exekutive lukrative Posten in der Parlamentsverwaltung vorgesehen. «Die EU kritisiert Klientelpolitik auf der ganzen Welt, und das Prinzip muss in Bezug auf die Verwaltung des EU-Parlaments ebenfalls beobachtet werden», kommentierten die Haushaltsprüfer ihre – von Schulz' Büro bestrittenen – Vorhaltungen. Die mögliche Karrierepatronage seiner Genossen erübrigte sich jedoch offenbar, nachdem statt des deutschen Sozialdemokraten der Luxemburger Konservative Jean-Claude Junker auf den EU-Chefposten gehievt wurde.

Doch mit Blick auf Schulz' Anfang 2017 endende Amtszeit in Straßburg stand die Versorgung von seinen Günstlingen anscheinend erneut auf der Tagesordnung: Im Juni 2016 wechselte der bisherige Kabinettschef Markus Winkler auf den Posten des stellvertretenden Generalsekretärs des Parlaments. Zugleich wurde dieser Job erkennbar aufgewertet. Auffallend dabei war, dass das Parlamentsbüro den entsprechenden Antrag erst wenige Minuten vor seiner entsprechenden Sitzung erhalten haben soll.

Silvio Berlusconi verglich Schulz 2003 mit einem Kapo in einem KZ.

Offenbar kein Einzelfall: Schulz habe «einen Plan entworfen, um mehrere Adjutanten aus seinem eigenen Kabinett in obersten administrativen Posten der Versammlung unterzubringen», schrieb das Magazin *Politico* im Mai 2016. In dem Artikel wurden unter anderem die damalige Protokollchefin Monika Strasser, Ex-Pressesprecher Markus Engels sowie Beraterin Sonia Wollny genannt. Zudem seien die früheren Schulz-Berater Alexandre Stutzmann, Maria José Martinez Iglesias und Lorenzo Mannelli mittlerweile auf Direktorenposten in der Parlamentsverwaltung mit einem Jahresgehalt von etwa 180.000 Euro platziert worden.

Möglicherweise zeigte sich Schulz nicht nur seinen eigenen Fahrensleuten gegenüber hilfsbereit. Im Sommer 2014 erhob die frühere rumänische Justizministerin Monica Macovei schwere Vorwürfe gegen den SPD-Politiker. Dabei ging es um einen Antrag der Bukarester Antikorruptionsbehörde vom Dezember 2013, die Immunität des EU-Abgeordneten Ovidiu Silaghi aufzuheben. Dem Christdemokraten warfen die Ermittler vor, als Verkehrsminister 2012 insgesamt 200.000 Euro Bestechungsgelder angenommen zu haben. Nach Darstellung Macoveis leitete Schulz den Antrag jedoch nicht an den zuständigen Ausschuss weiter – jedenfalls gab dieser bis zum Ende der Legislaturperiode keine Stellungnahme ab. Schulz schütze «korrupte Politiker vor der Justiz», so die verärgerte Ex-Ministerin.

Legal, illegal, transnational

Bedeutete die EU für Schulz lediglich eine Rampe für den persönlichen Aufstieg? Vermutlich nicht. Vieles spricht dafür, dass der heutige Kanzlerkandidat die Dystopie eines Brüsseler Superstaates aus voller Überzeugung vertritt. Insbesondere nach Ausbruch der Eurokrise gerierte sich der Parlamentschef als Hardliner – forderte unter anderem Eurobonds, die etwa für griechische Staatsschulden vor allem deutsche Steuerzahler in Haftung genommen hätten. Außerdem unterstützte er sowohl den Euro-Rettungsschirm als auch die Geldvermehrungspolitik der Europäischen Zentralbank. Die Stunde der «transnationalen Demokratie» habe geschlagen, predigte der Eurokrat 2013 in der Jugendakademie von Bad Segeberg. Ende 2016 gehörte er zu den Initiatoren einer sogenannten Digitalcharta über Rolle und Grenzen der Online-Kommunikation in Europa. Umhüllt vom Pathos zitierter Menschenrechte «lauern Zensurphantasien», analysierte die *Legal Tribune Online*.

Schulz' Vision illustriert seine Mitgliedschaft im Verein Europa-Union Deutschland, der sich für eine als «föderales Europa» verbrämte EU-Diktatur einsetzt. Gerüchten zu Folge wurde die Europa-Union bei ihrer Gründung 1946 indirekt vom damaligen US-Geheimdienst OSS finanziert. ■

Schulz gegen Trump

Während sich der SPD-Kanzlerkandidat nach seiner Nominierung mit innenpolitischen Forderungen weitgehend bedeckt hielt, erging er sich in scharfen Attacken gegen die neue US-Regierung. «Was Trump macht, ist unamerikanisch. Die USA stehen doch wie kaum ein anderes Land für Aufklärung, Demokratie und freiheitliche Werte. Wenn Trump jetzt mit der Abrissbirne durch diese Werteordnung läuft, werde ich ihm als Kanzler sagen: Das ist nicht die Politik Deutschlands und Europas», so Schulz in der *Berliner Morgenpost*. Bereits zuvor hatte er Ungarns Ministerpräsident Viktor Orban und die französische Front-National-Vorsitzende Marine Le Pen angegriffen. Die AfD beschimpfte er als eine «Schande für die Bundesrepublik».

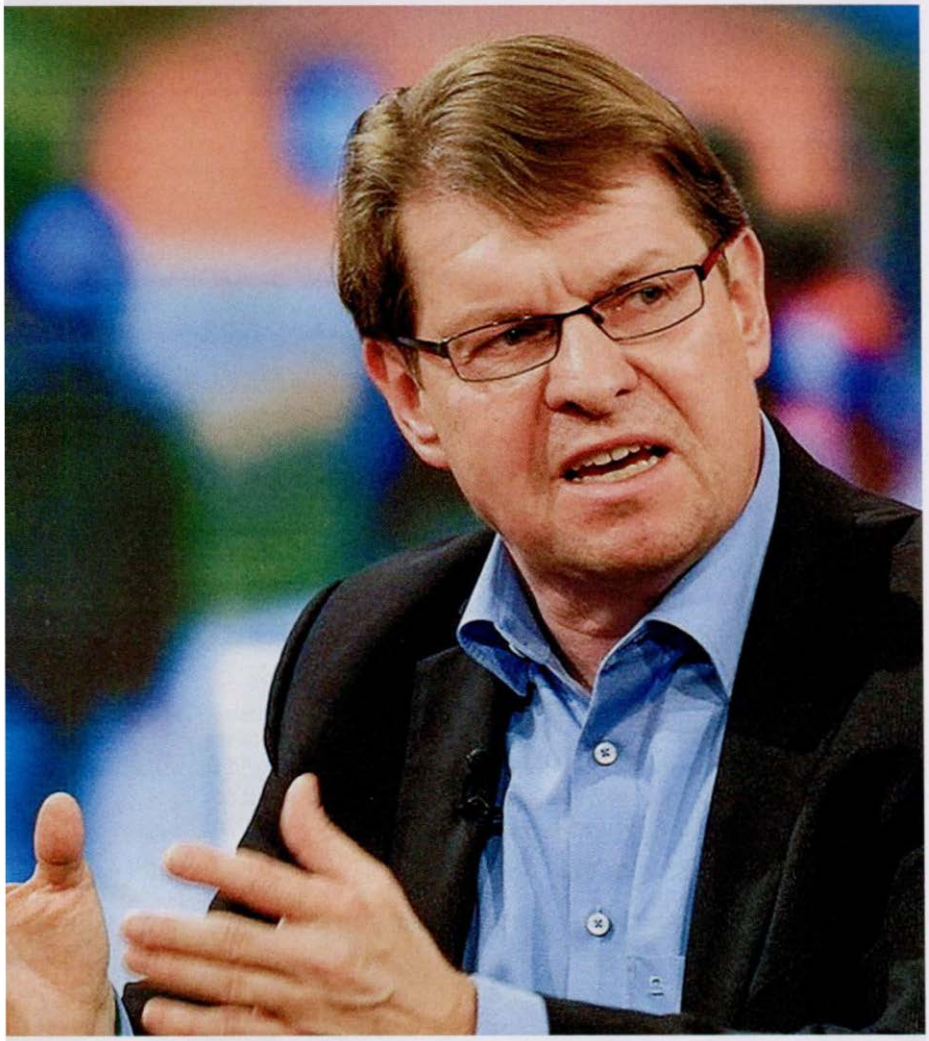
Donald Trump. Foto: Gage Skidmore, CC BY-SA 2.0, Wikimedia Commons

Als EU-Parlamentspräsident wetterte Schulz heftig gegen den Brexit. Hier mit Angela Merkel und Großbritanniens Premierministerin Theresa May. Foto: picture alliance / AP Photo

Die Abrissbirne

_von Manfred Kleine-Hartlage

Der Einsatz für soziale Gerechtigkeit hat die SPD einst zur Volkspartei gemacht. Doch die Wähler aus Mittel- und Unterschicht laufen davon, seit Genossen wie Schulz Millionen von Fremden hereingeholt haben, die von Solidarität nichts halten.



Wird dieser Herr Schulz' künftiger Redenschreiber? SPD-Vize Ralf Stegner gibt auch im Fernsehen gerne den Mann fürs Grobe. In der Sendung Menschen bei Maischberger am 3. November 2015 «pöbelt» (Rheinische Post) der 57-Jährige zum Thema Flüchtlingskrise.
Foto: WDR/Max Kohr

Soeben war der Ex-Präsident des EU-Parlaments durch die einsame Entscheidung seines Vorgängers zum künftigen Vorsitzenden und Kanzlerkandidaten einer Partei ausgerufen worden, in der man Demokratie (und sogar deren Schrumpfform «Transparenz») offenbar für entbehrlichen Kokolores hält. Während die etablierten Medien sich ganz im Stil spätkommunistischer Propaganda in einen Jubelchor hineindelirierten und den neuen Mann mit immer groteskeren lobhudelnden Phrasen («Lichtgestalt») überschütteten, runzelten altlinke Sozialdemokraten wie Albrecht Müller die Stirn: «Die Kommentatorin der ARD», schrieb der einstige Berater der Bundeskanzler Willy Brandt und Helmut Schmidt in seinen *NachDenkSeiten*, «berichtete, Schulz sei viel beliebter. Da muss ich und viele meiner (...) Freunde eine Wahrnehmungspanne haben. Wir halten Schulz weder für beliebter noch für telegener und insgesamt nicht für attraktiver – nicht einmal attraktiver als Gabriel, obwohl dieser Vergleich schon eine Herausforderung ist.»

Bonze und Apparatschik

Noch unattraktiver als die Person ist für Müller die Politik des Kandidaten, dem er zu Recht seine neoliberale Ausrichtung, seine Russlandfeindlichkeit und seinen fanatischen Kampf für ein «Europa» ankreidet, das mit den Interessen seiner Bürger nichts, mit denen seiner Banken alles am Hut hat. In der Tat ist Schulz der Inbegriff des volksfernen Apparatschiks, ein williger Vollstrecker der Lieblingsprojekte vermeintlicher Eliten, der sich von seinen Mitbonzen bei der CDU kaum unterscheidet. Ein typisches Produkt der politischen Klasse eben, nur eher noch etwas unsympathischer als seine Kollegen. So einer soll eine Alternative zu Merkel verkörpern?

So verständlich und berechtigt der Zorn der linken Kritiker also ist: Warum wird der immer lauter grollende Volkszorn nicht einmal von der Linkspartei glaubwürdig aufgegriffen, geschweige denn von der Sozialdemokratie? Warum ist dieses Versagen nicht etwa vorübergehender Natur, sondern ein Dauerzustand? Warum gleichen ehrwürdige Begriffe wie «Solidarität» und «soziale Gerechtigkeit» heutzutage einer Wintersonne, die niemanden wärmt? Warum klingt das tradierte Selbstverständnis der SPD, «Schutzmacht der kleinen Leute» zu sein, mehr nach einer Drohung als einer Verheißung?

Die SPD gibt sich als Schutzmacht der Schwachen – das erinnert an die Mafia.

Nun, eine «Schutzmacht» ist die SPD in demselben Sinne, in dem auch die Mafia eine ist – indem sie sich als Lösung eines Problems anbietet, das es ohne sie gar nicht gäbe. Der Sozialstaat, als dessen Verteidigerin sich die SPD gezwungenermaßen immer noch aufführt, weil ihre Existenzberechtigung daran hängt, steckt im zerstörerischen Zangengriff zweier Projekte, die beide von der SPD und vom linken Mainstream generell unterstützt werden: der systematisch betriebenen Schwächung demokra-

tisch legitimierter Politik durch Kompetenzübertragung vom Nationalstaat auf supranationale Organisationen, vor allem die EU – Schulz ist geradezu die Personifizierung dieses Projekts –, und der nicht minder systematisch forcierten Masseneinwanderung.

Zumindest in diesem letzten Punkt passt zwischen einen Martin Schulz und seine linken Kritiker kein Blatt Papier. Niemand, der für ungehemmte Masseneinwanderung gering qualifizierter Menschen eintritt, sollte sich über den Druck auf die Löhne oder die schwache Position der Gewerkschaften aufregen. Und wer ständig gegen den Neoliberalismus polemisiert, zugleich aber dessen wichtigstes Einzelprojekt, nämlich die Durchsetzung uneingeschränkter Migrationsfreiheit, blind unterstützt, beweist eine Naivität, die von Heuchelei kaum zu unterscheiden ist.

Solidarität und Homogenität

Was der Sozialdemokratie über lange Jahrzehnte hinweg ihre Strahlkraft verliehen und auch begabtere Menschen als die Schulzens und Gabriels angezogen hatte, war ihre große Vision einer solidarischen Gesellschaft. Solidarität wird aber nicht durch politisches Handeln, etwa den Aufbau sozialstaatlicher Strukturen geschaffen. Es ist vielmehr umgekehrt: Sie muss bereits als Selbstverständlichkeit vorausgesetzt werden können, damit solche Projekte Unterstützung, die damit verbundenen Zumutungen Akzeptanz finden. Solidarität muss naturgemäß von unten wachsen, sie kann nicht von oben oktroyiert werden. Gewachsene Solidaritätsstrukturen – Nation, Familie, Religion – zu zerstören, zugleich aber das Hohelied der Solidarität zu singen, ist absurd. Die Apparatschiks der SPD wie auch deren linke Kritiker verlören aber ideologisch den Boden unter den Füßen, wenn sie sich dies eingestünden.

Solidarität ist zirkulär strukturiert: Man verzichtet solidarisch auf die Verfolgung unmittelbarer Eigeninteressen dann und so weit, wie man im Normalfall unterstellen kann, dass die anderen Mitglieder der jeweiligen Solidargemeinschaft es ebenfalls tun. Stellt diese Erwartung sich als unrealistisch heraus, so wird Solidarität nicht mehr geübt; materielle Einbußen, zu denen man vorher aus Überzeugung bereit war, nimmt man nunmehr nur noch gezwungenermaßen hin und empfindet sich als Opfer eines Diebstahls.

Einer der wichtigsten Gründe für den Legitimitätsverlust des Sozialstaats ist die Masseneinwanderung von Menschen, bei denen von vornherein feststeht, dass sie den Sozialstaat in erheblichem Maße in Anspruch nehmen werden, und zwar ohne Gegenleistung – auch ohne diejenigen Gegenleistungen an Loyalität gegenüber dem Gemeinwesen, zu denen auch ein materiell armer Mensch fähig ist. Ein solcher Sozialstaat hat mit Solidarität nichts zu tun, und niemand muss sich wundern, dass die, die ein solches System finanzieren sollen, sich davon abwenden. Dies geschieht umso schneller, je stärker durch denselben Prozess ihre Lebenswelt zerstört wird, etwa ihre Kinder ihrer deutschen Nationalität wegen in der Schule gemobbt und ihre Bildungschancen zunichtegemacht werden, sie sich als Frauen nicht mehr in Schwimmbäder trauen können und so weiter.

Sozialabgaben sehen heute viele als staatlichen Diebstahl an.

Die heutzutage viel verketzerte kulturelle Homogenität hat den Bürgern früher ein relativ kalkulierbares, sicheres soziales Umfeld geliefert, und zwar gratis. Heute muss man es sich leisten können – und es wird immer teurer –, in Gegenden zu leben, in denen ein solches Umfeld noch gewährleistet ist. Die Lebenswelt von Arbeitern wird durch Massenmigration als erste und am gründlichsten zerstört, deswegen gehören sie auch zu den ersten, die sich von den Parteien des Establishments abwenden, und deswegen geht der Niedergang der SPD dem der CDU zeitlich voran.

Was sagen denn Politiker, die die ihnen geltende Kritik auf angebliche Bildungsmängel der Kritiker («Stammtisch») zurückführen? Sie sagen damit: Wer kein Abitur hat, hat auch kein Recht, autonom seine Interessen zu artikulieren. Und solche Leute wollen «Sozialdemokraten» sein und wundern sich allen Ernstes, dass ihre Wähler ihnen in Scharen davonlaufen! ■

Die gute alte SPD

Der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt im Focus, 11. Juni 2005:

»Wir müssen eine weitere Zuwanderung aus fremden Kulturen unterbinden. Als Mittel gegen die Überalterung kommt Zuwanderung nicht in Frage. Die Zuwanderung von Menschen aus dem Osten Anatoliens oder aus Schwarzafrika löst das Problem nicht. Es schafft nur ein zusätzliches dickes Problem." Und weiter: «Sieben Millionen Ausländer in Deutschland sind eine fehlerhafte Entwicklung, für die die Politik verantwortlich ist.»

COMPACT 12/2011 – Im Volksmund hieß er «Schmidt Schnauze». Foto: COMPACT

_ Manfred Kleine-Hartlage ist freier Publizist und Buchautor, unter anderem im Antaios-Verlag. Regelmäßig nimmt er auf seinem Blog korrektheiten.com zu aktuellen Themen Stellung.

Sozen im Sinkflug

Ob Wahlergebnisse oder Mitgliederzahl: Bei den Sozialdemokraten ging es konsequent nach unten – bis Sankt Martin kam.

Quelle: wahlrecht.de, statista *Grafik: COMPACT*

Kabinett des Grauens

_ von Jürgen Elsässer

Wie könnte die Regierungsmannschaft aussehen, wenn Martin Schulz eine rot-rot-grüne Koalition bildet? COMPACT stellt die heißesten Anwärter auf Ministerposten vor. Vorsicht: Angesichts des Zustands dieses Landes könnte auch diese Satire von der Realität überholt werden.

10 Frauen- und Familienminister
Daniel Cohn-Bendit (Grüne)

Hat Erfahrungen mit Kleinkindbetreuung in einer Frankfurter Kita gesammelt («Her mit den kleinen Lolitas») und lässt auch sonst nichts anbrennen. Gender-Toiletten werden kostenneutral eingeführt («Pipifax»).

13 Chef des Kanzleramts
Andrea Nahles

Als unbeliebteste SPD-Ministerin muss sie aus der Schußlinie. Werkelt in Schulz' Windschatten nun an ihrer Zukunft: «Ich hab ja gar nichts dagegen, mal Bundeskanzlerin zu werden.»

12 Drogenminister
Volker Beck (Grüne)

Hat auf dem Gebiet große Erfahrungen (Spitzname: «Crystal Beck»). Sein Programm: Wenn Cannabis bereits in der Grundschule legalisiert wird, sind die Knirpse weniger anfällig für das harte Zeug.

3 Innenminister
Gregor Gysi (Linke)

Hat schon als Senator in Berlin nach ein paar Monaten hingeschmissen und ist deswegen prädestiniert für Krisen aller Art. Wird sich energisch für mehr Abschiebungen einsetzen – aber nur, was Schwaben im Prenzlauer Berg angeht.

11 Umwelt- und Landwirtschaftsminister
Jürgen Trittin (Grüne)

Klare Kante: Viehzucht wird abgeschafft, da die Viecher CO2 furzen und damit den Klimawandel herbeiführen. Stattdessen sollen die Bauern mehr Windräder anpflanzen

Foto: picture alliance / Sven Simon // Wikimedia Commons – N4thaniel, CC BY-SA 3.0; Franz Richter, CC BY-SA 3.0; Raimond Spekking; Olaf Kosinsky, CC BY-SA 3.0; Mettmann, CC BY 3.0; Dirk Vorderstraße, CC BY-SA 3.0; Armin Kübelbeck, CC BY-SA 3.0 // flickr.com – Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, CC BY 2.0

8 Justizminister

Heiko Maas (SPD)

Hat sich als Volksverräter in den letzten vier Jahren im Amt bewährt. Wird sich kämpferisch mit Facebook anlegen und von Mark Zuckerberg ein energisches Vorgehen gegen Björn Höcke und andere Hassprediger verlangen. Wichtiges Projekt: Verbotsantrag gegen die AfD.

9 Verteidigungsminister

Stefan Liebich (Linke)

Hat Sahra Wagenknecht weggebissen, die als zu NATO-kritisch gilt. Als Mitglied der Atlantik-Brücke ist er jederzeit bereit, den Russen Mores zu lehren und Assad wegzubomben. Den altlinken Slogan hat er schöpferisch weiterentwickelt: «Nie wieder Krieg ohne uns!»

6 Integrationsministerin

Anetta Kahane (parteilos)

Die Vorsitzende der Amadeu-Antonio-Stiftung hat klar erkannt, dass der Osten Deutschlands nach der Wiedervereinigung zu weiß geblieben ist. Deswegen soll in Dresden aus abgebrannten Aleppo-Bussen eine Mustersiedlung «zur Resozialisation von Dschihad-Kämpfern» aufgebaut werden.

4 Finanzministerin

Katja Kipping (Linke)

Will das garantierte Grundeinkommen einführen und kann auch sonst nicht zwei und zwei zusammenzählen. Jede Form von Kostendämpfung lehnt sie ab, denn schließlich kommt das Geld ja für lau aus der Bazooka von EZB-Chef Mario Draghi.

7 Bildungsminister

Ralf Stegner (SPD)

Entschlossener Kämpfer gegen deutsche Rechtschreibung (rechts!) und deutsche Grammatik (völkisch, da kompliziert). Wird das Abitur für alle durchsetzen und allen Refugees die Zugangsberechtigung zum Unistudium schenken («Willkommenspolitik»).

2 Vizekanzler und Außenminister

Cem Özdemir (Grüne)

Der anatolische Schwabe kann alles außer Hochdeutsch. Seit einem Lehrjahr beim German Marshall Fund Experte für Menschenrechting und humanitäres Bombing. Immer gut für einen Arabischen Frühling, gerne auch in Deutschland

5 Wirtschaftsminister

Sigmar Gabriel (SPD)

Der Mann hat absolut keinen Bock mehr und ist deswegen ideal für den Posten. Aber sicherlich wird er, wenn es gegen Donald Trump geht, die alten antiamerikanischen Slogans der Achtundsechziger wieder ausgraben: «USA – SA – SS».

1 Bundeskanzler

Martin Schulz (SPD)

«Und ob he can!» (Jakob Augstein) So wie Obama, logo.

#SchulzKannÜberWasserLaufen

_ von Harald Harzheim und Jürgen Elsässer

Um den sozialdemokratischen Messias herum ist ein medialer Hype entstanden, der mit Fakten nichts zu tun hat. Die Münchhausiade, mit der sich die SPD aus dem Sumpf ziehen will, basiert auf Erwartungen, deren Irrealität offen eingestanden wird – und die genau dadurch unangreifbar werden.

So würden die SPD-Granden im September wohl gerne auf die Hochrechnungsbalken schauen. Foto: picture alliance / Kay Nietfeld/dpa

In den sozialen Netzwerken herrscht seit Martin Schulz' Nominierung zum Kanzlerkandidaten Hashtag-Euphorie: #Gottkanzler, #Keinebremsen, #SchulzFacts, #JetztistSchulz, #SchulzEffekt. Gestartet wurde der Hype angeblich auf der Website *Reddit*. Dort wird der Sozi liebevoll-überdreht zum Popstar stilisiert. User posten Schwärmereien wie «Dieser Zug kennt keine Bremsen! Der Schulz-Express wurde soeben um 593 km/h schneller und ist jetzt 229.1825 km/h schnell! Reiseziel: Berlin, Bundeskanzleramt – Halte währenddessen: keine!»

Noch innovativer ist die Anpassung alter Chuck-Norris-Witze auf den drögen Eurokraten. «Martin Schulz geht so ab, Kim Jong-un hat schon eine Rakete nach ihm benannt», twittert die *Heute Show* des ZDF. 1.000 Likes gab es für: «Der Kanzler-Dienstwagen von Martin Schulz braucht kein Benzin. Er fährt aus Respekt.» 700 Herzchen sammelte der Tweet: «Wenn Martin Schulz ins Wasser springt, wird er nicht nass. Das Wasser wird sozialdemokratisch.» Es ist ein Tsunami aus Blödeleien auf Didi-Hallervorden-Niveau, der durch das Netz fegt und vermutlich noch mehr Menschen erreicht als die etablierten Medien. Aber auch die ziehen mit. Blätter, die noch gestern «Mutti forever!» jubelten, hoffen jetzt auf «Sankt Martin» *(Der Spiegel)*. Das Resultat der Schulz-o-Mania: Der sozialdemokratische Herausforderer hat – als erster SPD-Kanzlerkandidat seit Gerhard Schröder – Angela Merkel in der Beliebtheitsskala überholt, und auch seine Partei lag Mitte Februar nach Zugewinnen von bis zu neun Prozent in manchen Umfragen vor der Union.

> «Martin Schulz geht so ab, Kim Jong-un hat schon eine Rakete nach ihm benannt.» Heute Show

Mann ohne Vergangenheit

Wer ist Martin Schulz? Wüsste man nicht, dass er bis vor wenigen Wochen den Präsidenten des EU-Parlaments gespielt hat, könnte man glauben, er sei aus dem Nichts gekommen. Ist der Vorkämpfer der Globalisierung im EU-Parlament tatsächlich identisch mit jenem Bruder Martin, der sein Herz für die Globalisierungsverlierer entdeckt haben will? Schulz' PR-Abteilung arbeitet derzeit mit drei Aspekten seiner Biographie: Dass er aus einfachen Verhältnissen stammt. Dass er seine Ausbildung abbrach. Dass er trockener Alkoholiker ist. Die Botschaft: Der Martin versteht Euch Loser! Der war selber mal einer.

Schulz soll aufgrund seiner frühen Jahre der Beweis dafür sein, dass ein EU- und SPD-Politiker tatsächlich auch ein Herz für Arme hat – und viele kaufen ihm das ab. Ein Schulz-Fan auf der Website *Bento* phantasiert: «Auch Schulz ist wirklich wütend, wenn er die hohe Jugendarbeitslosigkeit anprangert. Oder Unternehmen kritisiert, weil sie

kaum Steuern zahlen.» Umgekehrt mahnte bereits ein systemkonformer Leitartikler im *Spiegel*, Schulz solle sich keinesfalls vom EU-Kurs und der Globalisierung abwenden.

Noch Ende Januar wurde Schulz für seine neue Sozial-Kostümierung verlacht. Damit, so das Magazin *Cicero*, werde er «den Opfergang gehen und versuchen, die anstehende Bundestagswahl für die SPD mit Würde zu verlieren». Schließlich sei der Begriff der sozialen Gerechtigkeit längst ausgehöhlt, zum puren Euphemismus für die zunehmende Konsumgier der Wohlstandsgesellschaft verkommen. Die realitätsferne Systempresse schüttet das Kind mit dem Bade aus: Das Elend ist real, soziale Gerechtigkeit daher nach wie vor eines der größten Defizite in der Gesellschaft. Dass Schulz das Thema geschickt zur kosmetischen Tünche für die neoliberale Sozialdemokratie nutzt, steht auf einem anderen Blatt.

Natürlich ist Deutschland seit Jahren an zahlreiche Volten seiner Bundeskanzlerin gewöhnt. Aber die musste ihre 180 Grad-Meinungswechsel zumindest öffentlich thematisieren, noch mit einem Hauch von Begründung tarnen: So war ihr der Reaktorunfall von Fukushima Anlass für die plötzliche Energiewende. Schulz braucht auch das nicht mehr. Keine Erklärung, keine Entschuldigung. Nichts. In dem Punkt hat er seine Mutti Merkel – mit der er einst, wie ein abhängiger Sohn, täglich telefonierte – wahrhaftig übertroffen.

Der postfaktische Kandidat

Aberweshalb verlangt niemand Aufklärung über seinen angeblichen Wandel? Es scheint, als herrsche heimliche Angst, dass bei dessen Durchleuchtung eine politische Illusion zerbräche. Denn mit dem überfallartigen Übergang vom EU-Lobbyisten zum Kanzlerkandidaten suggeriert Schulz in nebulöser Weise die Vereinbarkeit von Unvereinbarem: Neoliberaler Globalismus und Sozialstaatlichkeit sind Gegensätze. Wer sich für Globalismus ohne Grenzen entscheidet, steht zwar zeitgeistig auf der richtigen Seite und gilt als weltoffen, wird aber in stiller Stunde bemerken, dass der globale Spaß auf Kosten der Verteilungsgerechtigkeit geht, weil er einen Großteil der Bevölkerung zu Verlierern degradiert. Wer sich hingegen für Souveränität und Sozialstaatlichkeit entscheidet, gilt als rückständiger Nationalist oder Schlimmeres.

Dagegen gibt Martin Schulz mit seinem Surfen zwischen globalistischer EU und nationalem Sozialstaat eine Überwindung dieses Gegensatzes vor: Seht her, beides ist problemlos miteinander kompatibel – soziale Gerechtigkeit und nationale Souveränität auf der einen, EU und grenzenloser Weltmarkt auf der anderen Seite. Ihr braucht nicht irgendwelche radikalen Randparteien zu wählen! Ihr müsst nicht in Feindschaft zum Establishment stehen! Seht, der Heilige Martin beendet den Frontenkrieg zwischen Links, Altlinks und Rechts...

Ähnlich messianische Hoffnung projizierten westliche Publizisten zuletzt auf Barack Obama. Jakob Augstein spielte jüngst auf den Ex-Präsidenten an, als er seine Hymne auf Schulz mit der Überschrift «Und ob he can!» versah. Als wäre das nicht irrsinnig genug, versucht der euphorisierte Schreiber auch noch, entgegen der Methode im Mainstream, den Begriff des Populismus positiv zu besetzen: «Ist Martin Schulz (...) ein Populist? Hoffentlich! Das Wort "Populist" hat keinen guten Klang. Zu Unrecht. Wer Politik für die Menschen machen will, muss die Menschen verstehen – und sie ihn. Gute Politik braucht guten Populismus.»

Dabei trennen Schulz von den Populisten, egal ob linker oder rechter Couleur, Welten: Während diese an realen Interessen der Menschen in der analogen Welt – links eher die soziale Sicherheit, rechts eher die kontrollierten Grenzen – anknüpfen, dockt Schulz nur an die populären Phrasen und Techniken der virtuellen Sphäre an. Im Unterschied zu Frauke Petry, Björn Höcke oder auch Sahra Wagenknecht ist er kein Volkstribun, sondern ein Hipster. Was ihn nach oben trägt, sind postfaktische Versprechen: Seine Internet-affine Gefolgschaft fragt nicht danach, wie er seine Solidaritäts- und Respektphrasen nach der Wahl in Politik umsetzen will. Die Phrase selbst ist es, an der sie sich berauscht. Inmitten der Hashtags von #SchulzFacts tauchte plötzlich eine böse Tatsache auf: «Martin Schulz will mit Euro-Bonds und Transferunion die Schulden der Südeuropäer von deutschen Sparern bezahlen lassen.» Doch keinem fällt das negativ auf, denn wer wie Jesus über Wasser laufen kann, kann auch mit Euro-Bonds Wunder vollbringen. ■

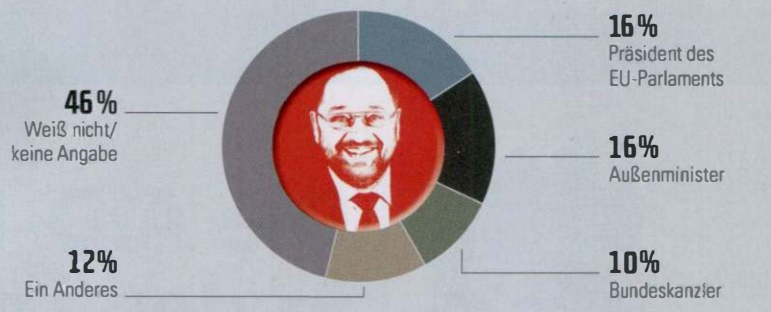
In der Internetblase

Martin Schulz versucht eine Kopie des Internetwahlkampfes von Donald Trump. Doch es gibt einen wichtigen Unterschied: «Es ist eine kleine Nische des Internets, die mit viel Humor sogenannte Memes produziert, also Inhalte, die sich im Internet verbreiten, aus Insiderwitzen bestehen und damit für eine bestimmte Nutzergruppe hohen Wiedererkennungswert haben. Die US-Präsidentschaftswahl hat gezeigt, dass solche Memes, die von Nutzern und nicht direkt aus den Wahlkampfzentralen stammen, den Online-Wahlkampf prägen können. Um The_Schulz zu verstehen, muss man in die USA blicken. Es ist die Antwort auf das *Reddit*-Forum The_Donald, in dem der jetzige US-Präsident während des Wahlkampfes hochgejubelt wurde. (...) Ob sich das in Deutschland so wiederholt, ist ungewiss. Schulz polarisiert nicht wie Trump, und während *Reddit* in Amerika eine der größten Internetseiten ist, steckt das Forum hier in der Nische fest.» (*Spiegel Online*, 31.1.2017)

Hipster Schulz: Für einen Trump-Vergleich muss der Sozi noch um ein paar Millionen Follower zulegen. Foto: Screenshot Twitter

Deutsche wollen Schulz nicht als Kanzlerkandidat

Die Frage war, für welches Amt Martin Schulz (SPD) am besten geeignet ist. (2.577 Befragte am 24.11.2016)



Quelle: YouGov, statista *Grafik: COMPACT*

EXTREMISMUS-KONGRESS BERLIN

Deutschland im Fadenkreuz

Gefahren für die Demokratie durch linken, rechten und religiös motivierten Extremismus

Vorträge/Diskussion mit:

Prof. Dietrich Murswiek
Prof. Werner Patzelt
Shams Ul-Haq
Dr. Reuven Berko
Dr. Nicolai Sennels
Andreas Lombard u.a.

Sa., 18.03.2017, 9-17 Uhr
Berlin-Mitte

Begrenztes Platzangebot - Jetzt verbindlich anmelden:

WWW.EXTREMISMUSKONGRESS.DE

Die AfD-Fraktionen in den Landtagen

Extremismuskongress

Anzeige

Der Griff nach der Bombe

_von Jürgen Elsässer

An unseren Grenzen grollt der russische Bär, und Donald Trump will uns nicht beistehen – deshalb braucht Deutschland eigene Atomwaffen. So lässt sich eine brandgefährliche Debatte bilanzieren, die seit einigen Wochen im Establishment geführt wird.

Seit seiner ersten Sendung im Jahre 1961 zählte das ARD-Magazin *Panorama* zu den medialen Verstärkern der Friedensbewegung. Was immer dieses Vorzeigeformat des Rotfunks innenpolitisch an kriminellem Blödsinn verzapfte – besonders berüchtigt wurde der Einsatz der Moderatorin Anja Reschke an der Refugees-Welcome-Front und das ewige Anti-rechts-Gehubere der Antifanten-Redaktion –, außenpolitisch trat *Panorama* jahrzehntelang für eine Wiederbelebung der guten alten Entspannungspolitik ein und beförderte damit deutsche Interessen. Erst nachdem die SPD ab 2011 auf einen scharfen Anti-Putin-Kurs umschwenkte, änderte sich die Linie der NDR-Sendung, ablesbar besonders an den Beiträgen zur Ukrainekrise. Am 2. Februar 2017 folgte jedoch ein Tabubruch, der alles bisherige in den Schatten stellte: *Panorama* eröffnete vor einem Millionenpublikum die Diskussion um eine angebliche Notwendigkeit der Atombewaffnung Deutschlands. Damit wurden die Wurzeln der Friedensbewegung herausgerissen: An ihrem Anfang Mitte der 1950er Jahre stand der Göttinger Appell namhafter Naturwissenschaftler, die gegen die nuklearen Phantasien des damaligen Verteidigungsministers Franz Josef Strauß Sturm liefen. Hunderttausende gingen auf die Straße. Werden jetzt die atomaren Ambitionen des CSU-Mannes ausgerechnet mit Rückenwind von links wiederbelebt – genau aus der Richtung, die einst geschlossen dagegenstand?

Ein kühner Tabubruch

In der Sendung «US-Atombomben in Deutschland – Trumps unberechenbare Macht» liefert Ulrich Kühn, der unter anderem für das bundeswehrnahe Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik tätig ist, die Steilvorlage: «Im Grunde haben wir jetzt schon ein Problem mit der amerikanischen Abschreckungszusage, weil Trump eben nicht mehr daran interessiert ist, ein wertebasiertes System in Europa zu haben und dafür auch Europa zu verteidigen (...).» Die Moderatorin fing den Ball auf: «Sollte Trump seine Atomwaffen aus der Eifel abziehen, wäre Deutschland atomwaffenfrei. Klingt erstmal gut, ist aber vielleicht keine Lösung.» Es könnte vielmehr bald «um noch eine Frage gehen, die bisher ein noch größeres Tabu ist. Eine deutsche Atombombe...» Noch einmal Kühn: «Die Idee einer deut1schen oder europäischen Atombombe ist nicht komplett absurd (...). Sollte sich in den nächsten Jahren die Sicherheitslage in Deutschland und Europa deutlich weiter negativ verändern, (...) dann möchte ich nicht ausschließen, dass man auch in Deutschland damit anfängt darüber nachzudenken, wie man sich wirklich verteidigen muss gegenüber Russland.»

Im Anschluss müssen die Telefondrähte in der Redaktion geglüht haben – *Panorama* musste sich binnen Stunden auf seiner Website für den Atomwaffenflirt rechtfertigen: «Wir haben Verständnis, wenn uns Zuschauer schreiben, dass die Politik der Abschreckung brandgefährlich sei, äußerst menschenfeindlich und dazu auch noch dumm. Doch die Debatte um nukleare Abschreckung ist nun einmal real (...). Mit dem Unterdrücken von sich aufdrängenden Fragen und Diskussionen erreicht man genau das

«Deutschland braucht Atomwaffen». Tagesspiegel

Neben den fünf UN-Vetomächten verfügen gegenwärtig Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea über Atomwaffen. Foto: United States Department of Energy, Public domain, Wikimedia Commons

Technisch machbar

«Eine deutsche Atombombe – rein technisch wäre die wohl möglich», verkündete *Panorama* am 2. Februar dem Publikum. In der Tat: Genug nuklearer Abfall liegt etwa im Endlager Gorleben bereit. Um daraus Plutonium zu extrahieren, bräuchte man aber eine Wiederaufbereitungsanlage; deren Bau im bayrischen Wackersdorf wurde 1986 nach Massendemonstrationen gestoppt. Nach wie vor arbeitet aber eine Urananlage in Gronau an der holländischen Grenze, wo derzeit Natururan auf drei Prozent spaltbare Bestandteile angereichert wird, ausreichend für den Einsatz in AKWs. Für eine Bombe müsste der Anreicherungsgrad auf mindestens 97 Prozent gesteigert werden, was lediglich eine längere Laufzeit der Zentrifugen erfordert.

Atomfirma Urenco in Gronau. Foto: picture-alliance / dpa

Seit Ende der 1950er Jahre trainiert die Bundeswehr den Einsatz von US-Atomwaffen im Rahmen der sogenannten Nuklearen Teilhabe. Foto: Alf van Beem, CC0, WikimediaCommons

Gegenteil (...).» Wehe aber, wenn jemand «die sich aufdrängende Frage» um eine Schließung unserer Grenzen führen wollte – der dürfte keineswegs damit rechnen, in *Panorama* so freundlich interviewt zu werden wie dieser Kühn, sondern würde als Rechtspopulist mit dem Schießbefehl der DDR in Verbindung gebracht und an den Pranger gestellt werden. Merke: Diskursoffenheit gibt es immer nur bei Themen, die die Eliten in den Diskurs einspeisen wollen.

Nuklear-FAZismus

Das Drängeln in Richtung Atomwaffen wurde bereits im November 2016 durch Roderich Kiesewetter eröffnet, den für Außenpolitik zuständigen Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag. Er plädierte im *Deutschlandfunk* dafür, dass die EU einen «eigenen nuklearen Schutz zu Abschreckungszwecken» brauche, es dürfe «keine Denkverbote» geben.

Im Dezember 2016 legte die *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ) nach. Herausgeber Berthold Kohler lamentierte darüber, dass Trump die Europäer in einem Maße im Stich zu lassen drohe, «das sie seit 1945 nicht mehr kennen». Deswegen müsse man «das für deutsche Gehirne ganz und gar Undenkbare» in Betracht ziehen: «die Frage einer eigenen nuklearen Abschreckungsfähigkeit, welche die Zweifel an Amerikas Garantien ausgleichen könnte. Die französischen und britischen Arsenale sind dafür in ihrem gegenwärtigen Zustand zu schwach. Moskau aber rüstet auf.»

Der linksliberale *Tagesspiegel* räumte Ende Januar alle Zweifel aus, wohin die Reise gehen soll. Unter dem Titel «Deutschland braucht Atomwaffen» machte der Politologe Maximilian Terhalle aus seinem Herzen eine Mördergrube. Er arbeitet unter anderem für das in der NATO mit tonangebende International Institute for Strategic Studies (IISS) in London und ist Mitglied in der Deutschen Atlantischen Gesellschaft, in der die Sicherheitspolitiker aller etablierten Parteien zusammenkommen. Kostprobe: «Ein Deutschland (...), das die Macht von Putins Russland begrenzen will, um unabhängig und damit politisch unbeugsam ein Europa aufrechtzuerhalten, das unseren innen- und außenpolitischen Handlungsspielraum erhält, muss dies militärisch und damit nuklear tun. Alles andere ist Illusion, da es Putins wachsende, revisionistische Machtansprüche in einem nicht-US-geschützten Europa naiv unterschätzt.»

Dann kam die *Panorama*-Sendung, und dann war wieder die FAZ dran. Am 6. Februar, einen Tag vor Angela Merkels Staatsbesuch in Warschau, druckte das Blatt ein Interview mit Jaroslaw Kaczynski, dem nach wie vor mächtigsten Mann in der polnischen Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit. Er befürwortete die Idee einer EU-Aufrüstung: «Eine eigene Atommacht müsste mit Russland mithalten können.»

> «Die französischen und britischen Arsenale sind dafür in ihrem gegenwärtigen Zustand zu schwach.» FAZ

So wird das Thema am Köcheln gehalten. Dabei schälen sich zwei unterschiedliche Richtungen heraus: Die einen (Kaczynski, Kiesewetter) befürworten eine EU-Atomstreitmacht, in welche die Franzosen (bisher ungefähr 160 Sprengköpfe) und Briten (bisher knapp 300) ihre Arsenale einbringen müssten. Das Problem dieses Ansatzes: London hat mit dem Brexit bereits begonnen – und in Paris war noch nie eine Partei bereit, das Kommando über ihre Force de Frappe mit anderen zu teilen.

So gewinnt, allein durch die normative Macht des Faktischen, die andere Option, die eines eigenständigen deutschen Griffes nach der Bombe, an Gewicht, die in der FAZ, im *Tagesspiegel* und in *Panorama* ventiliert wurde. Die einzige friedenspolitische Alternative, Trumps teilweisen Rückzug aus Europa als historische Möglichkeit eines Ausgleiches mit Russland zu sehen, wird offensiv nur von der AfD propagiert. Die an sich ebenfalls Putin-freundliche Linkspartei ist auf Anti-Trump-Kurs gegangen und könnte dadurch als Oppositionskraft gelähmt werden. Spannend wird die Positionierung der CSU werden: Horst Seehofer steht, wie jeder Bayer, im Schatten von Strauß, hat sich aber auch freundlich zu Trump und offen gegenüber Putin gezeigt. ■

Der Terrorhelfer

_ von Hans-Hermann Gockel

Dass «mehr als 6.000 Geflüchtete nach Duisburg gekommen» sind, feierte Jäger im Sommer 2015 als «Chance» für seine Heimatstadt. Foto: picture alliance / Federico Gambarini/dpa

Das Asylchaos in den Aufnahmelagern, die No-go-Areas im Ruhrgebiet, die Silvesterkrawalle in Köln: Der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger (SPD) gilt schon lange als Sicherheitsrisiko. Dass er auch den Berlin-Attentäter Anis Amri nicht verhaften ließ, könnte sein politischer Sargnagel werden.

Das Befinden der SPD an Rhein und Ruhr spiegelt sich immer auch im Auftreten von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) wieder. Ihre schnodderige Art mit großer Klappe ist einer gewissen Demut gewichen. Kraft plagt das schlechte Gewissen, denn es steht ein schwerer Vorwurf im Raum. Es geht um 12-fachen Mord – und das Leiden der Opfer, die beim Anschlag auf dem Berliner Weihnachtsmarkt am 19. Dezember so schwer verletzt wurden, dass sie nun ihr Leben lang auf fremde Hilfe angewiesen sein werden. Der Vorwurf: Hannelore Kraft schützt ausgerechnet den Mann, der am Schicksal dieser Menschen eine Mitschuld trägt. Es ist ihr Innenminister Ralf Jäger.

Der Terrorist Anis Amri war als Asylbewerber in Kleve am Niederrhein gemeldet – reiste aber kreuz und quer durch Deutschland. Er konnte sich mühelos mindestens 14 Identitäten erschleichen. Er konnte Sozialämter betrügen, mit Drogen dealen – und sogar offen drohen, Menschen zu töten. Das alles soll nicht ausgereicht haben, ihn rechtzeitig aus dem Verkehr zu ziehen? Das jedenfalls behauptet der Märchenerzähler an der Spitze des Düsseldorfer Innenministeriums. Man sei, so Jäger, bei den Ermittlungen gegen Amri «bis an die Grenzen des Rechtsstaates» gegangen. Die Beamten verloren den Tunesier schließlich aus den Augen. So ein Pech aber auch...

Im Jahr vor dem Massaker auf dem Berliner Weihnachtsmarkt waren mehrere Behörden Nordrhein-Westfalens (NRW), allesamt unter der Verantwortung Jägers, mit der Person Amri betraut gewesen. Hannelore Kraft weiß das. Und sie weiß auch: Es wäre ein Akt politischer Hygiene, den Minister zu feuern. Doch wenige Wochen vor der Landtagswahl am 14. Mai fehlt es der Ministerpräsidentin dazu an Mut – und an Rückgrat.

Sicherheitsrisiko Jäger

Der Fall Amri ist der bisherige Schlusspunkt in einer ganzen Kette von Fehleinschätzungen und Pannen mit dramatischen Folgen. Stets verbunden mit dem Namen Ralf Jäger. Es begann schon 2010. Der gebürtige Duisburger hatte das Ministerium für Inneres und Kommunales, abgekürzt MIK, im bevöl-

Fast jeder dritte IS-Rekrut in Deutschland stammt aus NRW.

_ Hans-Hermann Gockel hat als TV-Journalist viele Jahre für RTL, SAT.1 und N24 gearbeitet. Heute ist er freier Journalist und Produzent.

Anders geht's nicht: An Silvester 2016 überprüfte die Polizei am Kölner Hauptbahnhof mehrere hundert Nafris. Foto: picture alliance / Henning Kaiser/dpa

Sind die Täter Ausländer, macht der Genderstaat die Augen zu. Foto: Focus

LKW-Terrorist Anis Amri. Foto: BKA

kerungsreichsten Bundesland übernommen. Am 24. Juli, dem Tag der Loveparade-Katastrophe in seiner Heimatstadt, war er – wie Kollegen von N24 berichteten – selbst vor Ort und lobte «einen gut vorbereiteten Einsatz». Nur 200 Meter entfernt kämpfte eine völlig überforderte Polizei mit dem Gedränge der Massen vor dem Festivalgelände. 21 Menschen starben.

Ab 2011 stieg die Asylantenflut an – aber Jäger ignorierte die Appelle der Kommunen: «Wir brauchen dringend mehr Polizei!» Dortmunds Oberbürgermeister Ullrich Sierau – auch er ein SPD-Mann, aber mit erheblich mehr Weitsicht und Klugheit gesegnet als der Innenminister – warnte schon Ende 2013, also lange vor der Willkommens-Hysterie, in einem persönlichen Brief an Jäger vor einem «drohenden Systemkollaps». In den Erstaufnahmeeinrichtungen seiner Stadt sowie auch in Bielefeld ging es da bereits drunter und drüber.

Die SPD war 2010 begeistert – so einen rotzfrechen Minister hatten sie gesucht.

Heute terrorisieren Nafri-Kriminelle und Schein-Asylanten aus dem Nahen und Mittleren Osten die Menschen an Rhein und Ruhr: Mehr als jeder vierte der 6.600 in der Bundesrepublik registrierten Salafisten und fast jeder dritte IS-Rekrut in Deutschland stammen aus NRW. Die unter Jäger kaputtgesparte Polizei hat massive Probleme, sich dagegen zu behaupten. «Jahrelang hat uns der Innenminister eingetrichtert, unsere schärfste Waffe sei das Wort», beklagen sich Polizisten. Und weiter: «Deeskalation hieß die Lösung! Nun stehen wir den extrem gewaltbereiten Typen aus dem Maghreb gegenüber. Und den Clans der libanesischen Großfamilien. Und den perfekt organisierten Banden aus Osteuropa.» Von den 167.000 Einbrüchen, die es 2015 im gesamten Bundesgebiet gab, wurden 62.000 an Rhein und Ruhr begangen – mehr als ein Drittel. Es scheint, als habe die rot-grüne Regierung beschlossen, das Land zum Plündern freizugeben. Und NRW-Innenminister Jäger schaut den Plünderern bei ihrer Arbeit zu.

Auch die Drogenkriminalität in NRW ist regelrecht explodiert. Selbst der *Westdeutsche Rundfunk* (WDR), ansonsten der rot-grünen Laienschar im Düsseldorfer Landtag ausgesprochen wohlgesonnen, konnte die Fakten nicht länger verschweigen. Am 30. Januar hieß es in einer Reportage, der Kokainhandel im Revier laufe inzwischen so reibungslos «wie Gummibärchen kaufen am Kiosk». Der WDR wusste – Überraschung! – noch mehr zu verkünden: Die Straßendealer arbeiten allesamt für libanesische Familienclans. Diese waschen das Geld entweder erst noch in Deutschland, oder sie schicken es gleich direkt in den Libanon: «Die haben sich dicke Villen bei Beirut gebaut.»

Was den Kommunen als nächstes droht, konnte man auf der marokkanischen Nachrichten-Website *Hibapress* lesen: Hunderte junge Männer aus den Armenvierteln Casablancas hätten sich auf den Weg gemacht. In Düsseldorf, dem «Casablanca am Rhein», werden die sogenannten Fachkräfte von ihren Kumpels schon sehnlichst erwartet...

Ralf Jäger können derartige Nachrichten nicht schrecken. Entschieden wehrt er sich gegen die Behauptung, es gäbe rechtsfreie Räume. Dass die Familienclans aus dem Libanon das staatliche Gewaltmonopol unter sich aufgeteilt haben, bestreitet er. Das Wort «No-go-Areas» mag er überhaupt nicht. Weil es, so Jäger, «einfach keine No-go-Areas in NRW gibt». Dass seine Polizisten zu Bagatellfällen in Mannschaftsstärke ausrücken müssen, um sich vor arabischen und kurdischen Großfamilien zu schützen, die sich binnen weniger Minuten zusammenrotten, hat er anscheinend noch nie gehört.

Immerhin räumte Jäger in einer Landtagsdebatte kürzlich ein, dass es in den Städten «Angsträume» gibt, in denen sich die Bevölkerung verunsichert fühlt: «Etwa in dunklen oder schlecht einsehbaren Ecken oder Gegenden mit heruntergekommenen Häusern.» Folgt man der Betrachtungsweise des Ministers, heißt das wahrscheinlich: Selbst schuld, wenn ein dummer Deutscher da noch wohnt. Den Ratschlag eines Bürgers, sich doch einmal ohne Personenschützer von der Nicht-Existenz der No-go-Areas in Duisburg, Dortmund, Düsseldorf, Essen und anderen Städten zu überzeugen, befolgte Jäger bislang nicht. Er wird dafür seine Gründe haben.

Ein Poser, ein Blender

Was Jäger perfekt beherrscht, ist die Selbstinszenierung – sie soll über seine Flops hinwegtäuschen. Deshalb ließ er sich vor Jahren als Erfinder des «Blitzer-Marathons» feiern. Tausende Polizisten mussten sich seitdem regelmäßig hinter Mauern, Büschen und Hecken verstecken, um Raser zu disziplinieren. 24 Stunden lang – rund um die Uhr – wurde medienwirksam geblitzt.

> «Je lauter die Leute pfeifen, umso besser spiele ich.»
>
> Oliver Kahn, zitiert von Jäger

Forsch und schneidig trat Ralf Jäger schon 2010 auf, als er in das Düsseldorfer Innenministerium einzog. Die Genossen waren begeistert – so einen rotzfrechen Kerl hatten sie gesucht. Schnell bekam der Mann aus Duisburg den Spitznamen «Jäger-90» – in Anlehnung an eine frühe Bezeichnung des Kampfjets Eurofighter. Außerdem passte er wunderbar ins Klischee der SPD. Seine Vita ließ sich gut verkaufen. Jäger kommt aus bescheidenen Verhältnissen. Der Vater war früh gestorben. Die Mutter führte eine Kneipe, in der Sohn Ralf gerne aushalf und für die Duisburger Stahlkocher Bier zapfte. Als einziger seiner vier Geschwister machte er das Abitur. 1982 trat er den Sozis bei. Passend zu diesem Schritt bastelte sich Jäger eine niedliche Legende zurecht, die er noch heute auf seiner Homepage zum Besten gibt. Die von Helmut Kohl ausgerufene «geistig-moralische Wende» habe ihn damals geärgert: «Deshalb habe ich spontan bei der SPD angerufen.»

Inzwischen ist dieser Mann für die Bürger ein Sicherheitsrisiko – und für die SPD eine Belastung. Mit Blick auf ein drohendes Desaster bei der Landtagswahl am 14. Mai wären vermutlich viele Genossen froh gewesen, hätte Jäger wieder «spontan» zum Telefon gegriffen – und seinen Rücktritt erklärt. Der Jäger-90, um im militärischen Sprachjargon zu bleiben, ist anno 2017 im unkontrollierten Sturzflug. Doch jetzt ist es zu spät. Der Einzige, der das nicht wahrhaben will, ist der Minister selbst. Er marschiert mit strammen Schritten durch die langen Flure des Düsseldorfer Landtags und baut sich breitbeinig vor jedem Mikrofon auf, das ihm unter die Nase gehalten wird. Es ist eine Selbstinszenierung mit entschlossenem Blick und markigen Worten, die allerdings immer so rüberkommt, als wäre sie gerade erst vor dem Spiegel geübt worden.

In einem Interview mit dem *Westfälischen Anzeiger* verglich sich Jäger mit dem ehemaligen Nationaltorhüter Oliver Kahn: «Der hat mal gesagt, je lauter die Leute pfeifen, umso besser spiele ich. Dieser Haltung kann ich einiges abgewinnen.» Dieser Pose konnten die 40.000 Polizistinnen und Polizisten in NRW schon lange nichts mehr abgewinnen. Vor allem, weil er jegliche Schuld generell auf andere abwälzte – vornehmlich auf Untergebene. «Das machte er sich zu einfach», so Erich Rettinghaus, der NRW-Landeschef der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG). Rettinghaus ist ein ausgesprochen höflicher Mensch. Er hätte wohl genauso gut sagen können: «Die Kolleginnen und Kollegen haben von Jäger einfach nur noch die Schnauze voll.» ■

Jäger und der Sex-Dschihad

Zwei Polizisten sagten im Mai 2016 vor dem Untersuchungsausschuss des Düsseldorfer Landtages zu den Sexkrawallen an Silvester in Köln aus. Demnach hätten sie am Neujahrstag 2016 auf «Wunsch aus dem Ministerium» – gemeint war das von Jäger geführte NRW-Innenministerium – das Wort «Vergewaltigung» aus ihrem Bericht streichen müssen. Kriminalhauptkommissar Jürgen H. nahm Bezug auf einen Anrufer aus der Polizei-Landesleitstelle, der die Meldung über die Vorkommnisse kritisiert und wörtlich gesagt haben soll: «Das sind doch keine Vergewaltigungen. Diesen Begriff streicht Ihr und storniert die WE [Wochenend]-Meldung. Die schreibt Ihr am besten ganz neu.» Das Ministerium wies die Darstellung zurück und behauptete, es habe dieses Telefonat nie gegeben.

Zwischen November 2015 und Februar 2016 stieg die Zahl der Kleinen Waffenscheine um 21.000. Foto: picture alliance / Winfried Rothermel

Razzia in Düsseldorf 2016. Foto: picture alliance / dpa

Plädoyer für die wehrhafte Demokratie

_ von Gerd Held

Im Wahljahr 2017 soll die Innere Sicherheit zum zentralen Thema der deutschen Politik werden. Doch das trügerische Idealbild der «Zivilgesellschaft» fördert ein Grundmisstrauen gegen den Staat und verhindert einen wirklichen Kurswechsel.

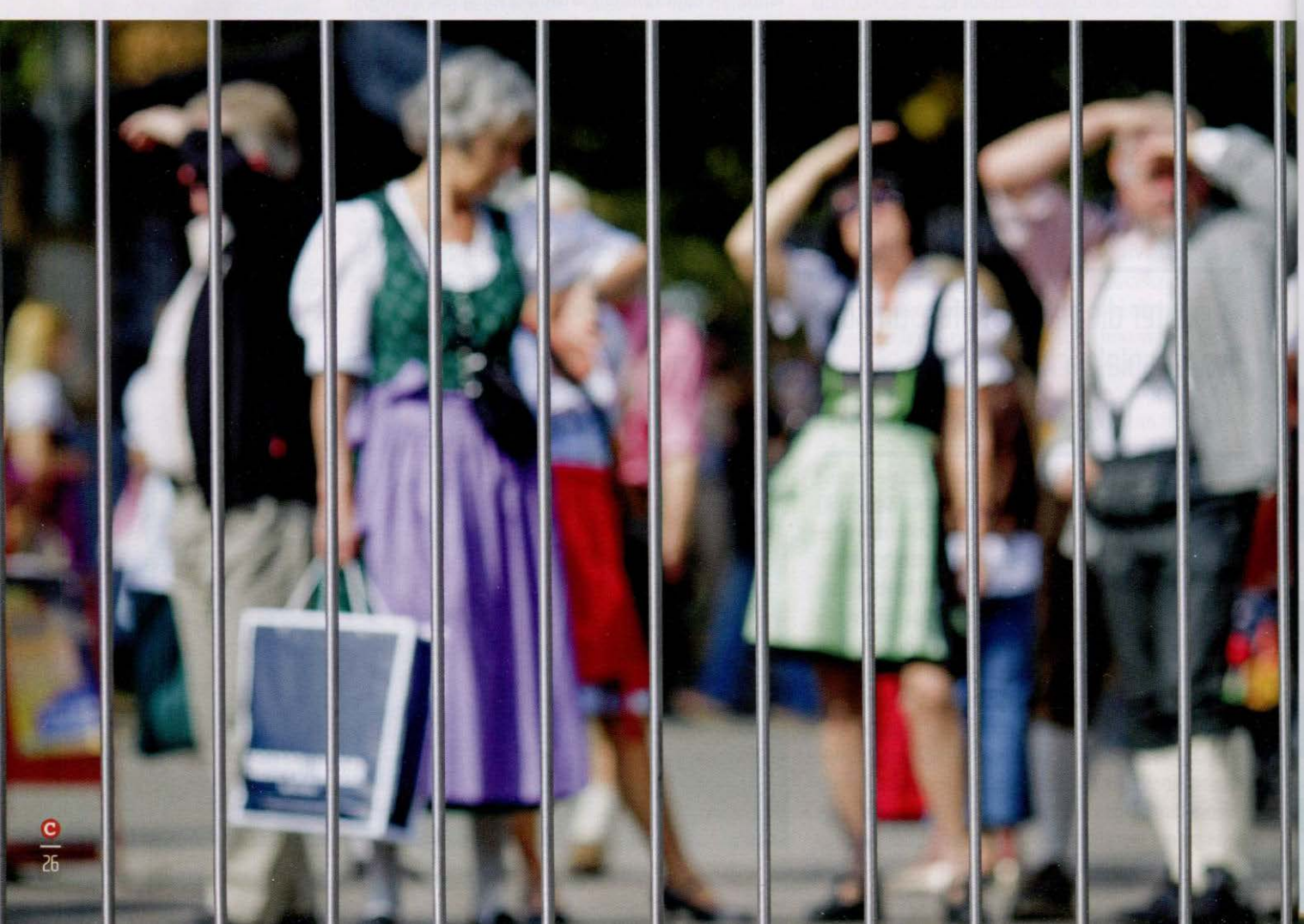
Ein zuverlässiger Schutz ist ohne Zumutungen nicht möglich.

Nach dem Anschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz mit zwölf Toten erwarteten viele Deutsche ein Umdenken von der Politik. Sie hofften, ihr Land würde zu jener Staatsräson zurückfinden, die als «wehrhafte Demokratie» einmal einen guten Namen hatte. Tatsächlich haben Terrorakte und alltägliche Gewalt ein Ausmaß erreicht, bei dem von einer offenen Herausforderung unseres Staatswesens gesprochen werden muss. Wird darauf nun entsprechend geantwortet?

Auf den ersten Blick könnte es so scheinen, denn nun soll das Thema Innere Sicherheit das Wahljahr 2017 bestimmen. Doch ist es hier wie auf anderen Gebieten: Die Tatsache, dass etwas zum zentralen Thema wird, bedeutet nicht, dass man den Ernst der Lage offenlegt, damit dann auch schmerzhafte Eingriffe freimütig erörtert und durchgesetzt werden können. Tatsächlich scheint sich das notwendige Umdenken bereits zwischen minimalen Einzelmaßnahmen und maximalen Ursachenphilosophien aufzulösen.

Die Vision des «offenen Deutschlands»

Worin liegt das Sicherheitsproblem im Fall des Berliner Todesfahrers Anis Amri? Nicht in einer Unterschätzung des Täters oder in einer Nachlässigkeit beim Überwachen, sondern darin, dass man einen solchen Tätertypus nicht frühzeitig und bis zu seiner Abschiebung in Sicherheitsverwahrung genommen hat. Die Gesetze gibt es. Aber solange für deren Anwendung das Kriterium gilt, dass ein «konkreter Gefährdungssachverhalt» nachweisbar sein muss, ist diese Waffe stumpf. Eine Rund-um-die-Uhr-Observierung aller potentiellen Gefährder ist eine abwegige Idee, und auch die Forderung nach mehr Personal ändert daran nichts. Sie ist eher als Ausrede zu verstehen, um sich nicht ernsthaft mit der Aufgabe präventiver Inhaftierung zu befassen. Hier ist



«Lerne ich Gebräuche und Sitten aus anderen Kulturkreisen kennen, gibt das Sicherheit und kann Ängste nehmen», schlaumeierte Österreichs Bildungsministerium angesichts von Opfern sexueller Gewalt. Foto: picture-alliance/dpa

eine Präferenz im Spiel, die ideologischer Natur ist: Eher wird eine erhöhte Wahrscheinlichkeit von Terroranschlägen hingenommen, als die Vision eines «offenen Deutschlands» aufzugeben. Sind wir beim Thema Innere Sicherheit also weiter? Würden die Regierenden in einem ähnlichen Fall jetzt anders handeln? Keineswegs, wir sind hier mit den gleichen Entscheidungsproblemen konfrontiert und strukturell unfähig, sie zu lösen.

Ein zweiter Problemkomplex ist die sich ausbreitende Alltagsgewalt: die Hauseinbrüche und Taschendiebstähle, die Überfälle in U-Bahn-Stationen und Stadtparks, die Gewalt gegen Polizeibeamte, Feuerwehrleute, Busfahrer und Lehrer. Sehen wir für einen Moment von der Herkunft der Täter ab und schauen nur auf die Art der Taten: Es handelt sich nicht um monströse Einzelfälle, sondern um ein breites Vordringen in der Fläche, dem man viel weniger entkommen kann als dem Einzelattentat. Wie viele Menschen in Deutschland haben inzwischen ihre täglichen Heimwege von der Arbeit geändert, wie viele Frauen gehen nach Sonnenuntergang nicht mehr in ihren Park, wie viele Schüler meiden bestimmte Ecken im Umfeld ihrer Schule?

Diese Verschlechterung der Sicherheitslage ist schwer in den Griff zu bekommen. Die Dunkelziffern sind hoch, und die Polizei sagt zu Recht, sie könne nicht überall sein. Ein zuverlässiger Schutz ist hier ohne Zumutungen nicht möglich. Dazu gehört zum Beispiel die systematische Anwendung von Videoüberwachung oder auch die organisierte Wachsamkeit der Bürger, als Neighbourhood Watch in den USA seit langem wohlbekannt. Erheblich verringert werden müsste auch die leichtsinnige Gewohnheit, mit der Strafen immer wieder auf Bewährung verhängt werden – was dazu führt, dass Straftäter in den Alltag entlassen werden, ohne dass die Justiz die Mittel hätte, ihr Verhalten dann zu kontrollieren.

Der Preis der Freiheit

Diese Beispiele zeigen, dass eine erhöhte Wehrhaftigkeit keine Innovationen erfordert, sondern eine Änderung in der Rechtsgüterabwägung von öffentlicher Sicherheit und individueller Freiheit. Davon aber sind wir gegenwärtig weit entfernt, wie die Stellungnahme des Deutschen Richterbundes zur Videoüberwachung vom 27. Dezember 2016 verdeutlichte. Deren Ausdehnung stünde in Konflikt mit dem Gebot der «Verhältnismäßigkeit» staatlicher Eingriffe, erklärte der Vorsitzende Jens Gnisa, weil sie «die Freiheit einer Vielzahl von unbescholtenen Bürgern, die selbst keinen Anlass für Überwachung schaffen», einschränke. Dabei stellt jeder nicht gefasste Täter ebenfalls eine Einschränkung der Freiheit von Zigtausenden Bürgern dar! Doch das kommt in solchen Verhältnisrechnungen, die gerne als absolutes Gebot «des» Rechts ausgegeben werden, nicht vor. Die Fakten einer veränderten Sicherheitslage können diese Einstellung paradoxerweise nicht erschüttern. Das Prinzip, das so sehr auf die Freiheit des Einzelnen schaut und dabei die Freiheit der Vielen übersieht, herrscht unangetastet weiter.

107.100 Personen erhielten 2015 in Deutschland eine Freiheitsstrafe, davon 75.300 auf Bewährung. Foto: picture alliance / Boris Roessler/dpa

Daraus muss man lernen. Die Wiederherstellung der inneren Wehrhaftigkeit der Bundesrepublik wird sich nicht einfach spontan als Reaktion auf Ereignisse – und seien sie noch so monströs – ergeben. Die Wehrhaftigkeit kann nur wiedergefunden werden, wenn bestimmte Maßnahmen, die mit ihr verbunden sind, akzeptiert werden – etwa die Konfrontation, die mit Maßnahmen gegen Täter und deren konsequenter Bestrafung verbunden ist. Hiergegen wird in Deutschland oft eingewendet: Die Härte der Sicherheitskräfte und der Justiz würde die Täter nur verhärten, Mut sei deshalb «kontraproduktiv». Bisweilen wird sogar behauptet, Strafen seien nur eine Rache des Staates und deshalb mit dem Verbrechen auf eine Stufe zu stellen. Doch der Rechtsstaat steht nicht in einer Privatfehde mit dem Täter, er handelt im Auftrag der Gesetze und schützt damit die Allgemeinheit der Bürger. Bei der Wehrhaftigkeit ist Konfrontation also kein Selbstzweck.

Vorwurf Generalverdacht

Wenn Identitätskontrollen vorgenommen werden oder wenn Videoüberwachung installiert wird, treffen die Maßnahmen einen Kreis von Menschen, der viel größer ist als der der gesuchten Täter. Es ist üblich geworden, solches Vorgehen für illegitim zu erklären, weil es angeblich einen Generalverdacht erhebe. Aber jedes allgemeingültige Gesetz verlangt allgemeine Kontrollen zu seiner Einhaltung. Erst dann können Gesetzesbrecher herausgefiltert

Die Konjunktur des Wortes Generalverdacht zeigt die grassierende Staatsfremdheit.

_ Gerd Held (*1951) schreibt gegenwärtig als Publizist für verschiedene Online-Plattformen, zuvor unter anderem auch für die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung und Die Welt. Bis zu seiner Pensionierung war er als Hochschuldozent für Stadt- und Raumplanung tätig.

Elektronische Fußfessel

Statt potentielle Terroristen wegzuschließen oder gar nicht erst ins Land zu lassen, sollen diese künftig mittels elektronischer Fußfessel überwacht werden. Eine entsprechende Neuregelung beschloss das Bundeskabinett Anfang Februar. Dafür will das Bundeskriminalamt zunächst 500 Geräte ordern. Die Maßnahme kann angeordnet werden, wenn das Verhalten eines Gefährders auf Anschlagspläne hindeutet. Bislang sind in Deutschland 88 Fußfesseln im Einsatz. Überwacht werden sie von 16 Justizmitarbeitern in Bad Vilbel bei Frankfurt am Main.

Elektronische Fußfesseln wurden in den 1960er Jahren an der Harvard Universität entwickelt.
Foto: picture alliance / Julian Stratenschulte/dpa

werden. Daher weist jede Gesetzesanwendung im ersten Schritt ein extremes Missverhältnis zwischen der Zahl der erfassten Personen und der Zahl der Gesetzesbrecher auf – man denke an Geschwindigkeitskontrollen im Straßenverkehr, an Einzeltische bei Prüfungsklausuren, an automatische Einkommensmeldungen bei den Finanzämtern und so weiter. Die Konjunktur des Wortes Generalverdacht zeigt nur, wie viel Staatsfremdheit gegenwärtig in Deutschland in Umlauf ist.

Diese Staatsfremdheit ist erstaunlich leichtfertig. Soll insgeheim an die Stelle des Staates ein anderes Modell der Regulierung gesetzt werden? Etwa die sogenannte Zivilgesellschaft, die in ausdrücklicher Gegenüberstellung zum Staat definiert wird? In ihr regeln sich die Dinge angeblich durch das «Engagement» der Bürger, durch Dialog. Die befriedende Sogkraft des miteinander Redens soll die Härten der Wehrhaftigkeit überflüssig machen. Der Einfluss dieser Zivildoktrin in Deutschland scheint auch nach den jüngsten Gewaltexzessen ungebrochen. Dabei ist die «Zivilgesellschaft» mindestens ebenso eine Chimäre wie die «multikulturelle Gesellschaft».

Zurück zum Grundgesetz

Wie ist es so weit gekommen? Ist die Wehrhaftigkeit den Deutschen prinzipiell fremd? Nein, in der Geschichte der Bundesrepublik sind beide Tendenzen – Wehrhaftigkeit und Zivilität – angelegt. Beides waren Konsequenzen aus dem Ende der NS-Diktatur. Die eine suchte das Heil in einer möglichst großen Distanz zu jedwedem Staatswesen, weil sie das NS-Regime als Folge einer missratenen deutschen, vor allem preußischen Staatstradition verstand. Die andere sah im NS-Regime eine Verletzung aller rechtsstaatlichen Traditionen, die Deutschland schon entwickelt hatte. Daraus folgerte man, dass die Bundesrepublik wehrhafter gegen totalitäre Heilsansprüche sein müsste, als die Weimarer Republik es war. So entstand das Konzept der «wehrhaften Demokratie». An diesem Anfang der Bundesrepublik war auch die Wertschätzung für das Zivile groß, aber dies wurde nicht als Staatsersatz verstanden. Die Idee einer zivilen Gesellschaft beanspruchte nicht, der Angelpunkt des ganzen Landes zu sein. Das Grundgesetz enthält sowohl Wehrhaftigkeit als auch Zivilität. Erst in der weiteren Entwicklung ist die Zivildoktrin Schritt für Schritt dominant geworden.

Polizei tappt im Dunkeln

Neuer Rekord bei Wohnungseinbrüchen: 2015 wurden 167.000 Fälle angezeigt. Schaden: über 440 Mio. Euro.

Quelle: BKA Grafik: COMPACT

> Das Grundgesetz enthält sowohl Wehrhaftigkeit als auch Zivilität.

Jetzt zeigt sich, dass es so nicht weitergeht. Die Bundesrepublik steht vor der Aufgabe, die verdrängte Tradition der wehrhaften Demokratie wieder aufzunehmen. Das ist es, was eigentlich beim gegenwärtigen Streit um die Innere Sicherheit auf dem Spiel steht. Wir müssen wieder lernen, für einen wehrhaften Staat zu kämpfen – und überhaupt für ein bestimmtes, begrenztes Staatswesen und nicht für einen globalen «Gesellschaftsentwurf». ■

Anzeige

mobiles Sicherheitsmanagement
oeyes
www.oeyes.de

online videoüberwachung
online Alarmanlagen
online GPS Ortung
IT Sicherheit

Notruf Service , Intervention, Wartung und Support **alles aus einer Hand**

elsbethstraße 34 • 04155 leipzig • funk: 0152 / 09 87 00 37 • tel.: 0341 / 256 24-88 • fax: 0341 / 256 24-89

Springt Gauland der Ekel aus dem Gesicht? Vorsicht, Falle! Diese Montage verbreitete die Nachrichtenagentur dpa. Foto: picture alliance / SvenSimon

Hatz auf die AfD

_ von Martin Müller-Mertens

Gegen die Alternative für Deutschland ist jede Lüge erlaubt. «Verleumde nur frech, irgendetwas bleibt immer hängen», lautete schon im alten Rom die Devise der bezahlten Schmieranten. Im Folgenden dokumentieren wir einige der dreistesten Unterstellungen gegen die Oppositionspartei.

Die Schießbefehl-Lüge

Die moralische Verdammnis war Frauke Petry gewiss. Ende Januar 2016 antwortete die AfD-Vorsitzende dem *Mannheimer Morgen* auf Fragen zur von ihr geforderten Grenzschließung. Die Politikerin habe mit «dem Vorschlag, die Polizei müsse an der Grenze notfalls auf Flüchtlinge schießen», gehörige «Entrüstung ausgelöst», skandalisierte kurze Zeit später *Der Spiegel*.

«Frauke Petry fordert Schießbefehl an Grenze», titelte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ). Auch den Unions-Innenpolitikexperten Stephan Mayer (CSU) erinnerten die Äußerungen der Wahl-Leipzigerin «auf fatale Weise an das Unrechtsregime der DDR». Petry sei «politisch vollends verirrt», befand der SPD-Fraktionsvorsitzende Thomas Oppermann.

Tatsächlich hatte die sächsische Landtagsabgeordnete die inkriminierte Vokabel jedoch nie in den Mund genommen, sondern lediglich die geltende Rechtslage beschrieben. «Er [ein Grenzpolizist] muss den illegalen Grenzübertritt verhindern, notfalls auch von der Schusswaffe Gebrauch machen. So steht es im Gesetz», lässt sich dem Interview entnehmen. Auf die offensichtlich manipulative Nachfrage des *Mannheimer Morgen:* «Es gibt in Deutschland ein Gesetz, das einen Schießbefehl an den Grenzen enthält?» antwortete Petry unmissverständlich: «Ich habe das Wort Schießbefehl nicht benutzt. Kein Polizist will auf einen Flüchtling schießen. Ich will das auch nicht.»

Dass die Mannheimer Zeitung Petrys Aussagen erst provoziert und dann verdreht hatte, fiel sogar Teilen der Mainstreammedien auf. «Das Wort "Schießbefehl" hat die AfD-Chefin Frauke Petry tatsächlich nicht benutzt», konstatierte der *Cicero* – um anschließend dennoch fortzufahren: «Nein, ein Opfer ist Frauke Petry nicht.» Sogar der Deutsche Journalistenverband (DJV) protestierte gegen die Treibjagd. «Schon die Art der Interviewführung des *Mannheimer Morgen* war nur darauf ausgerichtet, dass Petry irgendwie zur Äußerung der Worte Grenzzaun und Schießbefehl gebracht werden sollte. Als das misslang, sprach es einfach der Interviewer aus, und der *Mannheimer Morgen* nutzte es in einer verkürzten Form zur angestrebten Hetze gegen Petry.»

Bei diesem Titelbild stand offenbar der italienische Diktator Benito Mussolini Pate. Foto: Der Spiegel

Sogar der Deutsche Journalistenverband protestierte gegen die Treibjagd.

Bild links: Wie war das mit dem herrschaftsfreien Diskurs? Antifanten attackieren André Poggenburg im Januar an der Uni Magdeburg. Foto: Screenshot Youtube
Bild rechts: Das ist der falsche Arm, liebe Kurier-Kollegen. Foto: Berliner Kurier
Bild Seite 31: Die Tagesschau macht Stimmung. Foto: Screenshot ARD

Ein Hauch von Heinrich Himmler huschte über den Bildschirm.

So titelte das «Wochenmagazin für die junge Elite» im April 2016. Foto: FAZ Woche

Die Zwangsarbeit-Lüge

Die Entrüstung der Katharina Nocun sprang aus jedem Buchstaben. «#HartzIV war gestern: Die #AfD BaWü fordert jetzt Zwangsarbeit unter Mindestlohn für Langzeitarbeitslose», twitterte die einstige Piratenpolitikerin, die bereits für den Lobbyistenverein Campact gearbeitet hat, Ende Januar 2016. Anlass für ihren sozialpolitischen Aufschrei fand die 29-Jährige eigenen Angaben zufolge im Wahlprogramm der Südwest-Alternative. «Und wehe dem, der arbeitslos wird», zeigte sich der *Stern* daraufhin alarmiert. Der Onlinepranger *Netz gegen Nazis* – seines Zeichens Medienpartner der *Zeit* – orakelte über die Pläne: «Möglicherweise das undurchsichtigste Projekt.»

Doch was hatte die AfD wirklich gefordert? Tatsächlich beschrieb das Wahlprogramm ein Pilotprojekt «Bürgerarbeit statt Hartz IV». Darunter ist «die Ausübung gemeinnütziger Arbeit durch Langzeitarbeitslose zu verstehen, die nicht unmittelbar in Konkurrenz zum Arbeitsmarkt steht. Bürgerarbeit soll ca. 30 Wochenstunden umfassen und mit ca. 1.000 EUR monatlich sozialversicherungspflichtig entlohnt werden» – und damit deutlich über dem Arbeitslosengeld II. Der Rest ist einfache Mathematik: Die Richtwerte der AfD entsprachen dem damaligen Mindestlohn von 8,50 Euro – jeder Ein-Euro-Jobber träumt von dieser Vergütung...

Die Boateng-Lüge

Die Fußball-Europameisterschaft 2016 war noch nicht angepfiffen, da überschattete bereits ein angeblicher Skandal das Turnier. «Die Leute finden ihn als Fußballspieler gut. Aber sie wollen einen Boateng nicht als Nachbarn haben», zitierte die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* (FAS) im Mai den brandenburgischen AfD-Fraktionsvorsitzenden Alexander Gauland aus einem längeren Pressegespräch. Boateng raus gleich Neger raus? In jedem Fall habe der damals 75-Jährige den Münchner Innenverteidiger «beleidigt» (*Welt*) und damit «Empörung ausgelöst» (*Zeit*). «Gauland und AfD sind nicht in Deutschland angekommen», dozierte die Grünen-Fraktionsvorsitzende Karin Göring-Eckardt. Für Linken-Chef Bernd Riexinger war Gauland «ein ganz übler Rassist».

«Ich habe nur deutlich gemacht, dass es viele gibt, die Fremde in ihrer Nachbarschaft nicht für ideal halten», stellte Gauland klar. Dass der Name Boateng überhaupt erst von der FAS ins Gespräch eingebracht wurde, räumte schließlich deren Redakteur Eckart Lohse im *Deutschlandfunk* ein. «Der Satz ist genau genommen ja gar keine Beleidigung Boatengs, sondern nur eine Aussage über Alltags-Rassismus, wie er in Deutschland durchaus vorkommen mag», urteilte sogar das Fachportal *Meedia*.

Die Holocaust-Phantasie-Lüge

Geisterstunde in der ARD: Das Gespenst Heinrich Himmlers huschte über den Bildschirm. Am 4. November 2015 – auf dem Höhepunkt des Asyleinmarsches in Deutschland – veranstaltete die AfD im nordrhein-westfälischen Euskirchen eine Diskussionsrunde zum Thema «Sicherheit in Europa». Ein Videomitschnitt wurde offenbar dem WDR zugespielt – oder mit versteckter Kamera von den honorigen Kollegen selbst angefertigt. Als besonderen Höhepunkt ihrer Entlarvung boten die Kölner TV-Aufklärer in der Sendung *Westpol* einen Teilnehmer auf, dessen angebliche Aussage die Gebührenfunker jedoch nicht im Originalton wiedergaben, sondern synchronisierten: «Man muss sich nur an den Zweiten Weltkrieg erinnern, an unsere eigene Geschichte. Was haben wir denn mit den Juden gemacht? Da gab es ja auch Möglichkeiten. Man muss

gar nicht übertreiben, aber etwas anderes wird bald gar nicht mehr möglich sein.» Als Zugabe präsentierte *Westpol* den längst von der AfD geschiedenen Hans-Olaf Henkel, der die AfD politkorrekt als «richtiges Monster» einordnete.

Die AfD dementierte die ihr zumindest indirekt unterstellten Holocaust-Phantasien umgehend. «Die gezeigte Person im grauen Kapuzenpullover ist nicht Mitglied der AfD. Alles spricht dafür, dass dieses Video nach Abschluss der Veranstaltung mit der Absicht produziert wurde, die AfD politisch zu beschädigen», hieß es in einer Stellungnahme des Bundesvorstandes.

Erkennbar unwirsch räumte der WDR schließlich ein, dass «es sich um verdeckte Filmaufnahmen handelte», die aus rechtlichen Gründen nicht mit Originalton gezeigt werden dürften. Zudem habe der Beitrag angeblich «nie behauptet oder suggeriert, dass es sich bei der Person um ein AfD-Mitglied» handele. Aufzufinden ist das Video beim WDR übrigens nicht mehr. Warum die größte GEZ-Anstalt ihre Enthüllung löschte? «Dies kann mehrere Ursachen haben», heißt es beim Sender.

Die Schandmal-Lüge

Björn Höcke hatte seine Rede kaum beendet, da glühten im Internet die virtuellen Drähte. «Das ist ein Nazi. Und er ist dort nicht der einzige», twitterte der CDU-Bundestagsabgeordnete Marco Wanderwitz. Der Thüringer Fraktionsvorsitzende trete «das Andenken an die sechs Millionen ermordeten Juden mit Füßen», echauffierte sich der Präsident des Zentralrats der Juden, Josef Schuster.

Offenbar willkommener Stein des Anstoßes war ein Auftritt Höckes bei der Jungen Alternative in Dresden. Dort hatte der Thüringer am 17. Januar 2017 unter anderem eine Kehrtwende in der deutschen Erinnerungspolitik gefordert. «Die Deutschen sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat», sagte er mit Blick auf das Berliner Holocaust-Mahnmal.

Den Weg in die Redaktionsstuben der Mainstreammedien fand die Rede zunächst durch die Deutsche Presse-Agentur. Die Meldungsmacher dichteten Höckes Aussage jedoch schlicht in ihr Gegenteil um: «AfD-Politiker Höcke nennt Holocaust-Gedenken eine "Schande"». Doch genau so hatte es der Gescholtene nicht gemeint, wie er tags darauf in einer Presseerklärung klarstellte. «Ich habe gesagt, dass wir Deutsche diesem auch heute noch unfassbaren Verbrechen, also dieser Schuld und der damit verbundenen Schande, mitten in Berlin ein Denkmal gesetzt haben.»

Die Lüge von der friedlichen Antifa

Für den MDR war es eine hörbare Genugtuung. «Bei einer geplanten Veranstaltung der AfD an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg am Donnerstagabend hat es im Hörsaal lautstarke Proteste gegeben», meldete der Gebührensender im Januar 2017. Verbale Kritik also? Tatsächlich hatten Antifa-Trupps eine Rede des sachsen-anhaltinischen Fraktionsvorsitzenden André Poggenburg mit Gewalt verhindert, wie selbst die *Magdeburger Volksstimme* einräumen musste. Demnach habe «ein junger Mann einen Böller auf AfD-Landeschef Poggenburg geworfen», daraufhin sei die Situation eskaliert. «Mindestens ein AfD-Anhänger wurde von offensichtlich linksgerichteten Studenten am Auge verletzt.» Der *Focus* verniedlichte das Ganze zu «Rangeleien zwischen Veranstaltern und Zuhörern». «Unsere Studierenden zeigen Flagge und Haltung. Darauf bin ich stolz», fabulierte der Dekan der Fakultät Humanwissenschaften Michael Dick. ■

Nach rechts gezielt – und links getroffen

Am 6. Februar 2015 präsentierte die *Heute Show* im ZDF aufgeregt eine rothaarige Frau, die sich scheinbar offen zur Wandelung ihrer Wählerpräferenz bekannte. «Ich möchte nicht mehr die NPD wählen, weil die mir zu rechtsextrem ist, und deswegen wähle ich jetzt die AfD. Ich sag immer, das ist die NPD in freundlich», diktierte die Dame in die Kamera. Nun war die Interviewte durchaus kein Fake, sondern Marlena Schiewer – ihres Zeichens jugendpolitische Sprecherin der Linkspartei in Görlitz. Aus ihrer Aussage hatte die *Heute Show* einen entscheidenden Vorsatz herausgeschnitten: «Hier auf dem Dorf gibt es ziemlich viele Leute, die rechter Meinung sind und die einfach sagen…» Schiewer zeigte sich über ihren unfreiwilligen Auftritt wenig erbaut: «Das ist eine Frechheit und widerspricht meinem bisherigen politischen Engagement für Flüchtlinge und gegen Rassismus.»

Marlena Schiewer. Foto: Screenshot ARD

Anzeige

12 COMPACT Ausgaben eines Jahrgangs auf DVD!

Das komplette COMPACT-Jahr als PDF

So kommen Sie doch noch an COMPACT-Ausgaben, die im Shop längst vergriffen sind. Erhältlich sind die Jahres-DVDs ab dem Jahrgang 2010/2011.

29,95 €, zzgl. Versand
COMPACT-Abonnenten zahlen günstige 12,95 €, zzgl. Versand

Bestellungen unter compact-shop.de oder per FAX an +49-(0)3327-5698617

«Wir haben nur eine Chance, wenn wir zusammenstehen»

_ Jürgen Elsässer im Gespräch mit Martin Renner

Steht die Alternative für Deutschland vor einer Spaltung? Von Ostfriesland bis zum Erzgebirge rumort es, es wird geschimpft und intrigiert, ausgetreten und ausgeschlossen. Die übergroße Mehrheit der Basis ist verzweifelt über den Flügelstreit – und viele hoffen auf Brückenbauer wie unseren Interviewpartner.

Frauke Petry, Markus Pretzell und Martin Renner. Foto: picture alliance / dpa

In der AfD gibt es ein Hauen und Stechen, nicht nur in Nordrhein-Westfalen – und das in einem entscheidenden Wahljahr. Was ist da los?
Wir stehen tatsächlich an einem Scheideweg. Im Grunde geht es überall um den Konflikt zwischen zwei Herangehensweisen: Manche legen den Fokus auf politische Arbeit und auf beharrlich vorgetragene politische Aussagen, andere eher auf Personelles, auf mediale Aufmerksamkeit erregende Auftritte. Auch das Erreichen von Mandaten, Pfründen und neuen Einkommen spielt eine gewisse Rolle. Aber um Macht und die Absicherung der erreichten Positionen geht es immer.

Sie sollten als Co-Landesvorsitzender in NRW gestürzt werden, und zwar auf Antrag der übrigen Landesvorstandsmitglieder unter Führung von Marcus Pretzell. Hat sich da eine «Beutegemeinschaft» gebildet, die alle nicht zu ihrer Kabale Gehörenden wegbeißen will?
Den Begriff «Beutegemeinschaft» hatte ich einmal zur Beschreibung der Altparteien und ihrer Ausgleichs-Organisationen, den Gewerkschaften, den Kirchen, den NGOs und den Unternehmen der Sozialindustrie, verwendet, und dann auf unserem Programmparteitag im Sommer 2016 in Werl auch im Hinblick auf die AfD benutzt. Mit Sorge sehe ich eine Entwicklung, wo sich in der Partei verschiedene Seilschaften gebildet haben, die untereinander zusammenhalten und die Posten verteilen. Die Beteiligung aller Gruppierungen, je nach ihrem Gewicht, kommt so etwas ins Hintertreffen. Das ist nicht gut für die AfD.

Von außen sieht es so aus, als kämpften eher Gemäßigte um die Bundesvorsitzende Frauke Petry und ihren Gatten Pretzell gegen eher Radikale um Björn Höcke.
Ganz generell ist die Vorstellung falsch, bei uns kämpften zwei Flügel gegeneinander. Dafür sind meines Erachtens die einigenden Schnittmengen viel zu groß. Die AfD besteht im Wesentlichen aus den Positionen freiheitlich, bürgerlich, konservativ und patriotisch. Es wird übersehen, dass sich die große Mehrheit der Parteimitglieder – wie auch ich selbst – keinem der verschiedenen Flügel zuordnet. Und vor allem diese Mehrheit ist es, die an Einfluss verliert, weil sie aus Einzelpersonen und gerade nicht aus Seilschaften besteht. Und was die vermeintlich Gemäßigten angeht: Auch bei diesen haben wir Aktionen, die weder gemäßigt noch durchdacht erscheinen. Da wird aus heiterem Himmel die Begrifflichkeit «völkisch» thematisiert, «Schießen an der Grenze» als Ultima Ratio dargestellt und der Front National – eine sozialistische Partei mit extrem nationalem Impetus – als Partner entdeckt, an dessen Seite die AfD unverbrüchlich stehen sollte.

Die Medien erwecken den Eindruck, als ob Höcke der Provokateur sei, der die Macht in der AfD an sich zu reißen versucht. Auch Petry hat gesagt, er schade der Partei und müsse eigentlich ausgeschlossen werden.
Ich sehe mich nicht im Höcke-Lager, und auch mich stören bisweilen Rhetorik und Stilistik. Dennoch gehören auch er und seine Anhänger ganz klar zur AfD – keinesfalls weniger als Petry und deren Anhänger. Was den inhaltlichen Kern der Dresdner Rede angeht, stimme ich Höcke ausdrücklich zu: Natürlich hat sich in der Bundesrepublik seit vielen Jahrzehnten ein «Schuldkult» etabliert, der davon lebt, mittels moralischem Druck und Verweisen auf die schändliche NS-Vergangenheit die heutigen Oppo-

> «Höcke und seine Anhänger gehören ganz klar zur AfD – keinesfalls weniger als Petry und deren Anhänger.»

sitionellen mundtot zu machen und damit aktuelle Politik durchzusetzen. Eine Charakterwäsche der Nachkriegsdeutschen war ganz im Sinne der Siegermächte, die das Konzept der «Re-Education» realisierten. Dazu sagte Archibald MacLeish, der damalige Staatssekretär des US-amerikanischen Außenministeriums, auf einer Konferenz 1945: »Wir werden die gesamte deutsche Tradition auslöschen. Es ist das Ziel der Umerziehung, den Charakter und die Mentalität der deutschen Nation zu verändern, so dass Deutschland schließlich ein Leben ohne Überwachung gestattet werden könnte.»

Das Thema «Denkmal der Schande und die Verbrechen des Naziregimes» ist daher selbstverständlich sowohl in der allgemeinen politischen Diskussion relevant wie in der innerparteilichen Debatte heute und auch zukünftig geboten. Deshalb ist es ja auch im AfD-Grundsatzprogramm, das wir letzten Mai auf dem Parteitag in Stuttgart beschlossen haben, im Kapitel 7.4 entsprechend abgehandelt und entschieden worden.

«Die AfD darf keine Minderheitenregierung tolerieren, wir sind nicht der Juniorpartner der CDU.»

Manche Kritiker von Höcke sagen, er habe nicht Unrecht, aber sein provokativer Vorstoß komme zur Unzeit, da wichtige Wahlen anstehen.

Das finde ich nicht, weil es den «richtigen» Zeitpunkt für derartige Betrachtungen niemals geben wird. Die Linienrichter der Political Correctness werden unsere Positionen in diesen «sensiblen» Themenfeldern immer außerhalb des uns zugestandenen Diskursraums verorten – genau deswegen ist es ja richtig, sich das nicht gefallen zu lassen. Und man muss auch sehen: Der von den Medien inszenierte Skandal um die Höcke-Rede, an dessen Anfang übrigens eine Verfälschung seiner Position durch eine Nachrichtenagentur stand, war von kurzer Dauer. Neu entflammt wurde er erst, nachdem einige Funktionäre aus dem Bundesvorstand und einige Landesvorstände in die Skandalisierung eingestiegen sind. Aber wir können uns doch nicht auf die Seite derer stellen, die wir ansonsten als Lügenpresse bezeichnen, die wir als Establishment bekämpfen, nur um im innerparteilichen Streit Pluspunkte zu machen! Es gilt doch das Umgekehrte: Unter Beschuss der Medien und der gegnerischen Parteien muss die Partei zusammenstehen!

Im Landesverband NRW geht die Pretzell-Führung gegen Kritiker mit Parteiordnungs- und Ausschlussverfahren vor, Leute werden unter Druck gesetzt, es gibt Rücktritte.

(Lacht) Ja, man könnte fast den Eindruck bekommen, dass ein Königspaar sich an Rhein und Ruhr ein Patrimonium schaffen will. Etwas, was eine demokratische Partei eigentlich so nie sein kann.

Aber zu den persönlichen kommen wohl auch politische Differenzen. So scheint Pretzell die AfD als Steigbügelhalter einer CDU-geführten Regierung zu sehen. Die Rheinische Post kolportierte am 13. Dezember 2016 eine Aussage von Pretzell aus einer Veranstaltung, es ging um die Optionen der AfD nach den Bundestagswahlen. «Wir könnten dann ja auch eine Minderheitenregierung unterstützen», soll er gesagt haben.

Meine dezidierte Meinung: Die AfD darf keine Minderheitenregierung tolerieren, wir sind nicht der Juniorpartner der CDU. Seit Jahrzehnten gibt es in unserem Land keine wirkliche Opposition im Parlament. Diese Leerstelle zu füllen, das ist unsere Aufgabe, nicht das Mitregieren.

«Sag niemals nie», heißt der Titel eines James-Bond-Films.

Regierungsbeteiligung wäre nur vorstellbar, wenn wir stärkste Partei werden. Wir können – irgendwann und hoffentlich bald – als Seniorpartner mit den abgewirtschafteten und marginalisierten Altparteienfragmenten zusammenarbeiten. Aber nur in der Rolle des dominierenden, die Richtlinien vorgebenden Seniorpartners, denn nur so können wir die Verwüstungen im politischen und gesellschaftlichen Raum benennen und beheben.

Auch mit dieser Forderung erreichte die AfD in Baden-Württemberg 2016 insgesamt 15,1 Prozent. Foto: AfD

_ Martin Renner gehörte 2013 zum Gründungsvorstand der Alternative für Deutschland und ist seit 2015, zusammen mit Marcus Pretzell, einer der beiden gleichberechtigten Vorsitzenden im Landesverband Nordrhein-Westfalen.

Der Höhenflug der AfD_ aktuelle Umfragen

In fast allen Ländern über fünf Prozent

Hochburgen: ■ > 10 % ■ ≤ 10 %
* derzeit im Landtag vertreten

Sonntagsfrage Bundestagswahl
vom 2.2.2017

Wählerwanderung zur AfD
Berlin-Wahl 2016

Quellen: Statista, infratest dimap, Wikipedia Grafik: COMPACT

Machtkampf in NRW

Die AfD hat in ihrem größten Landesverband NRW zwei Vorsitzende – ein Unikum, das darauf verweist, dass an Rhein und Ruhr schon länger ein prekäres Kräftegleichgewicht herrscht, dass durch die Doppelspitze Marcus Pretzell/Martin Renner austariert werden musste.

Seit die Aufstellung der Kandidaten für die Landtagswahl am 14. Mai läuft, ist es mit der Balance vorbei. Marcus Pretzell konnte sich den Spitzenplatz auf der Landesliste nur mit einem Ergebnis von knapp über 50 Prozent sichern. Trotzdem zockten er und seine Gefolgsleute bei der Besetzung der weiteren aussichtsreichen Plätze durch. Die in sich sehr buntscheckige Parteiopposition fühlte sich nicht repräsentiert und beklagte sogar Wahlmanipulation, es sollen Stimmzettel verschwunden sein. Ihr Antrag auf einem Folgeparteitag, die Liste zu annullieren und neu zu wählen, bekam zwar eine Mehrheit – aber nicht die laut Satzung erforderliche Zweidrittelmehrheit. Auch eine Unterschriftensammlung scheiterte am notwendigen Quorum. Umgekehrt kam auch die Pretzell-Strömung mit ihrem Abwahlantrag gegen Martin Renner nur deswegen nicht durch, weil sie zwar eine Mehrheit, aber keine Zweidrittelmehrheit erreichte.

Holocaust-Mahnmal in Berlin. Foto: jf, CC BY 3.0, Wikimedia Commons

Das ist auch die Linie der FPÖ in Österreich, die ja Pretzell ansonsten als Vorbild preist.
Absolut. Doch man sollte von Vorbildern nicht nur das übernehmen, was einem gerade so passt, auch und gerade, wenn das Vorbild in diesem Falle die Freiheitlichen in unserem Nachbarland sind.

Ketzerisch gefragt: Ist die AfD nicht eine künstliche Zwangsvereinigung zweier Parteien, die besser getrennt antreten sollten?
Nein, auf gar keinen Fall. Eine erneute Spaltung wird es nicht geben. Wir können und müssen die gesamte Spannbreite von den Liberalen über die Konservativen bis hin zu den Patrioten integrieren. Dass genau das der Weg für eine neue Partei ist, zeigt übrigens paradoxerweise die Anfangsphase der Grünen: Die hielten ein Spektrum von bürgerlichen Ökologen wie Herbert Gruhl bis hin zu Marxisten wie Rudi Dutschke zusammen. Wenn wir eine ausgewogene Repräsentation der Parteibasis auch in den Gremien und bei den Kandidaten hinbekommen, können wir unser Wählerreservoir optimal ausschöpfen. Deshalb besorgt es mich, dass in NRW diese Breite, die wir in der Mitgliedschaft haben, bei der Aufstellung der Landesliste so sehr verengt wurde.

Schon auf dem Bundesparteitag im April könnte es zu einer neuen Zerreißprobe kommen: Petry will als alleinige Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl gekürt werden.
Das wäre nicht klug. Wenn wir mit einer Mehrfachspitze antreten, stehen automatisch die Sachthemen und die jeweiligen Kompetenzen stärker im Vordergrund. So soll es auch sein. Bei einer Einzelspitze wäre der Wahlkampf auf die Person zentriert, das lenkt von unseren politischen Alternativen ab.

«Eine erneute Spaltung wird es nicht geben.»

Sie sind ein Urgestein der AfD – der Einzige, der noch vom allerersten Bundesvorstand aus der Gründerzeit an der Parteispitze übrig geblieben ist. Damals dominierte Lucke, heute Petry. Wiederholt sich die Geschichte?
Ich bleibe Optimist, trotz der Probleme, die wir im Augenblick haben. Wenn von allen Seiten die Schärfe und die machtpolitischen Ambitionen aus der innerparteilichen Diskussion herausgenommen werden, können und werden wir es schaffen. Wir haben eine einmalige Chance, die wir nicht verspielen dürfen: für Deutschland, wie es schon in unserem Namen versprochen wird! ■

Anzeige

Vom 23. – 26.03.2017 beweisen wir inmitten der Buch- und Medienbranche
Mut zur Wahrheit!

Freitag, 24. März | 17:30 Uhr
Halle 5, C 200
Vorstellung Spezial Nr. 12
«Nie wieder Grün!»

Samstag, 25. März | 17 Uhr
Halle 5, C 200
Vorstellung Spezial Nr. 13
«Asyl: Die Toten»

Besuchen Sie uns!
Halle 5, Stand C 201

COMPACT © kommt auf die Leipziger Buchmesse

Staatsziel: Auflösung des Volkes

_ von Björn Clemens

Am 17. Januar 2017 hat das Bundesverfassungsgericht den Antrag des Bundesrates, die NPD zu verbieten, abgelehnt. Was auf den ersten Blick als Erfolg der Partei und der Rechtsstaatlichkeit aussieht, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als vergiftetes Geschenk.

Zum einen stützt das Bundesverfassungsgericht die Entscheidung im Wesentlichen auf die Bedeutungslosigkeit der Partei. Daraus zieht es den juristisch unzulässigen Schluss, dass die Partei «nicht darauf ausgehe», die freiheitliche demokratische Grundordnung (FDGO) zu beseitigen. Ob eine Partei die FDGO beseitigen will, ist aber eine systematisch andere Frage als die, wie groß die Chance ist, dieses Ziel durchzusetzen. Außerdem verurteilt das Gericht die Partei mit ihrem Winkelzug gewissermaßen zum Selbstmord. Denn nach der Logik des Gerichts würde sie automatisch darauf aus sein, die FDGO zu beseitigen, sobald sie wieder bedeutsamer würde.

Zum anderen konnte das Gericht der Partei gerade wegen dieses Kunstgriffes die Verfassungsfeindlichkeit bescheinigen. Das Gericht nimmt unter anderem auf den von der NPD benutzten Begriff der Volksgemeinschaft Bezug, der gegen die in Artikel 1 Grundgesetz verbriefte Menschenwürde verstoße. Was es insoweit zur Begründung anführt, kann in seiner negativen Konsequenz kaum überschätzt werden. So liest man dort etwa: «Menschenwürde ist egalitär, sie gründet ausschließlich in der Zugehörigkeit zur menschlichen Gattung.» Und: «Mit der Menschenwürde [ist] ein rechtlich abgewerteter Status nicht vereinbar.» Ein Verstoß gegen die Menschenwürde sei die «Vorstellung eines ursprünglichen und daher unbedingten Vorranges eines Kollektivs.» Weiter: «Die unbedingte Unterordnung einer Person unter ein Kollektiv, eine Ideologie oder eine Religion stellt eine Missachtung des Wertes dar, der jedem Menschen um seiner selbst willen (...) zukommt.» Das mag sich plausibel anhören, heißt aber nichts anderes, als dass es ein Kollektiv wie Volk im klassischen Verständnis als rechtliche Bezugsgröße nicht mehr geben darf.

Artikel 116 Grundgesetz definiert in der Tat das Staatsvolk (nur) als Summe der Staatsbürger. Neu ist aber, dass die politische Forderung, die Staatsbürgerschaft vom (ethnisch-kulturell zu definierenden) Volk abzuleiten, sie also vom Kopf auf die Füße zu stellen, als Verstoß gegen die Menschenwürde verfassungsfeindlich sein soll.

Bürgerrechte und Menschenrechte

Falsch ist es obendrein. Anders als die handverlesenen Träger der roten Robe, unter ihnen der frühere saarländische Ministerpräsident Peter Müller (CDU), behaupten, folgt aus der Menschenwürde kein Anrecht auf staatliche Teilhabe und erst recht kein Anrecht auf die deutsche Staatsbürgerschaft. Das Gericht überzieht den Begriff Menschenwürde, wenn es behauptet, dieser zwinge unseren Staat, jeden als Bürger anzuerkennen, der hier zufällig lebt: Menschenwürde heißt nur, dass ein innerster Kern des Menschseins beachtet werden muss, auch wenn jemand kein Deutscher ist. Sie verbietet Folter und öffentliches Auspeitschen, Burkazwang und Kopfabschneiden. Sie hat aber nichts damit zu tun, wen das Volk in seine rechtliche Gemeinschaft aufnimmt. Dafür sprechen viele Gesichtspunkte. So unterscheidet das Grundgesetz sehr wohl zwischen Grundrechten, die nur Deutschen zukommen, und Grundrechten, die allen Menschen zustehen. Darüber hinaus kennt das Völkerrecht den Begriff Volk, wie er richtigerweise zu verstehen ist, zum Beispiel in der Konvention gegen Völkermord, die auch in Paragraph 6 des deutschen Völkerstrafgesetzbuches eingegangen ist. Schließlich beinhaltet das tradierte Selbstbestimmungsrecht der Völker auch das Recht, sich selbst zu organisieren – und dabei zu bestimmen, wer draußen bleibt, faktisch und rechtlich. Was das Verfassungsgericht demgegenüber kreiert hat, ist ein neues Staatsziel: die Auflösung des deutschen Volkes oder schlicht der Volkstod! ■

> Die Staatsbürgerschaft vom Volk abzuleiten, soll verfassungsfeindlich sein.

Blamage für die SPD

Der stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende Wolfgang Kubicki sah in der Ablehnung des NPD-Verbots durch das Bundesverfassungsgericht eine Niederlage der SPD. «Vor allem für die bundesdeutsche Sozialdemokratie ist die heutige Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes beschämend», sagte der Spitzenkandidat seiner Partei in Schleswig-Holstein. «Wer – wie führende Sozialdemokraten – das politische Symbol zum überragenden Ziel aller seiner Überlegungen macht, wird am Ende einen politischen Scherbenhaufen hinterlassen.»

Bild links: Sebastian Schmidtke war von 2012 bis 2016 Landesvorsitzender der Berliner NPD. Foto: NPD Pressefoto

_ Dr. Björn Clemens (49) ist Rechtsanwalt, Buchautor und Publizist aus Düsseldorf. 2002 bis 2006 war er stellvertretender Vorsitzender der Republikaner. Auf seinem Blog rechtskampf.blogspot.de schreibt er unter anderem über Grenzfälle des Rechtsstaates.

IHR UMZUGSPROFI MIT ♥ FÜR

+++ Halle - Leipzig - Magdeburg - Erfurt - Greifswald - Naumburg +++

Senioren- und Pflegegradumzüge
Privat-, Dienst- und Firmenumzüge

Möbel- und Küchenmontage
Entsorgungen
Versteigerungen
(öffentl. bestellter u. vereidigter Auktionator)

„Toleranzedikte pflastern meinen Lebensweg!“ - Sven Ebert, Umzugskönig, Demokratiemediator und Extremismusexperte

Lesung mit Willy Wimmer (CDU):
„Ist Europa am Ende?“
23.03. Halle (Saale)
24.03. Wittenberg

Umzüge EBERT
europaweit
0800 / 482 02 30

+++ www.fachumzug.de +++
halle@fachumzug.de

«Ich vertraue auf den Schutz Amerikas»

_ Salwa Amin im Gespräch mit Franz Josef Jung

Wird mit Donald Trump alles schlechter, wie die politische Klasse in Deutschland unkt? Der Verteidigungsminister im ersten Kabinett von Angela Merkel sieht das im Gespräch mit COMPACT anders. Vom neuen US-Präsidenten erhofft er sich vor allem eine Verbesserung des Verhältnisses zu Russland. Den Aufbau einer europäischen Atomstreitmacht lehnt er ab.

Die New York Times schrieb, Angela Merkel sei die letzte mächtige Verteidigerin Europas und der transatlantischen Allianz nach der Wahl von Donald Trump. Welche Aufgaben kämen da auf Deutschland zu?
Ich halte es für ganz wichtig, dass wir uns nicht mit Aussagen beschäftigen, die im Wahlkampf getroffen worden sind, sondern jetzt unmittelbar in das Gespräch eintreten, auch mit dem neuen Präsidenten, um hier weiterhin gute transatlantische Beziehungen zu haben, und auch, um unsere Positionen deutlich zu machen. Ich habe erlebt, und Stephen Hadley hat es auch gesagt – er war ja Sicherheitsberater von George W. Bush, als es damals darum ging, dass die Ukraine in die NATO sollte –, wie unsere Bundeskanzlerin doch sehr deutlich gemacht hat, dass wir anderer Auffassung waren als der damalige amerikanische Präsident. Ich war selbst dabei bei dieser Konferenz [2008] in Bukarest und kann nur sagen, wir haben es nachher durchgesetzt.

Andererseits hat die Kanzlerin bei Barack Obama auf ihre Position in Bezug auf Guantanamo hingewiesen, und das hat ja nun nicht so viel gebracht...
Ich habe Ihnen eben ein Beispiel gesagt, wo die Entscheidung in der NATO so getroffen wurde, wie wir es für richtig gehalten haben – sprich: keine Aufnahme der Ukraine, was die Amerikaner wollten. Also, von daher wird es immer unterschiedlich sein. Aber ich glaube, es ist einfach richtig, dass wir unsere Interessen und unseren Standpunkt einbringen, und genau das tut die Bundeskanzlerin. Ich sage aber noch einmal, auf einer gemeinsamen Grundlage, auf gemeinsamen freundschaftlichen Beziehungen. Denn die transatlantischen Beziehungen sind ein Stück weit auch positives Lebenselixier für unser Land.

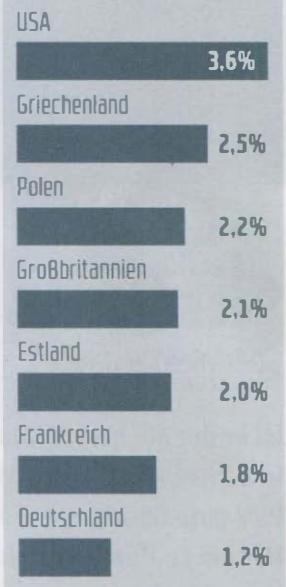
Sie sprachen davon, dass auch die Möglichkeit einer Annäherung der USA an Russland das Ergebnis der neuen Präsidentschaft sein könnte. Sie waren nur dahingehend pessimistisch, dass dies mit der gegenwärtigen russischen Regierung vielleicht nicht unbedingt machbar wäre.
Ich würde mir wünschen, dass ich da Unrecht hätte, weil ich es anders erlebt habe. In meiner Zeit [als Verteidigungsminister] haben wir konkret über strategische Partnerschaft gesprochen. Wir waren auf dem Weg der Einbindung, was aus meiner Sicht für Russland auch der völlig bessere Weg war. Auch die Beziehungen, die ich zu meinen damaligen Kollegen, dem Verteidigungsminister Sergej Iwanow, hatte, waren wirklich positiv. Aber es hat sich in der Strategie Russlands etwas verändert. Und das muss ich leider zur Kenntnis nehmen. Wenn sich hier aufgrund der Aktivitäten des neuen amerikanischen Präsidenten wieder etwas veränderte, würde ich es nur begrüßen.

Im Magazin Foreign Affairs hieß es, dass Europa nun einen eigenen Nuklearschirm entwickeln könnte. Welche Rolle würde Deutschland dabei spielen? Ist dies ein plausibles Szenario?
Nein, das halte ich nicht für ein plausibles Szenario, und ich halte es auch nicht für richtig. Ich glaube, dass wir in diesem Bereich auf die Schutzfunktion unserer amerikanischen Freunde bauen können.

Die neue US-Regierung spricht von Abrüstung...
Ich halte es auch für richtig, dass wir von Abrüstung reden. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, wir waren ja auf einem ganz anderen Weg. Das hat sich leider Gottes verändert: In Russland kann man nicht von Abrüstung sprechen, das ist auch die Wahrheit. Das gilt auch für China, wenn ich das noch ergänzen darf. Ich halte es für richtig, dass alle Beteiligten sich wieder an einen Tisch setzen und wir wieder zu einer Situation kommen, in der wir über Abrüstung reden und nicht über Aufrüstung. ■

Streit um Militärausgaben

Die NATO fordert von ihren Mitgliedsstaaten, dass der Anteil der Militärausgaben an der Wirtschaftsleistung bei mindestens zwei Prozent liegt. 2015 schafften das die meisten Länder – wieder – nicht.



Quelle: NATO Grafik: COMPACT

Bild links: Zurücktreten musste Jung, nachdem er den Bundestag über den Luftangriff von Kundus, 2009, anscheinend fehlerhaft informiert hatte. Foto: Olaf Kosinsky, CC BY-SA 3.0, Wikimedia Commons

_ Dr. Franz Josef Jung war von 2005 bis 2009 Bundesverteidigungsminister und ist heute stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag. Salwa Amin sprach mit ihm am Rande der Veranstaltung «Zukunft der transatlantischen Beziehungen» der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin am 18.1.2017.

«In ganz Europa gewinnen die Patrioten»

_O-Ton Geert Wilders

Ist er der nächste Ministerpräsident der Niederlande? Bei den Parlamentswahlen Mitte März werden Geert Wilders und seiner Partei PVV gute Chancen auf den Spitzenplatz eingeräumt. Zusammen mit Marine Le Pen (Front National), Frauke Petry (AfD), Matteo Salvini (Lega Nord) und weiteren europäischen Oppositionspolitikern sprach er am 21. Januar auf einer Großveranstaltung in Koblenz. COMPACT dokumentiert Auszüge seiner Rede.

Europa braucht ein starkes Deutschland, ein selbstbewusstes Deutschland, ein stolzes Deutschland. Ein Deutschland, das für seine Kultur, seine Identität und seine Zivilisation steht. Europa braucht Frauke statt Angela. Denn die «Alternative für Deutschland» und meine Freundin, Frauke Petry, und Ihr alle hier stehen gegen den neuen Totalitarismus, der uns heute bedroht. Wir sind am Anfang eines patriotischen Frühlings in ganz Europa und auch hier in Deutschland. Und all unsere europäischen Länder stehen jetzt vor der Frage ihrer Existenz.

«Wir Politiker sind hier nicht wichtig. Es geht um Sie.»

Die Vereinten Nationen erwarten, dass sich die Bevölkerung Afrikas bis zum Ende des Jahrhunderts vervierfacht: von 1,1 Milliarden heute auf 4,4 Milliarden. Forschungen zeigen auf, dass im südlichen Afrika jeder dritte Erwachsene auswandern möchte und jeder fünfte in Nordafrika und im Nahen Osten. Und die Frage, die sich keiner unserer regierenden Politiker jetzt stellt, ist: Wie schützen wir unser Land und unsere Identität vor der Massenimmigration. Wie schützen wir unsere Rechte? Wie schützen wir unsere Zivilisation, unsere Kultur, die Zukunft unserer Kinder?

Solschenizyns Vermächtnis

In den vergangenen Jahren haben unsere Regierungen Millionen Menschen unkontrolliert in unsere Länder strömen lassen. Unsere Regierungen haben eine gefährliche Offene-Grenzen-Politik verfolgt. Und ich weiß, und Sie auch, als die Bürger Osteuropas 1989 dem Kommunismus entsagten, waren sie inspiriert. Inspiriert von Dissidenten wie Alexander Solschenizyn, Václav Havel, Wladimir Bukowski und anderen, die ihnen sagten, dass die Menschen ein Recht, aber auch eine Verpflichtung haben, innerhalb der Wahrheit zu bleiben. Und die Freiheit, meine Freunde, erfordert ewige Wachsamkeit und das gilt auch für die Wahrheit. Und Alexander Sol-

Geert Wilders sitzt seit 1998 in der Zweiten Kammer der Generalstaaten, dem niederländischen Parlament. Foto: picture alliance / dpa

schenizyn fügte noch hinzu, dass, und ich zitiere: «die Wahrheit selten süß ist. Sie ist fast ausnahmslos bitter». Und lasst uns der bitteren Wahrheit ins Auge sehen: Unsere Regierungsleiter haben ihre Fähigkeit verloren, die Gefahr zu erkennen und die Wahrheit zu verstehen, weil sie die Freiheit nicht mehr wertschätzen.

Politiker von fast allen etablierten Parteien befördern heute unsere Islamisierung. Fast das gesamte Establishment – die Eliten, Universitäten, die Kirchen, Gewerkschaften, die Medien, Politiker – setzen unsere schwer ertrotzten Freiheiten jetzt aufs Spiel. Sie sprechen über Gleichheit, aber vermögen es erstaunlicherweise nicht zu sehen, dass im Islam die Frauen weniger Rechte als Männer und Ungläubige weniger Rechte als die Anhänger des Islam haben. Sie sind blind für die Wahrheit, aber wir sind das nicht!

Und es zerreißt mir das Herz, wenn ich sehe, dass die Leute fremd im eigenen Land geworden sind. Fast überall in Europa. Aber es ist doch unser Land! Und es ist inakzeptabel, dass Sie Angst haben um die Zukunft Ihrer Kinder – dass Frauen Angst haben, Juden, Ex-Muslime, Christen.

Tag für Tag, Jahre lang, erleben wir den Verfall unserer lieb gewonnenen Werte: die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Meinungs- und Redefreiheit, die Toleranz von Homosexualität. Wir wollen nicht, dass Deutschland oder ein anderes Land Europas sich selbst abschafft! Wir wollen, dass unsere Heimat unsere Heimat bleibt! Wir wollen bleiben, wer wir sind.

Meine Freunde, was wir heute sehen, ist, dass die Angst regiert. Viele Menschen sind verzweifelt. Unsere Regierenden sind feige, unsere Sicherheit geht verloren, unsere Freiheit ist in Gefahr. Viele Menschen, viele normale Menschen haben Angst zu sagen, was sie denken. Frauen haben Angst, ihr blondes Haar zu zeigen. Und diese Scharade muss beendet werden! Mehr und mehr Menschen fordern das.

> «Ich stehe auf vielen Todeslisten, nur weil sie mich hassen, weil ich Islamkritik betreibe.»

Und da gibt es auch natürlich die Gefahr, eine große Gefahr, des islamischen Terrorismus. Ein deutscher Undercover-Journalist deckte kürzlich auf, dass manche Flüchtlingsunterkünfte zu Brutstätten für Terroristen geworden sind. Und die Konsequenzen sind für jedermann sichtbar. Man erinnere sich an das Massaker auf dem Berliner Weihnachtsmarkt. Man erinnere sich an den schwarzen Terror-Sommer letztes Jahr auch hier in Deutschland. Man erinnere sich auch an Köln und die Massenübergriffe auf hunderte unschuldige Frauen. Und unsere Regierungen versäumen es jedoch, irgendetwas zu tun. Aber wenn wir nichts tun, hören wir auf zu existieren. Manche Immigranten kamen hierher mit gänzlich anderen Wertevorstellungen. Und das ist eine Tatsache. Keine politische Tatsache, aber eine Tatsache bestätigt von Wissenschaftlern wie dem holländischen Professor Ruud Koopmans, der hier an der Humboldt Universität in Berlin arbeitet. Professor Koopmans sagt auch, und ich zitiere: dass «von einer Milliarde Muslime weltweit zwischen zehn und 20 Prozent bereit sind, Gewalt zu akzeptieren – auch gegen Zivilisten –, um den Islam zu verteidigen».

Möglicherweise habt Ihr davon gehört, dass die Regierung in den Niederlanden versucht, mich zum Schweigen zu bringen [siehe Infobox]. Aber ich sage Euch, ich werde nie meinen Mund halten. Ich stehe auf vielen Todeslisten, nur weil sie mich hassen, weil ich Islamkritik betreibe und ein Freund Israels bin. Aber ich werde niemals schweigen, trotz aller Drohungen von Politikern und Terroristen.

Maulkorb und Morddrohungen

PARTIJ VOOR DE VRIJHEID

Geert Wilders (*1963) ist Vorsitzender und Parlamentsabgeordneter der Partij voor de Vrijheid (PVV, Partei für die Freiheit). Diese erhielt gleich nach ihrer Gründung bei der Parlamentswahl 2006 aus dem Stand heraus 5,9 Prozent, 2010 steigerte sie sich auf 15,5 Prozent, 2012 jedoch enttäuschte sie mit nur noch 10,1 Prozent. In aktuellen Umfragen für die März-Wahl liegt die PVV mit knapp 20 Prozent erstmals in Führung! Das Programm von Wilders in Kurzform: Schließung von Moscheen, Koranverbot, Austritt aus der EU (Nexit), Islam-Stopp, Grenzen zu – und Erhöhung der Budgets für Rente, Pflege und Soziales.

Nexit
Nederland Exit EU

Im März 2014 rief Wilders bei einer Wahlkampfveranstaltung in Den Haag der versammelten Menge zu: «Wollt ihr in dieser Stadt und in den Niederlanden mehr oder weniger Marokkaner?» Als seine Anhänger riefen: «Weniger, weniger», verkündete Wilders: «Das werden wir dann regeln!» Unmittelbar danach setzte die mediale Empörungsmaschine ein, über 6.000 Anzeigen wegen Aufstachelung zum Hass und ähnlicher sogenannter Gesinnungsverbrechen wurden gestellt. Am 9. Dezember 2016 wurde Wilders schuldig gesprochen, Menschen marokkanischer Herkunft diskriminiert und beleidigt zu haben. Eine Strafe wurde nicht verhängt; ein Schuldspruch reichte nach Meinung des Gerichts aus. Wegen zahlreicher Morddrohungen steht der Politiker ständig unter Polizeischutz und wechselt angeblich jeden Tag sein Übernachtungsquartier.

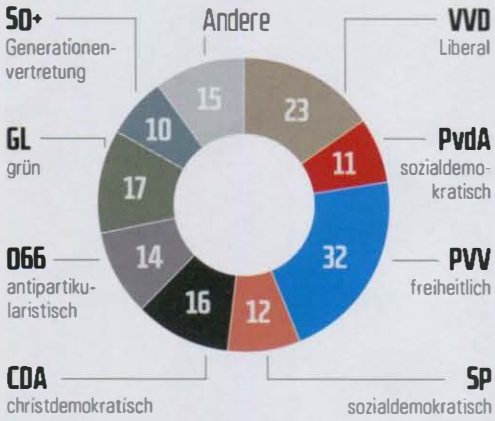
Umfragen sehen mal die Nexit-Befürworter, mal die EU-Fans in Führung. Fotos: PVV, notesonliberty.com

Selfie mit Frankreichs nächster Präsidentin? Auch Marine Le Pen sprach in Koblenz. Foto: picture alliance/abaca

_ Die Ansprache wurde für den Abdruck stark gekürzt. Die komplette Rede – Wilders hielt sie übrigens auf Deutsch – ist auf dem Youtube-Kanal AfD TV offiziell zu sehen.

Wilders vorne _ PVV vor dem Sieg

Wahlumfrage umgerechnet auf 150 Sitze in der zweiten Parlamentskammer.



Anzahl der Sitze, Andere: fünf weitere Parteien

Quelle: Peil-Umfrage, 5.2.2017 *Grafik: COMPACT*

Der Sieg ist in Sicht

Es gibt Licht am Ende des Tunnels. Es werden bessere Zeiten kommen, denn der Wind begann im letzten Jahr, sich zu drehen. Von hier aus gratuliere ich dem Sieger: Amerikas Präsident Donald Trump! Aber nicht nur in Amerika. Auch hier sehen wir es, in Deutschland, den Niederladen, in Frankreich, in Italien, in Österreich, in ganz Europa gewinnen die Patrioten.

Wir werden das schaffen! Meine Partei die PVV in den Niederlanden, Frauke Petry und Marcus Pretzell und die AfD hier in Deutschland; Marine Le Pen und Front National in Frankreich. Und ja, Marine Le Pen wird der nächste Präsident Frankreichs sein! Aber natürlich auch Heinz-Christian Strache, Harald Vilimsky und die FPÖ, unsere Freunde in Österreich; und Tom Van Grieken und Gerolf Annemans, unsere Freunde von Vlaams Belang in Flandern. Und all die anderen Politiker. Aber ich sage Ihnen: Wir Politiker sind hier nicht wichtig. Es geht nicht um uns. Es geht um Sie, es geht um die Wähler, es geht um die Menschen hier in diesem Saal, aber auch die Millionen im Land.

Im März werden wir dem niederländischen Volk die Chance geben, die Niederlande zu befreien. Und nächsten April wird Marine, wie ich schon sagte, der nächste Präsident Frankreichs werden. Und nächsten Herbst seid Ihr dran. Meine lieben deutschen Freunde, ich bin völlig überzeugt, dass mit Frauke Petry die Zukunft Deutschlands gesichert ist. Lang lebe der Deutsche Frühling! ■

Anzeige

Hintergrundwissen für Wahrheitshungrige

Argumente. Hintergründe. Fakten.

Nur 8,80 € zzgl. Versand

Bestellungen unter compact-shop.de oder per FAX an +49-(0)3327-5698617

Dossier

_Seite 42–51

Krieg gegen Trump

Der neue US-Präsident drückt aufs Tempo und beginnt mit der Umsetzung seiner Wahlversprechen. Das Establishment ist in Panik und mobilisiert Hass in den Medien und Gewalt auf der Straße. Auch deutsche Politiker beteiligen sich an dem Kesseltreiben.

Foto: whitehouse.gov

Nach den Worten von Ex-US-Präsident Barack Obama machen die Anti-Trump-Demonstranten genau das, «was wir erwarten, wenn amerikanische Werte auf dem Spiel stehen». Foto: Reuters/Adrees Latif

Putsch gegen Trump

_ von Tino Perlick

Das linksliberale Establishment will den neuen US-Präsidenten noch vor Ablauf seiner ersten Amtszeit aus dem Weißen Haus jagen. Demokraten, Medien und Großfinanziers schmieden Pläne für seine Vernichtung. Es geht ums Ganze, denn der Republikaner setzt seine patriotische Agenda tatsächlich um.

Der Spiegel zeichnete Trump nach dem Vorbild eines IS-Schlächters. Foto: Der Spiegel

Trumps Vergehen ist, dass er hält, was er verspricht.

Der *Spiegel* macht auf Ekel-Propaganda: Auf seinem Titelbild Anfang Februar streckt ein Mann in schwarzem Anzug und mit roter Krawatte triumphierend den abgeschnittenen Kopf der Freiheitsstatue in die Höhe. In der anderen Hand: ein Metzgermesser mit langer, blutverschmierter Klinge. Die Pose ist weltbekannt, seit der Henker des Islamischen Staates (IS) – wegen seines englischen Akzents «Dschihadi John» genannt – auf diese Weise seine Köpfungen zelebrierte... Doch auf dem Cover des einstigen Nachrichtenmagazins ist nicht der IS-Scharfrichter abgebildet, sondern unverkennbar US-Präsident Donald Trump. Neben der bösartigen Karikatur stehen die Worte: «America First» (Amerika zuerst). Die Hamburger setzten damit den bisherigen Höhepunkt ihrer bald zweijährigen Hetze gegen Trump. Dessen Erzfeind, die *Washington Post*, nannte den Titel «atemberaubend». Auch in Übersee drischt das Establishment unablässig auf den 70-Jährigen ein.

«Was ist aus den Flitterwochen geworden?» fragte der konservative US-Kolumnist Charles Krauthammer im Januar. Normalerweise wird neuen Amtsinhabern in den ersten 100 Tagen erst einmal wohlwollendes Abwarten gewährt. Nicht so bei Trump.

Ziel: Amtsenthebung

Sein größtes Vergehen ist, dass er hält, was er verspricht. Am dritten Tag seiner Amtszeit traf er sich mit Chefs von Amerikas größten Unternehmen. Er bot den Vorstandsvorsitzenden Steuersenkungen und Abbau von Regulierungen an. «Vor einer Sache muss ich Sie jedoch warnen», erwähnte er danach cool. «Wenn Sie in ein anderes Land gehen und sich entscheiden, 2.000 oder 5.000 Leute loszuwerden (...), dann verhängen wir einen sehr hohen Grenzzoll auf das Produkt, wenn es wieder hereinkommt. Ich finde, das ist fair.»

Noch am selben Tag zog er die USA aus der jobkillenden transpazifischen Partnerschaft TPP zurück. In den Augen seiner Gegner ein noch schlimmeres Sakrileg: Trump verhängte ein Einreiseverbot für Bürger aus sieben islamischen Ländern – bis ein Bundesrichter aus Seattle das Dekret wieder aufhob. (siehe Infokasten, Seite 43)

«Es gibt zwei Regierungen», beschrieb Matthew Continetti, Chefredakteur des Nachrichtenportals *The Washington Free Beacon*, am 3. Februar den aufziehenden Sturm: «eine, die zwischen Republikanern und Demokraten wechselt und eine, die Jahrzehnt für Jahrzehnt hartnäckig liberal ist, den Kongress verachtet und veränderungsresistent bleibt. Es ist diese zweite Regierung und es sind ihre Verbündeten in den Medien und der Demokratischen Partei, die hinter Präsident Trump her sind, die ihn vor

Ablauf seiner Amtszeit aus dem Amt geworfen sehen wollen.» Continetti fasst zusammen: «Die Botschaft dieses Establishments an Trump lautet: Gehorche oder werde vernichtet.»

Nur zehn Tage nach der Amtseinführung skizzierte Rosa Brooks, eine Militärberaterin der Obama-Administration, auf dem führenden Politikportal *Foreign Policy* «drei Wege, um Präsident Trump vor 2020 loszuwerden». Die Rechtsprofessorin an der namhaften Georgetown University erwägt ernsthaft einen «Militärputsch oder zumindest eine Weigerung militärischer Anführer, gewisse Befehle zu befolgen». Man dürfe nicht abwarten, bis die Amerikaner «zur Vernunft kommen und bereit sind, den Penner rauszuwerfen». Eine einfache Mehrheit im Repräsentantenhaus sowie eine Zweidrittelmehrheit im Senat würden genügen, um den Oberkommandierenden wegen «Hochverrats, Bestechung oder anderen schweren Verbrechen und Vergehen» gemäß der Verfassung aus dem Amt zu werfen. Merke: Sollten die Demokraten 2018 die Mehrheit in beiden Kammern wiedererlangen, könnte dieses Szenario Realität werden.

Soros' langer Arm

Die Vorbereitungen für ein Amtsenthebungsverfahren sind schon im Gange. So erstattete die Organisation Citizens for Responsibility and Ethics in Washington (CREW) wegen angeblicher Ethikverstöße des Präsidenten bereits mehrere Strafanzeigen. Der Vorsitzende von CREW, David Brock, ist ein loyaler Lakai Hillary Clintons. Brock koordiniert ein Netzwerk von Interessengruppen, hinter denen Top-Spender wie der milliardenschwere Spekulant und Globalisierungsfanatiker George Soros stehen.

> «Man redet am besten darüber, wie man Trump in den Arsch treten kann.» David Brock

Nach Hillarys Schlappe rief Brock Soros und weitere liberale Finanztitanen zu einer Krisensitzung in Palm Beach zusammen. In der Einladung hieß es: «Gibt es eine bessere Art, das Wochenende der Amtseinführung zu verbringen, als darüber zu reden, wie man Donald Trump in den Arsch treten kann?» Während dieser am 20. Januar im kalten Washington den Amtseid leistete, schmiedeten mehr als 120 linksliberale Finanzhaie im sonnigen Florida Pläne, wie man dessen Regierung komplett vernichten könne. In einem vertraulichen Memo, das *The Washington Free Beacon* ergattern konnte, zeigt sich die von Brock gegründete Kapitalsammelstelle («Super-PAC») American Bridge besonders kampfbereit.

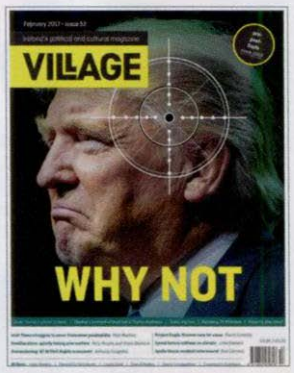
Dem 44-seitigen Dokument zufolge hat die Lobbygruppe ein Jahresbudget von 14,7 Millionen US-Dollar. Topspender 2016: Soros. Von dem Geld soll eine «Kriegseinsatzzentrale» (Trump War Room) eingerichtet werden, in der 47 Angestellte rund um die Uhr «die Presse füttern und schnelle Reaktionsarbeit leisten». Die Kampagne müsse «nonstop» laufen. Ziel sei es, «dass Trump unbeliebt bleibt und es für Kandidaten, die ihn unterstützen, schwieriger wird, 2018 wiedergewählt zu werden».

«Die Anzahl an Geschichten und der Wert an TV-Zeit, die wir für die Anti-Trump-Medienberichterstattung generieren werden, wird alle (...) Rekorde brechen», prahlen die Autoren. «Wegen unserer Rechercheergebnisse werden mehrere von Trumps Nominierten eine Belastung für seine Administration sein und seine Umfragewerte auf einem historischen Tief bleiben.» So viel Einsatz hätte man sich auch beim Durchstöbern von Clintons Schmutzwäsche gewünscht...

Mit seiner nationalpopulistischen Agenda hat der neue Mann im weißen Haus jedoch nicht nur das liberale, sondern auch Teile des republikanischen Lagers verprellt. Vertretern beider Richtungen wurde das Brot bislang von Globalisierungsgewinnern gebuttert. Entscheidend für das Überstehen seiner Amtszeit wird sein, ob hochrangige Republikaner ihm in den Rücken fallen werden. Der Senat aber auch sein Kabinett ist voller Wendehälse, die sich erst nach dem Wahlsieg zu ihm bekannt haben.

Raus aus der Scheindemokratie

Im Einklang mit den US-Konzernmedien verteidigte *Spiegel*-Chefredakteur Klaus Brinkbäumer das anfangs beschriebene Titelbild in einem Kom-



Mordphantasien in Village Voice, einer alternativen Wochenzeitung. Foto: Village Magazine

Als Schreibtischtäter betätigt sich eher die deutsche Lügenpresse. Foto: FAZ Woche

Soros' Sturmtruppen _ In diesen Städten randalierten die Trumphasser

Quellen: abc news, New York Times *Grafik: COMPACT*

Das Trump-Team _ Die wichtigsten Köpfe der neuen US-Regierung

Rex Tillerson
Außenminister
Der frühere Exxon Mobile Boss hat einen Draht zu Putin und warb für Freihandelsabkommen.

James Mattis
Verteidigungsminister
Der 66-Jährige gilt als NATO-Anhänger, bezeichnete Russland 2015 als größte Gefahr.

Ryan Zinke *
Innenminister
Der Ex-Navy-Seal saß vorher für Montana im Repräsentantenhaus.

Steven Mnuchin *
Finanzminister
Der 54-Jährige plant große Steuerreformen, arbeitete für Goldman Sachs und George Soros.

John Kelly
Heimatschutzminister
Der 66-Jährige ist gegen Folter und lehnt den Einwanderungsstopp für Moslems ab.

Andrew Puzder *
Arbeitsminister
Der ehemalige Anwalt und Restaurant-Manager ist politisch ein unbeschriebenes Blatt.

Wilbur Ross
Handelsminister
Der 79-jährige Milliardär aus Florida will US-Firmen mit Schutzzöllen helfen.

Stephen Bannon
Präsidentenberater
Meistgehasster Mann der globalistischen Eliten. Der 63-Jährige kommt von Breitbart News.

Michael Flynn
Nationaler Sicherheitsberater
Der Demokrat gilt als scharfer Islamkritiker und hält die NATO für stark reformbedürftig.

Rudy Giuliani
Berater für Cybersicherheit
Der Ex-Bürgermeister von New York dürfte im Weißen Haus eine Nebenrolle spielen.

Mike Pompeo
CIA-Direktor
Der Tea-Party-Veteran ist für Guantanamo und die Todesstrafe für Edward Snowden.

Nikki Haley
UNO-Botschafterin
Die 45-jährige Ex-Gouverneurin und Sikh besetzt den wichtigsten diplomatischen Posten.

Fotos: US-Gov/Congress/Army; DIA, Office of the President-elect, Gadge Skidmore; Don Irvine

* Bestätigung durch den Senat stand bei Redaktionsschluss noch aus.

Nachhilfeunterricht

Am 9. Februar entschied ein Bundesberufungsgericht, Trumps Einreiseverbot gegen Bürger sieben muslimischer Staaten weiterhin auf Eis zu legen. Einen Tag zuvor hatte Trump vor einer Vereinigung leitender Angestellter des Polizeivollzugsdienstes aus dem Einwanderungs- und Nationalitätsgesetz von 1952 vorgelesen. In Absatz 212(f) heißt es: «Wann immer der Präsident erkennt, dass die Einreise von Ausländern (...) in die Vereinigten Staaten den Interessen der Vereinigten Staaten abträglich ist, möge er durch Ausrufung und für eine Dauer, die ihm notwendig erscheint, die Einreise aller Ausländer oder einer Gruppe von Ausländern als Einwanderer oder Nichteinwanderer suspendieren oder der Einreise von Ausländern Einschränkungen auferlegen, die er für angemessen hält.» Das Gesetz sei so deutlich formuliert, fügte Trump hinzu, dass es auch «ein schlechter Schüler der Highschool verstehen» könne.

Foto: U.S. Government

mentar mit dem Titel «Wenn Demokratien kippen»: «Donald Trump verachtet und gefährdet die liberale Demokratie, er verachtet und gefährdet die Weltordnung, er ist der mächtigste Mann der Welt. Der Ernstfall ist da.» Was tatsächlich auf der Kippe steht, ist westliche Elitendemokratie in Reinform oder, wie es Brinkbäumer gegenüber *Reuters* entglitt, «die liberale Demokratie, so wie wir sie wertschätzen».

> «Vor Trump haben wir in einer liberalen Nicht-Demokratie gelebt.»
> Wähler

Die Meinung des Durchschnittsamerikaners bedeutet solchen Leuten einen Dreck. Das US-Nachrichtenportal *The Atlantic* veröffentlichte am 9. Januar eine erhellende Zuschrift eines Trump-Wählers: «Liberale Demokratie», schreibt der als weißer College-Absolvent Ende 20 vorgestellte Mann, «hat zu einer Krise der Unterbeschäftigung, zu stagnierendem Wachstum, systemischer Inkompetenz und sich gänzlich verschlechternden Lebensstandards geführt – für alle außer einer winzigen Minderheit, die im Grunde alle bedeutsamen Vorteile der Globalisierung an sich gerafft hat.» Trump sei nicht antidemokratisch, sondern «im Gegenteil eine Wiederbelebung der Demokratie in einem System, das bis dahin eine liberale Nicht-Demokratie gewesen war».

Das Gegenmodell zu dieser «liberalen Nicht-Demokratie» nennt der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban die «illiberale Demokratie». Diese lehne «diese fundamentalen Prinzipien wie Freiheit (...) nicht ab, erhebt sie aber auch nicht zum zentralen Element staatlicher Organisation. Stattdessen schließt sie einen anderen, speziellen, nationalen Ansatz ein.»

Trumps Mantra «America First» hat diesen Anspruch auf den Punkt gebracht. «Wenn ein Land nicht länger sagen kann, wer rein und raus kann und wer nicht», twitterte der US-Präsident, als sein Einreisedekret Anfang Februar von der Justiz gestoppt wurde, bedeute das «vor allem aus Gründen nationaler Sicherheit & Schutz – Mordsärger!»

Wenn Trump die Presse beleidigt oder Richter maßregelt, fühlen sich jene bestätigt, die in ihm den großen Diktator sehen. Der bereits zitierte Trump-Anhänger gibt jedoch zu bedenken: «Wenn er [Trump] Rechtsgrundsätze untergräbt, erkenne ich darin keine Gefahr, sondern jemanden, der ein System unterwandert, das für Eliten, die Zugang zu ganzen Armeen von Anwälten haben, zum Spiel geworden ist. Wenn er den Kongress einschüchtert, sorge ich mich nicht um die Gewaltenteilung, die zur Funktionsstörung geworden ist. Stattdessen sehe ich einen Mann, der es mit nutzlosen politischen Prostituierten aufnimmt, die jedem dienen, der einen hinreichend großen Scheck für ihren Wahlkampf ausstellt.»

Die Unterstützung seiner Wählerschaft kann Trump nur auf eine Art verspielen – indem er vor seinen Gegnern in die Knie geht. Tut er das nicht, wird der medial-politische Angriff zwar auch in Zukunft weitergehen, aber mangels fehlender Unterstützung im Volk fehlzünden. Dann muss Trump mit rabiateren Gegenmaßnahmen rechnen – er dürfte das Schicksal von John F. Kennedy ganz gut kennen. Im Gespräch mit *Fox News* sagte er Anfang Februar: «Wir haben viele Killer. Was glauben Sie? Ist unser Land so unschuldig?» ■

Treibjagd auf Trumps Jüngsten

_ von Robert Weber

Die Selbstgerechten in den USA und Deutschland haben ein weiteres Feindbild: Ausgerechnet der zehnjährige Sohn des Präsidenten wird zum Opfer ihrer geschmacklosen Attacken.

Wie virtuelle Jauche ergossen sich Häme und Hass ins Internet. Barron Trump, so war zu lesen, würde im Garten des Weißen Hauses ständig nach Verbrennbarem suchen oder Tiere quälen. Fachkundige Prognostiker prophezeien ihm eine Zukunft als Vergewaltiger. Ein Youtuber erklärte das Kind schlicht für «autistisch» – und fand eifrige Zustimmung in diversen Onlineforen. Bei derartigem Bashing konnte auch TV-Autorin Katie Rich nicht an sich halten: Auf *Twitter* orakelte sie, dass Barron der erste Homeschool-Amokschütze werden dürfte. Das ging dann doch ein wenig zu weit: Misses Rich entschuldigte sich und wurde vom Sender NBC beurlaubt.

Natürlich: Auch frühere Präsidentenkinder lebten nicht vollkommen unterhalb des medialen Radarschirms. Sasha und Malia Obama sorgten im prüden Amerika wegen der Kürze ihrer Röcke für Stirnrunzeln. Jenna Bush brachte es zeitweise dank Alkoholeskapaden zu unrühmlicher Popularität. Doch als Ziel politischer Attacken und Schlammschlachten waren die Sprösslinge der Staatschefs bislang tabu. Selbst harmlose Fotos veröffentlichte die Presse in der Regel nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Weißen Hauses. Parallel zum eskalierenden Kesseltreiben gegen Donald Trump ist jedoch auch diese Grenze gefallen. Besonders perfide: Nicht nur die erwachsenen Kinder des Republikaners – die tatsächlich mehr oder weniger zur politischen Entourage des Präsidenten gehören – dienen als Zielscheibe für Gift und Galle, sondern auch der erst zehnjährige Barron.

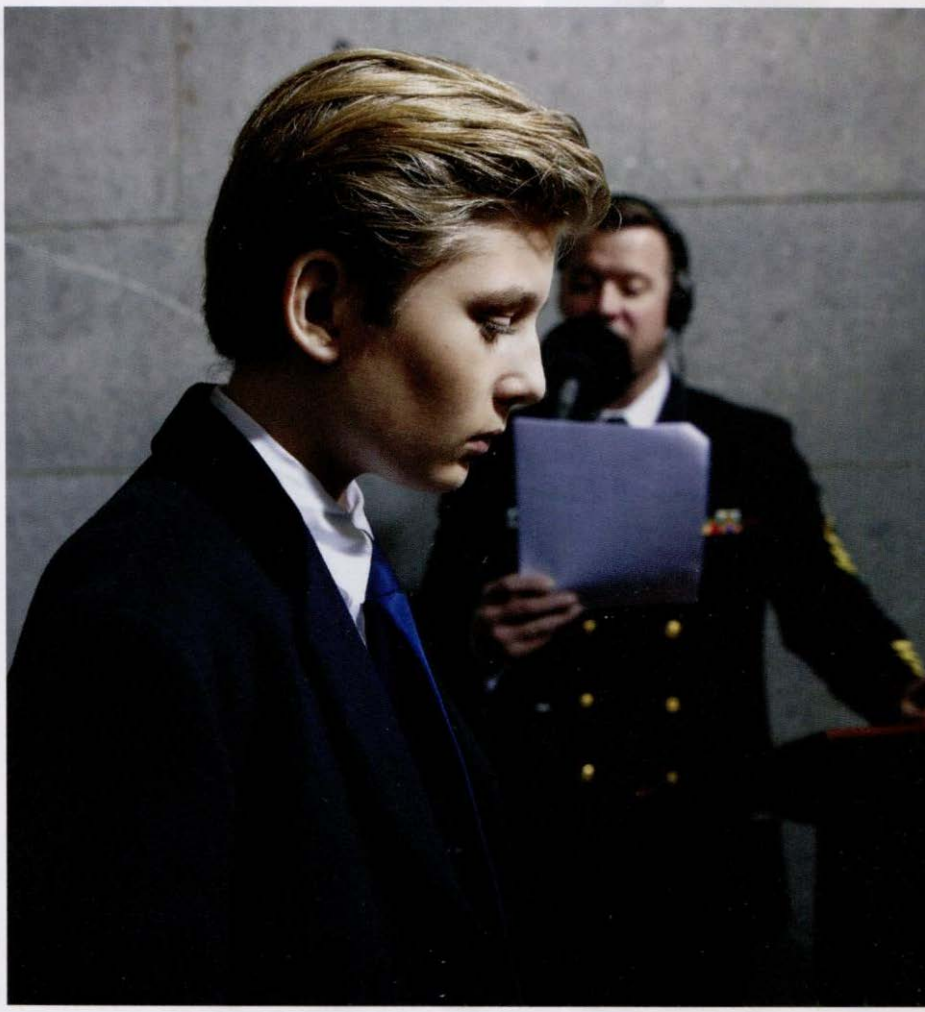
Ein DJ Pure Applesauce twitterte, dass der Kleine ein «Laich des Teufels» sei.

Es begann am 20. Januar: Als Trump vereidigt wurde, stand der Knirps mit den Eltern auf der Bühne. Vom Pomp der Inthronisation fühlte sich der Junge erkennbar weder beeindruckt noch unterhalten. Er ertrug das Spektakel im Washingtoner Winter letztlich mit erstaunlicher Standhaftigkeit. Doch die Journaille gierte förmlich nach einem Anlass für Gehässigkeiten – und fand ihn in einem Anzeichen von Müdigkeit in Barrons Gesicht. Verächtlich schwadronierte sie von einem «gelangweilten», «schlecht erzogenen» Sohn. Englands *Daily Mail* veröffentlichte eine denunziatorische Fotostrecke, die den «first boy» während der Rede seines Vaters zeigt: Wie er zappelt, lacht, gähnt und schwatzt.

Emcke träumt vom Kinderklau

Auch in Deutschland fand die Hatz bereitwillige Lohnschreiber. Das Boulevard-Magazin *Bunte* berichtete, dass Little Donald, so der familiäre Spitzname, den Vater zum Golfen begleite und mit Delfinen schwimme, dass ihm «jeder Wunsch von den Augen abgelesen» werde. Laut Küchenpsychologie führt das natürlich zu seelischer Verwahrlosung...

_ Robert Weber schrieb in COMPACT-Spezial Nr. 3 Feindbild Familie über traditionelle Werte.



Im Wahlkampf absolvierte Barron Trump insgesamt drei öffentliche Auftritte an der Seite seines Vaters. Foto: picture alliance/ AP Photo

Chelsea und Barron

Die FAZ und *Die Welt* fragen inzwischen besorgt, welche publizistischen Kettenhunde gegen Barron losgelassen wurden. Wobei letztere feststellt, dass sich «ausgerechnet» Chelsea Clinton, Tochter der unterlegenen Präsidentschaftskandidatin Hillary, für Barron öffentlich starkgemacht hat. «Barron Trump verdient die Chance, ein Kind zu sein – so wie jedes andere Kind auch», schrieb die 36-Jährige in sozialen Netzwerken. Interessant ist die Hervorhebung des Blattes, dass «ausgerechnet» Chelsea Clinton sich für Barron einsetzt. Solches Erstaunen zeigt, dass man auch sie mit ihren ätzenden Eltern identifiziert. Wieder eine Sippenhaft.

Chelsea Clinton. Foto: Gage Skidmore, CC BY-SA 2.0, flickr.com

Ist das aber nicht immer noch besser als das Schicksal jener Kinder, die zu wenig bekamen und deshalb als Reporter bei Trash-Illustrierten landen und Sozialneid verbreiten? Die deutsche Publizistin Carolin Emcke möchte den Kleinen am liebsten in einer «alternativen Pflegefamilie» wissen. Da scheint zuzutreffen, was die Friedenspreisträgerin des deutschen Buchhandels im Oktober 2016 dem Deutschlandfunk sagte: «Der Hass sucht sich seine Objekte.»

Natürlich dürfen auch Assoziationen zu Kinomonstern nicht fehlen. Twitter-User erklärten Barron zum Vampir, der bei der Vereidigung so bleich wirkte, weil «er erstmals die Sonne gesehen hat». Ein DJ Pure Applesauce twitterte, dass der Kleine ein «Laich des Teufels» sei. Tja, Inquisitor müsste man sein... Mit eigenem virtuellen Scheiterhaufen. Einmal dämonisiert, war der Weg nicht weit, ihm Ähnlichkeit mit Damien aus *Das Omen* (1976) zu unterstellen, einer filmischen Reaktion auf die Nixon-Ära: Darin adoptiert der hochrangige US-Diplomat Robert Thorn das gleichnamige Findelkind. Bald geschehen schreckliche Dinge, die in Zusammenhang mit dem Kleinen stehen. Als Thorn herausfindet, dass er den Sohn des Teufels großzieht, ist es zu spät: Er stirbt bei dem Versuch, Damien auszuschalten. In der Schlusseinstellung steht Damien an Thorns Grab: Der Weg des Teufels ins Weiße Haus ist nicht mehr aufzuhalten. Derzeit zeigen Youtube-Videos Originalaufnahmen des kleinen Barron, untermalt mit dem Omen-Soundtrack. Die hysterische Überschrift: «Donald Trumps Sohn sieht aus wie Damien!! Das Omen ist da!!» Das erinnert an Hasspropoganda aus finstersten Zeiten.

Doch so sehr sich Emcke und Co. in ihrer Abscheu vor dem Zehnjährigen zu überbieten suchen – die unsichtbaren Haltelinien der Politischen Korrektheit kennen sie genau. So raunten US-Medien bereits vor der Amtseinführung halbdespektierlich über die Zweisprachigkeit von Trump Junior. Mit seiner Mutter Melania, die aus der damals jugoslawischen Unterkrain stammt, spricht er zu Hause Slowenisch. Während dies in US-Foren für Lästereien über eine angeblich unamerikanische Haltung der 46-Jährigen sorgte, schwiegen die deutschen Berufs-Toleranten in diesem Fall. Kein Wunder: Eine bilinguale Multikulti-Familie passt nicht zum Feindbild, dem angeblichen Rassisten Trump.

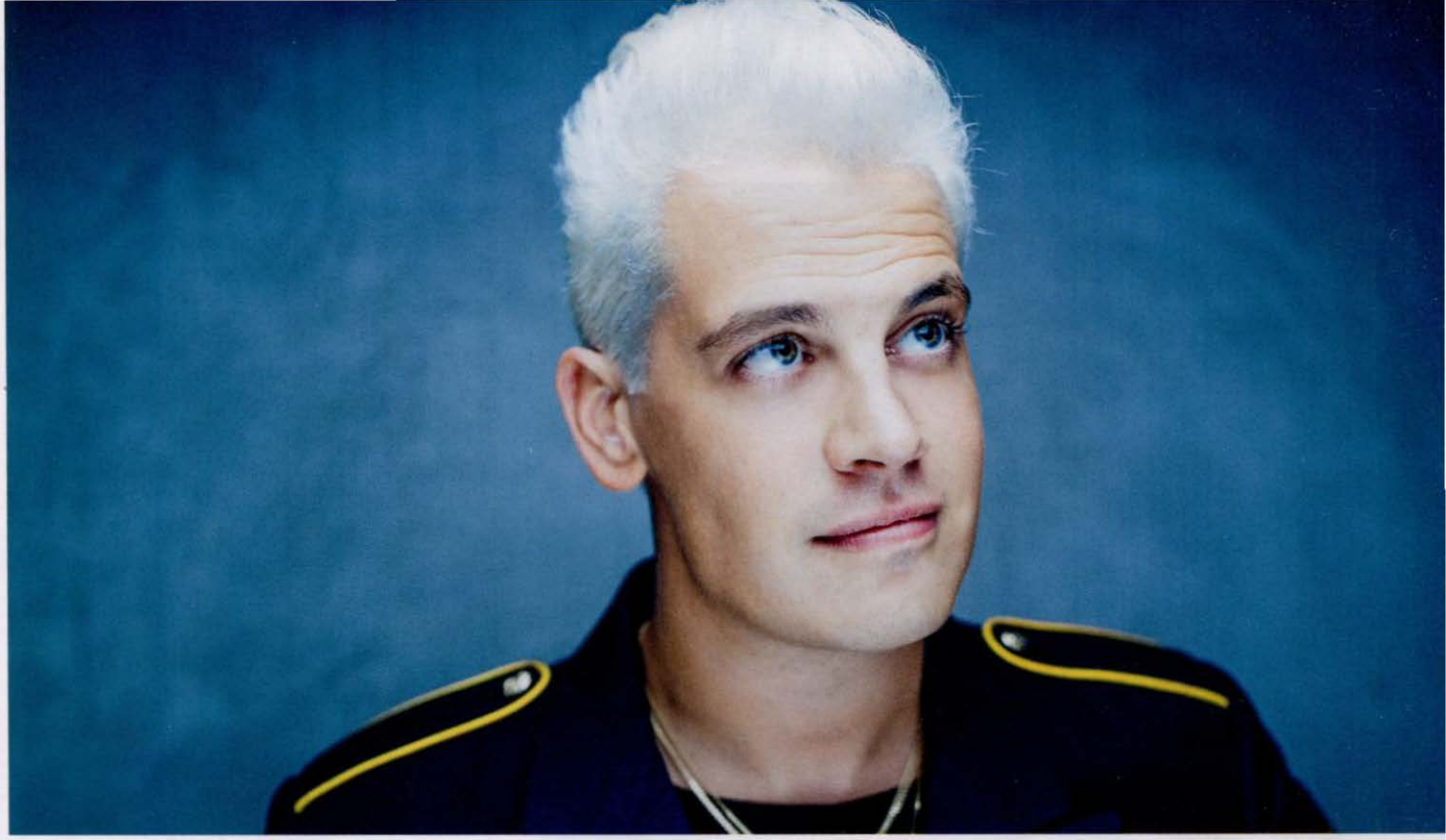
Banalität des Bösen

Dabei reagierten sich die Hassprediger keineswegs nur in den Echoräumen ihrer Medien ab. Als Trumps Tochter Ivanka gemeinsam mit Ehemann Jared Kushner und den drei Kindern im Dezember 2016 in New York ein Flugzeug betrat, rasteten zwei Passagiere förmlich aus. «Wieso ist sie an Bord dieses Flugs? Sie sollte einen Privatflug nehmen», pöbelte einer der Männer, der nach Medienberichten aus dem schwullesbischen Hardcore-Milieu stammt. Dabei war die Verbalattacke offenbar keine spontane Erregung, sondern Teil einer regelrechten Verfolgungsjagd. Nach Angaben des *Stern* hatte der Partner des Krakeelers zuvor getwittert: «Ivanka und Jared am Terminal 5 von JFK. Mein Mann fängt sie ab, um sie zu belästigen». Als Hashtag diente ihm dabei «#Banalität des Bösen» – ein Ausspruch, mit dem Hannah Arendt einst die NS-Mordmaschinerie beschrieb. Immerhin: Nicht Ivanka und ihre Familie, sondern die beiden selbsternannten Antifaschisten mussten die Maschine verlassen.

Barron Trump wird angedichtet, dass er im Garten des Weißen Hauses Tiere quält.

Dass niedliches Verhalten eines Präsidentensohnes durchaus für Verzückung der Mainstreampresse sorgen kann, bewies der Fall von John F. Kennedy Junior. Nachdem der gerade Dreijährige bei der Beerdigung seines Vaters am 25. November 1963 vor dem Sarg salutierte, wurden die Aufnahmen zum Symbol für anrührende Trauer und er zu einer Bildikone der 1960er Jahre. Dass sich die Familie im Anschluss an die Beisetzung bei einer Geburtstagsparty amüsierte, fand dagegen kaum Erwähnung. ■

John F. Kennedy Junior 1963 am Sarg seines Vaters. Foto: picture alliance / AP Photo



Schwul, cool, klug – und rechts!

_von Marc Dassen

Er ist der Mega-Star der Neuen Rechten in den USA, Trumps größter Fan und Endgegner der Political Correctness: Milo Yiannopoulos – Redakteur bei Breitbart News, gläubiger Katholik und stolzer Homosexueller – füllt Hörsäle und begeistert Millionen. Ein Querdenker neuen Typs?

Wenn er ans Mikrofon geht, ruhen alle Blicke auf ihm, dem wohl ersten Popstar der Neuen Rechten in den USA, die sich AltRight («alternative Rechte») nennt. Mit jedem seiner Auftritte macht der 32-Jährige Schlagzeilen. Lustvoll zelebriert er einen Tabubruch nach dem anderen. «Rassist! Sexist! Nazi!», brüllen seine Gegner. Feinde hat er mittlerweile so viele, dass sie Schlange stehen und eine Nummer ziehen müssen. Seine wasserstoffblonde Scheitelfrisur ist bereits Kult, seine Outfits sind mal britisch-chic, mal geradezu karnevalesque, mal leger. Auch optisch will er den Bruch mit allem, was an die bleierne Zeit erinnert – die Zeit vor Trump, als Politik noch langweilig war.

Entspannt aufs Rednerpult gestützt, beobachtet der selbsternannte «Tunichtgut» und laut Facebook-Profil «glamouröseste Superbösewicht im Internet» geradezu genüsslich, wie in voll besetzten Auditorien Tumulte losbrechen, die nicht selten zu komödiantischen Einlagen werden. Lässig wirft der in Griechenland geborene Londoner den Kopf zurück, auf seinem faltenfreien Gesicht ein schelmisches Lächeln, das seine Kritiker zur Weißglut bringt. Wenn alles durcheinander brüllt: Milo bleibt cool. Einige seiner Veranstaltungen wurden bereits «aus Sicherheitsgründen» abgesagt, andere von Hochschulaktivisten sabotiert, alle werden mit großem Polizeiaufgebot bewacht. Milo dankt den «Officers» dafür von Herzen.

Anfang Februar randalierte die US-Antifa an der Universität Berkeley in Kalifornien, legte Feuer, prügelte auf seine Fans ein. Die Veranstaltung platzte. Donald Trump – der die Antifa als Terrororganisation einstuft – kam ihm persönlich zu Hilfe: «Wenn die UC Berkeley keine freie Rede erlaubt und mit Gewalt gegen unschuldige Andersdenkende vorgegangen wird – Streichung der staatlichen Zuschüsse?» Mit der Randale-Aktion hat sich die faschistoide Linke selbst ins Knie geschossen. Nach der Eskalation stiegen die Bestellungen von Milos aktuellem Buch *Dangerous* um unfassbare 12.000 Prozent. Die Universität als «freier Marktplatz der Ideen»? Ein Mythos, der von Milo schonungslos entlarvt wird. Doch das Blatt wendet sich.

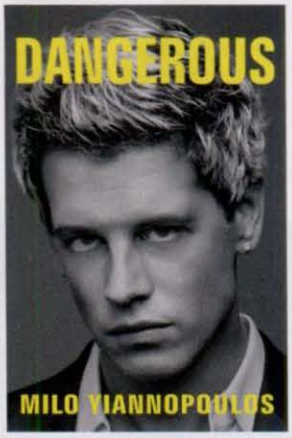
Geliebt, gehasst, gefürchtet

Klagen Feministinnen über die Unterdrückung durch das sogenannte Patriarchat oder angebliche Lohnungleichheit zum Nachteil berufstätiger Frauen, kann Milo nur müde lächeln. Wenn Aktivisten

Milo Yiannopoulos wurde als Milo Hanrahan in England geboren und bezeichnet sich selbst als kulturellen Libertären. Foto: Mike Allen / mikeallenphoto.com

«Scheiß auf Deine Gefühle!» Milo

Bei linken Ausschreitungen gegen Yiannopoulos am 1. Februar an der Universität Berkeley entstand ein Schaden von etwa 100.000 Dollar. Foto: picture alliance / abaca



Yiannopoulos' Autobiographie erscheint im März 2017. Foto: Simon & Schuster

«Der glamouröseste Superbösewicht im Internet».
Milo über sich selbst

der Bewegung Black-Lives-Matter (Schwarze Leben zählen) die USA und ganz besonders die Polizei als rassistisch durchseucht bezeichnen, bei Protesten sogar zu Gewalt gegen «Bullen» aufrufen, randalieren und plündern, geht der Polit-Entertainer auf die Barrikaden. Sein Konter: «Blue Lives Matter, too!» – die Leben der blauuniformierten Polizisten zählen auch! Systemischer Rassismus ist für Milo ebenso eine vom linken Milieu fabrizierte Fiktion wie die Behauptung von Schwulenverbänden, das System wolle ihnen an den Kragen. «Uns Schwulen geht's gut», sagt er. Die hysterischen Forderungen demokratischer Minderheitenpolitik sind für ihn nichts als ideologische Placebos, die die wirklich wichtigen Themen verdecken: Wirtschaft, Migration, Meinungsfreiheit.

So zahlreich seine Gegner, so dünn ihre Argumente: Mal wird mit Exkrementen geworfen, mal stürmen linke Aktivisten, kreischende Feministinnen oder schwarze Randalierer auf die Bühne, schnappen sein Mikro, skandieren ihre Slogans. Zwischenrufe gibt's ständig. An der Universität von Mexiko redete er kürzlich Tacheles zum Thema Islam, zur «Unterdrückung von Frauen unter Scharia-Gesetzgebung» – prompt sprang eine verschleierte Muslima auf und brüllte los. Seine Fans hielten mit «USA! USA! USA!» dagegen. Das besondere bei Milo: Seine Kritiker werden nicht ignoriert, sondern in die Show integriert, dürfen ihre Kritik ausformulieren, wenn sie nicht vorher die Flucht antreten. Milo läuft niemals davon.

Es sind die Momente direkter Konfrontation, in denen der Darling der patriotischen Bewegung glänzt. Wer mit seiner brutalen Ehrlichkeit nicht leben oder keinen Humor vertragen kann, wer Logik für verzichtbar hält, stattdessen blinde Empörung oder die eigenen verletzten Gefühle als Totschlagargumente in Stellung bringen will, darf von ihm keine Gnade erwarten. Macht er Amerikas Debattenkultur great again? Die besonders an US-Universitäten grassierenden Hate-Speech-, Trigger-Warning- und Rape Culture-Debatten – wo potenziell jedes politisch unkorrekte Wort als Hassverbrechen, jede unbequeme Meinung als Zumutung, jeder Flirt auf dem Campus als versuchte Vergewaltigung gewertet werden – kennzeichnet der Provokateur als böswillige Erfindungen jenes linken Gendermilieus, das seine Macht mittels Sprachpolizei und Angst vor Diffamierung ausbauen und die Gesellschaft spalten will.

Hate Speech – also sogenannte Hassrede – wird an vielen Unis heute wie ein Straftatbestand behandelt, die Meinungsfreiheit dem Recht auf emotionale Unversehrtheit leicht erregbarer «Student*innen» untergeordnet. Milo macht diesem Wahnsinn ein Ende – durch gezielten Tabubruch. Ob er damit die politisch korrekte Dünnhäutigkeit therapieren kann? Einmal stört eine junge Frau seine Vorlesung mit der Begründung, Milo habe ihre Gefühle verletzt. Seine Antwort? Schroff und ehrlich: «Scheiß auf Deine Gefühle!»

Als Journalist unbequem, als Kommentator tödlich – Milo sagt einfach, was er denkt. Und er sagt es, wie er gerade lustig ist. Dafür feiern ihn die begeisterten Massen im Hörsaal und über eine Million Facebook-Fans wie den Messias. Auch auf seinem Youtube-Kanal ist die Hölle los. Über 500.000 Menschen haben ihn bisher abonniert. Von Twitter bekam er bereits die Höchststrafe: Sperre auf Lebenszeit. Er hatte eine der afroamerikanischen Hauptdarstellerinnen des neuen *Ghostbuster*-Films, Leslie Jones, als «Dude» (Kerl) beziehungsweise «Gorilla» bezeichnet. Prompt griff die Twitter-Sprachpolizei ein, damit durch seine Hassverbrechen keine weiteren unbeteiligten Seelchen verletzt werden.

Konservativ ist wieder cool

Weder in den USA noch hierzulande haben die Massenmedien ein Mittel gegen Milo gefunden. Ein schwuler, katholischer Rechtspopulist und Trump-Fan jüdischer Herkunft – hat es je einen vergleichbaren Quertreiber gegeben? Weltweit sind die linksliberalen, globalistischen Medienhäuser mit Milo und seiner Breitbart-Redaktion auf Kriegsfuß. Deutschlands transatlantische Postillen eilen der US-Journaille bereitwillig zu Hilfe. *Der Spiegel* nennt ihn Ende Januar despektierlich den «Trump-Posterboy». «Schwul, cool und extrem rechts» soll er sein. Der will nur hetzen – so die Analyse sinngemäß. Die *Süddeutsche Zeitung* schließt sich diesem Duktus an und titelt Anfang 2017 dröge: «Der Cover-Boy der alternativen Rechten.» Im Fließtext dasselbe staubtrockene Moralgehubere, gepaart mit geheuchelter Empörung – wenig originell, aber voll

auf Linie. Ausgerechnet linksaußen-Publikationen wie *Jungle World* beschweren sich am lautesten über seine «Frechheit» und die ständige «Verletzung der Etikette», aus der Milo eine Tugend gemacht hat.

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* verpasste Milo Ende 2016 den Titel «Zeremonienmeister des Hasses», der wenigstens seiner steigenden Popularität und seinen Entertainer-Qualitäten gewissen Respekt zollt. Die Inflationierung der «Hass»-Vokabel offenbart erneut jene aktuell populärste Diffamierungsstrategie, die im linksliberalen Milieu praktiziert wird und offenbar auch ehemals konservativen Zeitungen brauchbar erscheint: Emotionen statt Argumente. Dass Milo bei seinem Besuch der Ohio State University in Columbus Hillary Clinton als «Kriegshetzerin» und «ultimative Heulsuse» bezeichnete, fand der FAZ-Redakteur gar nicht lustig. Noch viel weniger amüsant war für ihn, was Milo zur Flüchtlings- und Islamthematik beisteuerte: Deutschland sei durch den Zustrom der Neusiedler eine «Horror-Show», ein Land, das zur «Vergewaltigungszentrale Europas» verkommen ist. Auch in den USA wird Kritik am Islam gerne als Rassismus dargestellt. Milo aber denkt gar nicht daran, sich von solchen Unterstellungen bremsen zu lassen – und durchbricht damit die vom Establishment hochgezogene Mauer des Schweigens.

«Gefährliche Schwuchtel» on Tour

Die Massenmedien geben sich ahnungslos darüber, was den Erfolg des Troublemakers ausmacht. Die Antwort ist aber einfach: Amerika! Was er verkörpert, sind die alten Werte, die Millionen von amerikanischen Patrioten ins Herz geschrieben sind und das Land einst großgemacht haben: Freiheit, Familie, Vaterland. Wenn der Provokationskünstler spricht, lacht Amerikas junge Generation über ein linksglobalistisches Establishment, dass vielen gestern noch bedrohlich oder allmächtig vorkam. Sein wohl größtes Verdienst: Er bringt konservativer Politik den Spaß zurück! Rechts ist wieder cool, Meinungsfreiheit wieder heilig. Seine Shows sind witzig, explosiv, befreiend, besonders für jene, die sich in den letzten Jahrzehnten immer weiter in die rechte Ecke gedrängt gefühlt haben. «Liberal Tears» – also die Tränen der linksliberalen Weltverbesser – sind Milos süßer Nektar. Und er kostet jeden Tropfen aus.

Hillary bezeichnet er als «Kriegshetzerin» und «ultimative Heulsuse».

Seiner aktuellen Vortragsreise durch die Vereinigten Staaten hat Milo den wohlklingenden Namen «Dangerous Faggot-Tour» (Gefährliche Schwuchtel-Tour) verliehen. Sein Auftreten als homosexueller Mann polarisiert und hat etwas Tuntenhaftes. Es gehört zur Show dazu und ist als Statement zu verstehen: Hier stehe ich und kann nicht anders! Plus: Wenn's Euch nicht gefällt, Pech gehabt! Seine demonstrativ zur Schau gestellte Sympathie für den neuen US-Präsidenten ist wohl der Hauptgrund, warum sich der blanke Hass des Establishments auf ihn konzentriert. Milo nennt ihn liebevoll «Daddy» – weil er einem manchmal peinlich sei, er hin und wieder komische Dinge sage und es doch immer gut mit einem meine. Im Publikum sind Trump-Anhänger in der Überzahl. Viele trauen sich erst seit Milo, ihre roten Schirmmützen mit der Aufschrift «Make America Great Again» in der Öffentlichkeit zu tragen. Milo hat der Freiheit eine Schneise geschlagen, Millionen folgen ihm auf diesem Pfad. ■

Kreuzzug gegen Political Correctness

Abriss der Vortragstitel von Milo Yiannopoulos

- Amerika verdient Grenzen
- Warum die Demokraten die Arbeiterklasse verloren haben
- Warum hässliche Menschen mich hassen
- Internetmobbing ist nicht real
- Meister-Hetzer: Wie die Liberalen Amerikas Rassenkrieg am Leben halten
- Über messerstechende Muslime, Zensur auf dem Campus und Daddys Amtseinführung
- Was Trump bedeutet
- Feminismus und Islam – die unheilige Allianz
- Feminismus ist ein Krebsgeschwür für Männer... und Frauen
- Zehn Dinge, die ich am Islam hasse
- Warum die Lügenpresse stirbt

«Tunichtgut» Yiannopoulos beim Mauerbau. Foto: Screenshot Youtube

Anzeige

COMPACT Reise ©

Frühjahr 2017 | 5 Tage | 03.05.-07.05.2017
Burgen, Schlösser und Festungen in Böhmen
Melnik · Prag · Theresienstadt · Königgrätz · Reichenberg · Friedland

Herbst 2017 | 6 Tage | 03.10.-08.10.2017
Vom Oberlauf der Weichsel durch Galizien in die Ukraine
Sandomierz · Zamość · Lemberg · Przemyśl · Krakau

Selbstverständlich gibt es wieder eine durchgehende deutsche Reiseleitung von History-Tours und dem COMPACT-Reiseleiter P. Feist sowie örtlichen Fremdenführern. Das genaue Leistungsverzeichnis finden Sie unter reise.compact-online.de. Dort können Sie die Reisen ab sofort buchen.

Die Rotte der Röttgens

_ von Manfred Kleine-Hartlage

Wie manisch rennen deutsche Politiker gegen den neuen US-Präsidenten an. Ist ihnen nicht klar, dass sie damit weder in Amerika noch beim deutschen Publikum Eindruck machen können? Doch ihre große Pose hat einen ganz anderen Adressaten.

Sigmar Gabriel bei seinem ersten USA-Besuch als Außenminister Anfang Februar. Foto: picture alliance / Bernd von Jutrczenka/dpa

Der Schönste aus Merkels Boygroup: Norbert Röttgen. Foto: Dirk Vorderstraße, CC BY 2.0, Wikimedia Commons

Seit Donald Trumps Wahlsieg ergehen sich deutsche Politiker in Schmähungen, die gegenüber dem gewählten Staatschef eines demokratischen Landes, noch dazu eines mächtigen Verbündeten, beispiellos sein dürften. Das beginnt bei der Kanzlerin, die dem neuen Präsidenten – mit unfreiwilliger Komik – schon gleich nach dessen Wahl Bedingungen für eine Zusammenarbeit diktieren zu können glaubte. Die Riege der Trump-Schmäher setzt sich fort über nahezu alle Mitglieder ihrer Regierung und reicht bis tief in die dritte und vierte Reihe des Polit-Establishments – bis hin zu abgehalfterten Gernegrößen wie Ex-Minister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) und Wolfgang Kubicki, eine Art Elder Statesman der Weltmacht FDP, der sich sogar dazu verstieg, ein Einreiseverbot für Trump zu fordern. Wer will nochmal, wer hat noch nicht?

Kartell der Nullen

Unterstellen wir wohlwollend, niemand von diesen Leuten werde so töricht sein sich einzubilden, auf diese Weise die amerikanische Politik beeinflussen zu können, so geht es ihnen offenbar darum, eine bestimmte Gesinnung zu bekunden.

Adressat dieser Bekundungen ist nicht etwa das Volk – jedenfalls nicht der wachsende Teil des Volkes, der sich vom Establishment abgewandt hat, und dem dieses nun, ganz wie der späte Erich Honecker, «keine Träne nachweinen» will. Adressaten sind vielmehr die Mitpolitiker. Trump, was immer er tut oder lässt, ist ein Symbol für eine Weltsicht, die der herrschenden entgegengesetzt ist. Wer einfach nur sachlich und konstruktiv mit ihm umginge, würde sich damit als ideologischer Abweichler, zumindest aber als unsicherer Kantonist offenbaren und seine Karriere gefährden. Deshalb macht praktisch jeder bei der rhetorischen Zusammenrottung mit, und der Eifer, mit dem Trump geschmäht wird, ist direkt proportional zum Karriere-Ehrgeiz des Schmähers.

> Die Riege der Trump-Schmäher reicht bis zu Abgehalfterten wie Guttenberg und Kubicki.

Das lässt tief blicken. Es zeigt nämlich, dass es in der gesamten politischen Klasse der BRD keinen einzigen Politiker mehr gibt, der das Format hätte, sich dem bleiernen Konsenszwang seiner Kollegen zu entziehen, keinen, der auf die Strahlkraft seiner Person und seiner Ideen setzen könnte. Alle sind eingebunden in Seilschaften, Netzwerke und Karrierekartelle, und ohne diese Kartelle sind sie nichts. Psychologisch nachvollziehbar ist der Hass durchaus, mit dem dieses Kartell der Nullen auf einen Mann blickt, der es ohne solche Netzwerke zuerst zum Multimilliardär, dann zum mächtigsten Mann der Welt gebracht hat: Dieser Hass ist der Neid von Palasteunuchen.

In einer Welt, in der ein Politiker als Person Menschen überzeugen müsste, wären diese Leute zum Scheitern verurteilt. Ihre Macht ist die einer Kaste, die davon lebt, alternativen Personen und Positionen die Artikulationsmöglichkeiten zu verbauen, um behaupten zu können, so etwas wie Alternativen gebe es gar nicht.

America first, allgemein gesprochen also der Vorrang der Interessen des jeweils eigenen Landes, sollte für jede Regierung eine Selbstverständlichkeit sein – es ist der Inhalt ihres Amtseides. Einer politischen Klasse wie der hiesigen ist es freilich peinlich, an solche Selbstverständlichkeiten erinnert zu werden.

Eine Kanzlerin, die allen Ernstes behauptet, nicht einmal die Grenze zwischen Deutschland und Österreich könne gesichert werden, kann kaum schlimmer blamiert und dementiert werden als durch einen US-Präsidenten, der die ungleich längere Grenze seines Landes zu Mexiko sehr wohl zu sichern versteht. Und noch schlimmer für sie und ihre Kaste ist es, wenn die USA selbst entscheiden, wen sie auf ihrem Territorium dulden wollen und wen nicht, und Bürger bestimmter Staaten aussperren.

In der Tat: Ein Staat, der dieses Recht nicht hätte, wäre kein souveräner Staat. Aber genau dieser Gedanke soll den Bürgern im Machtbereich des Kartells ja ausgetrieben werden: Sie sollen gar nicht auf die Idee kommen, der Staat – und das heißt in einer Demokratie letztlich: das Volk – sei souverän, könne und dürfe solche Entscheidungen treffen. Trumps Politik, ja bereits seine bloßen Ankündigungen legen vor aller Augen offen, dass die vermeintliche Alternativlosigkeit, auf die das Kartell sich beruft, künstlich, fingiert ist.

Die Kaste der Provinz-Atlantiker

Wie weit dessen Protagonisten sich aus der Gedankenwelt von Demokraten verabschiedet haben, zeigt der CDU-Außenpolitiker Norbert Röttgen, Vorstandsmitglied der Atlantik-Brücke und idealtypischer Exponent der transatlantischen Elitenseilschaften. Er hat eine Reise nach Washington angekündigt und findet es offenbar nicht merkwürdig, die Politik des gewählten Präsidenten der USA, also eines fremden Staates, durch «neue Formen von Allianzen (...), gesellschaftliche Allianzen (...) zwischen, zum Beispiel, Abgeordneten europäischer Parlamente, des deutschen Bundestages mit Senatoren, auch republikanischen Senatoren, und (...) des Kongresses insgesamt» zu sabotieren.

Auf Deutsch heißt das: Ein Politiker hat nicht seinem eigenen Volk gegenüber loyal zu sein, sondern seinen Kastenbrüdern in anderen Ländern. Er hat die Interessen einer internationalen Machtstruktur zu vertreten, deren Daseinszweck die weltweite Durchsetzung der neoliberalen Utopie ist. Und wenn die USA sich ihrer Rolle als Führungsmacht dieser besonderen Art von Weltrevolution verweigern, weil ihr Volk es verlangt, muss eben von außen der Regime Change betrieben werden.

Natürlich wissen Leute wie Röttgen, dass sie selbst nicht viel dazu beitragen können. Sie setzen darauf, dass das Volk in Amerika ebensowenig mitzureden hat wie in Europa, und wenn es sich erdreistet, den «Falschen» zu wählen, wird das US-Establishment es schon Mores lehren. Darauf verlassen sie sich, denn so funktionierte es bisher immer. Und wenn die «Episode» Trump erst vorbei ist, wird die transatlantische Gnadensonne umso freundlicher auf die ideologischen Streber aus Europa herabstrahlen. So glauben sie.

Imperiale Eliten können ihre Ideologie ändern, Provinzeliten nicht.

Sie könnten sich täuschen: Den Röttgens, die ihren eigenen engstirnigen Globalisierungsfanatismus mit Weltläufigkeit verwechseln, ist ihre Provinzialität ebenso wenig bewusst wie der Unterschied zwischen den Eliten der Führungsmächte und den Eliten ihrer Satellitenstaaten. Erstere dienen der globalen Machtpolitik ihres Landes und bedienen sich dazu einer Ideologie. Bei ihren Statthaltern in den Satellitenstaaten ist es genau umgekehrt: Da sie Verräter an ihrem eigenen Land sind, jedenfalls nach allen hergebrachten Maßstäben, sind sie darauf angewiesen, diese Maßstäbe außer Kraft zu setzen, und sind deshalb politisch wie psychologisch von der Ideologie abhängig.

Deswegen können imperiale Eliten ihre Ideologie ändern, Provinzeliten nicht. Eines Tages werden die Röttgens überrascht feststellen, dass es die von ihnen postulierte «transatlantische Wertegemeinschaft» nie gegeben hat, und dass die US-Eliten sie ebenso kaltlächelnd im Stich lassen wie einst die KPdSU-Eliten Honecker. ■

Ein Mordsspaß

Josef Joffe, Herausgeber der *Zeit* und wie Norbert Röttgen Mitglied der Atlantik-Brücke, war am 22. Januar einer der Teilnehmer des *Phoenix*-Presseclubs. Diskutiert wurde die Publikumsfrage: «Gibt es noch einen Ausweg aus der Trump-Katastrophe? Gibt es ein rechtlich mögliches Szenario oder einen Passus in der Verfassung, der eine mögliche Amtsenthebung zur Folge hätte?»

Als die Publizistin Constanze Stelzenmüller abschlägig antwortete («Da muss schon einiges passieren. Also, da sind wir noch momentan weit entfernt davon.»), rief Joffe lässig in die Runde: «Mord im Weißen Haus zum Beispiel.»

Ein Kichern ging durch die Runde. «Josef», mahnte Stelzenmüller, «ernst bleiben.» Alles nur ein Witz? Hahaha... Was wäre gewesen, wenn ein AfD-Politiker sich ein solches Späßchen über Obama oder Hillary Clinton erlaubt hätte? Rausschmiss aus der Talk-Runde, gefolgt von einem medialen Schlachtfest?

«Flinten-Uschi» mit Mineralwasser: Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen und ihr neuer US-Amtskollege James Mattis im Februar. Foto: picture alliance / ZUMAPRESS.com

Anzeige

Wir sind gegen:

- Kriminelle
- Demagogen
- Denunzianten
- Rassisten

Wir sind für:

- Integration
- Sicherheit
- Demokratie
- Frieden

GRUNDGESET

für die Bundesrepublik Deutschl

Eine Initiative erfolgreicher Unternehmer

Der Mörder ist immer der Deutsche

_ von Bernd Schumacher

Sonntag für Sonntag versauern uns GEZ-gebutterte Fernsehmacher die Krimireihe Tatort mit rot-grüner Gutmenschenpädagogik. Von Hamburg bis München steht eines immer fest: Der Ausländer war's nie. Langweiliger geht's nicht.

Künast und Roth – so könnte getrost der Name des neuesten *Tatort*-Ermittlerteams lauten. Neben der Lindenstraße ist die bald 50-jährige Kultserie zur zweiten Speerspitze rot-grüner Volksbelehrung geworden. Die Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten Deutschlands (ARD) reagierte auf geradezu staatstragende Art auf den ungeregelten Massenzustrom Kulturfremder. Nach Jubelberichterstattung in den Abendnachrichten, Sondersendungen und Politmagazinen sickerte das Flüchtlingsthema nach und nach ins erweiterte Programmschema und damit auch in Schmalzserien und TV-Krimis ein. Schon vor dem Schicksalsjahr 2015 meinten es die *Tatort*-Macher mit der Volkspädagogik zu gut. Seit Willkommenskultur Staatsdogma ist, werden dem Publikum jedoch immer offensiver Botschaften aufgetischt, welche direkt aus der Propagandaleitzentrale im Kanzleramt stammen könnten.

Erbarmen, die Hessen kommen!

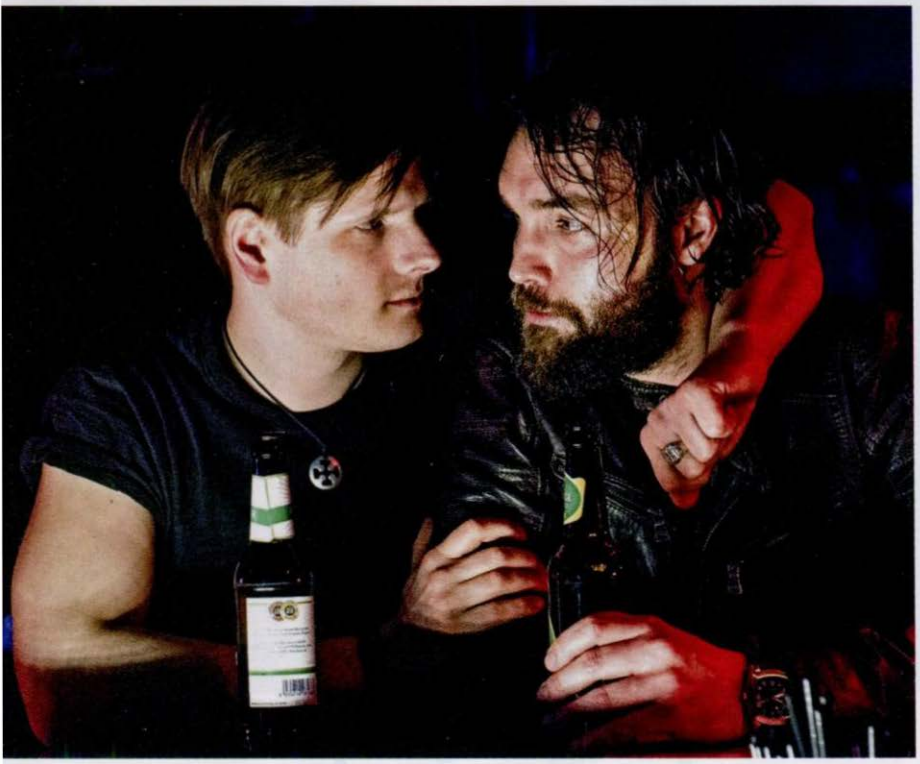
«Land in dieser Zeit» lautet der bedeutungsschwangere Titel einer besonders moralinsauren *Tatort*-Folge, die am 8. Januar ausgestrahlt wurde. Die an sich tiefenentspannten Frankfurter Kommissare Janneke und Brix haben den Tod einer jungen Frau aufzuklären. Der Hauptverdächtige ist ein junger Asylant aus dem Senegal, der einen Brandsatz auf einen Friseursalon geschleudert haben soll. Da nicht sein kann, was nicht sein darf, wendet sich die Geschichte in die politisch korrekte Richtung: Nach unappetitlichen Ermittlungen im «braunen Sumpf» (Fernsehkritik der *Rheinischen Post*) machen die Ermittler schlussendlich drei junge deutsche Frauen dingfest. Die Damen wirken intelligent, brav und sittsam, haben sich jedoch schon durch das Singen von deutschen Volksliedern schwer verdächtig gemacht. Die Täterinnen gehören den sogenannten Kongruenten an, was eindeutig eine Anspielung auf die Identitäre Bewegung (IB) sein soll. Somit werden selbst Patrioten unter Generalverdacht gestellt, die sich explizit von Gewalt distanzieren – passend zu der IB-Beobachtung durch den Verfassungsschutz in einigen Bundesländern.

Mir nichts, Dir nichts, dürfen hier zwischendurch auch schon mal drei blonde Männer auftauchen, die – von der Handlung völlig losgelöst – eine junge Muslima brutal niederschlagen. Einfach so. Hauptsache man bleibt sich dem Motto «Nicht der Ausländer ist gefährlich, sondern der böse Einheimische, den es permanent zu überwachen gilt»,

Klaus J. Behrendt und Dietmar Bär ermitteln für den WDR-Tatort – in der Folge «Die Wacht am Rhein» (2017) ausnahmsweise auch mal kurz gegen Nafris. Spiegel Online sinnierte in der Sendekritik, ob man dem GEZ-Krimi Rassismus vorwerfen könne. Foto: WDR/Thomas Kost

> Die Täter hatten sich durch das Singen von deutschen Volksliedern verdächtig gemacht.

_ Bernd Schumacher, der Unterhaltungsexperte von COMPACT, schrieb in unserer Ausgabe 10/2016 über die Nazi-Vorwürfe gegen Kommissar Derrick.



Der Hessen-Tatort «Land in dieser Zeit» (2017) gruselt sein Publikum mit einer «nationalistischen kulturrassistischen Gruppierung» (Wikipedia). Foto: HR/Degeto/Bettina Müller

durchweg treu. Dazu passt, wie der RBB am 8. September 2013 mit «Gegen den Kopf» einen Fall von Gewalt in der U-Bahn aufgriff, der in zahlreichen Großstädten zur Regel zu werden droht. Nicht etwa Albaner, Schwarzafrikaner oder Araber sind hier die Täter, sondern zwei ordentlich wirkende Deutsche, die sich gegenseitig beschuldigen. Motiv: unklar.

Rotfunk WDR

Nur eine Woche nach den Frankfurter Ermittlungen im braunen Sumpf spannte der WDR mit Ballauf und Schenk das sozialdemokratischste aller Ermittlergespanne ins Geschirr. Passenderweise stehen im Kölner *Tatort* zunächst Nafris unter Verdacht: Nordafrikanische Männerhorden hatten die Domstadt zum Jahreswechsel 2015 mit ihrer Massengrapscherei traumatisiert. Ein junger Marokkaner fungiert als erster Verdächtiger – scheidet aber nach der vorhersehbaren Mechanik fast aller Episoden als Täter aus. Der Drogendealer kommt zwar extrem unsympathisch rüber, verblasst jedoch als kleiner Fisch gegen den wahren Täter – natürlich ein Deutscher. Damit die Kölner Bürgerwehr mit dem titelgebenden Namen «Wacht am Rhein» als Gefahr für den sozialen Frieden gebrandmarkt werden kann, lassen die Autoren noch einen dunkelhäutigen Polizisten ins Gras beißen. Wer dem Ruf «Deutsche, wehrt Euch!» folgt, wandert in den Knast oder wird – wie aktuell die Bürgerwehr im sächsischen Freital – als terroristische Vereinigung angeklagt.

Auch ein paar Kilometer weiter, in Dortmund, muss sich der mental angeknackste Kommissar Faber mit dem «Nazi-Problem» herumschlagen. Auch in «Hydra», erstmals ausgestrahlt am 17. Juni 2015, schürt der WDR den Generalverdacht gegen Deutsche: nicht etwa grölende BVB-Fans mit Glatzen und Dosenbier verbreiten rechtes Gedankengut, sondern Germanistikstudenten und eine schwangere Kindergärtnerin. Zum Glück haben die Ruhrpott-Ermittler mit der jungen Türkin Dalay einen appetitlichen Köder, nach dem die doofen Rechten auch gleich begierig schnappen. Der wahre Clou der Geschichte könnte aus einem Drehbuch der Teletubbi-Antifa stammen: Der Hauptkommissar selbst gibt Interna an die Naziszene weiter. Was für ein Bullenschwein!

Märchenstunde im NDR

In «Verbrannt» greift der NDR am 11. Oktober 2015 einen realen Vorfall aus dem Jahr 2005 auf: Auf der Polizeiwache von Dessau starb ein Flüchtling aus Sierra Leone unter ungeklärten Ursachen durch ein Feuer. Ohne Beweise, nur mit Anschuldigungen gegen die Polizei gelang es linksextremen Grüppchen zehn Jahre lang, das kümmerliche Flämmchen des «Falles Jalloh» am Flackern zu halten. Der NDR-*Tatort* stellte die mediale Krönung der Kampagne dar. Nachdem ein zu Unrecht des Schleusertums verdächtigter Asylbewerber in Polizeigewahrsam verbrannt ist, schmeißt der schmierige Dienststellenleiter, anstatt den Fall aufzuklären, erst einmal eine Grillparty.

Im Dortmunder Tatort sind sogar Germanistikstudenten und eine schwangere Kindergärtnerin Nazis.

Zum Auftakt von «Frohe Ostern, Falke» (24. März 2015) machen als Hasen verkleidete Linksterroristen mit Waffengewalt auf die Lage der Flüchtlinge in Hamburg aufmerksam. An und für sich ein interessantes Reizthema. Doch am Ende geht es weder um die Rechtsbeugung des rot-grünen Hamburger Senats noch um die allgegenwärtige Gewalt von Linksaußen. Der ganze Mummenschanz im Hasenkostüm sollte einen Auftragsmord vertuschen. Im Hintergrund: die böse deutsche Waffenindustrie – beim NDR hat sich seit den 1970ern wohl nicht viel geändert.

Die Schwabenstreiche des SWR

Tatort Stuttgart: «Im Gelobten Land» vom 21. Februar 2016 sind es immerhin bosnische Schlepper, die Menschen skrupellos im Lkw verdursten lassen. Im weiteren Handlungsverlauf kommen beim geneigten Zuschauer jedoch Zweifel auf, ob die bösen Bosnier vielleicht doch hehre Motive haben. Denn

Die (un)beliebtesten Tatort-Ermittler

Durchschnittliche TV-Zuschauerzahl (in Millionen)

Thiel/Boerne (Münster)	13,20
Voss/Ringelhahn (Nürnberg)	12,21
Batic, Leitmayr (München)	10,02
Ballauf/Schenk (Köln)	9,97
Tschiller, Gümer (Hamburg)	8,70
Murot (Wiesbaden)	8,23
Stellbrink/Marx (Saarbrücken)	8,01

Quelle: Meedia Grafik: COMPACT

irgendjemand muss ja wohl den armen Afrikanern helfen, die es auf unseren Kontinent nicht schafften. Kommissare Lannert und Bootz hingegen hadern stundenlang mit ihrer möglichen Mitschuld am Tod der menschlichen Fracht. Analog zur perfiden Erinnerungskultur, die den Deutschen tagtäglich einhämmert, dass sie auf alle Zeiten hin Buße zu tun haben – inklusive grenzenloser Versorgung jedes Fremdlings – dreht sich die Gebetsmühle eben auch im TV immer weiter. Selbst eingefleischten Fans war das Geiseldrama um die beiden völlig unprofessionell agierenden Kommissare zu viel des Guten. Im Fan-Blog hagelte es Kritik: «Politisch überkorrekt und mit zu viel Bildungsauftrag.» Oder: «Der *Tatort* verkommt (...) zu einer Krimiserie, die zuständig ist für die Meinungsbildung der Massen.» Und: »Nicht auch noch sonntagabends das Flüchtlingsdebakel!», schimpften die Zuschauer.

»Nicht auch noch sonntagabends das Flüchtlingsdebakel!» Zuschauer

Auf das Konto desselben Autors geht auch ein Drehbuch, in dem ausgerechnet Marinesoldaten ein mit Afrikanern vollgepacktes Boot zum Kentern bringen. Die Bremer Folge «Der illegale Tod» trichterte schon am 15. Mai 2011 dem deutschen Zwangsgebührenzahler ein, dass jeder Afrikaner, der sich im vollen Bewusstsein auf einen seeuntüchtigen Kahn begibt, nicht etwa lebensmüde und illegal, sondern schutzbedürftig und als Asylant nach Italien zu eskortieren sei.

Dabei zeigte Radio Bremen mit dem am 23. Februar ausgestrahlten Fall «Brüder», dass es auch anders geht: Ohne Rücksicht auf Politische Korrektheit kommt die Handlung um einen skrupellosen libanesischen Familienclan der Aktualität des ganz real in der Hansestadt wütenden Miri-Clans recht nahe. Die Reaktionen der linken Aufpasser ließen nicht lange auf sich warten: Die *Lübecker Nachrichten* bemängelten: «Ein Beitrag im Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit ist Brüder jedenfalls nicht.»

Der *Tatort* sollte sich wieder mehr auf spannende Unterhaltung als auf Volkserziehung konzentrieren – nicht zuviel verlangt bei Produktionskosten von 1,5 Millionen Euro pro Folge. Denn wie sagte schon Axel Milberg, immerhin selbst als Kommissar Borowski eine *Tatort*-Legende, im Gespräch mit dem *Cicero*: «Was so öde ist in Deutschland: Wenn es politisch wird, ist es auch gleich pädagogisch und erzieherisch.» Und nervig. Und sterbenslangweilig. ■

Erdkundeunterricht

Immerhin: Das Ermittlerduo Falke und Grosz vom NDR-*Tatort* kam am 20. März 2016 in der Folge «Zorn Gottes» zur Abwechslung auch einer ganz realen Gefahr für die öffentliche Sicherheit auf die Spur: Ein türkischer Islamist kehrt nach Deutschland zurück, um in Braunschweig einen Terroranschlag zu begehen. Die Polizei kann das drohende Blutbad verhindern. Die innenpolitische Brisanz wurde allerdings dadurch verdeckt, dass im Laufe der 90 Minuten beiläufig die meisten Probleme des Nahen Ostens abgehandelt wurden, ganz so, «als sei es die Aufgabe des *Tatorts*, perfekt zur nachfolgenden Talkshow überzuleiten», wie ein Kritiker bemerkte.

Anzeige

Hofnarren des Merkel-Staats

_ von Marc Dassen

Von Volker Pispers über Didi Hallervorden bis zu Dieter Nuhr: Das politische Kabarett in Deutschland scheint dem Untergang geweiht. Gekalauert wird auf Kosten des Volkes und der Opposition – doch regimetreue Komödianten braucht niemand.

Volker Pispers. Foto: picture alliance / POP-EYE/Kriemann

«Ich bin auch gegen schlechtes Wetter. Mach' ich deshalb eine Demo?»

Volker Pispers

Vielleicht war es seine letzte Gelegenheit, mit den Eliten Frieden zu schließen. Seit über drei Jahrzehnten war der urlinke Komödiant Volker Pispers erfolgreich im Geschäft. Das «kapitalistische Schweinesystem» und seine Apologeten zitterten und schwitzten bei jedem seiner Auftritte. Die zentralen Themen des einstigen Theologiestudenten: Rente, Gesundheit, Bildung, Arbeitslosigkeit, Banken, Steuern – und die unausweichliche Selbstzerstörung zum Wohle des ewigen Wachstums. Doch Ende 2015 verkündete der heute 59-Jährige den vorläufigen Abschied von der Bühne – und nutzte sein letztes Publikum zu einem Kotau vor der Politischen Korrektheit.

Es war mein bester Freund, der mich an jenem Dezemberabend einlud, mit ihm den Großmeister des kritischen Kabaretts zu erleben. Schwarz gekleidet und wie immer unrasiert schritt der Mann des Abends auf die Bretter, die die Welt bedeuten. «Wir werden mit Angst regiert, meine Damen und Herren, mit Angst», lautete seine zentrale Botschaft. Doch plötzlich glaubte ich meinen Ohren nicht zu trauen – und auch mein Bekannter schaute entgeistert und kopfschüttelnd. «Was soll das werden?» zischte er, ich zuckte irritiert mit den Schultern.

Weichgespült und massentauglich

Pispers hatte in seinen amüsanten Vortrag über die perfide Weltreligion Kapitalismus und die Abgründe der «entsolidarisierten Gesellschaft» eine Passage zum Thema Pegida eingebaut: «Das sind Leute», witzelte er, während sein Blick durch den Saal kreiste, «die laufen Transparenten hinterher, da steht drauf: "Gegen Gotteskriege auf deutschem Boden".» Des Künstlers vernichtendes Urteil: «Was ist das denn für eine Demo? Ich bin auch gegen schlechtes Wetter. Mach' ich deshalb eine Demo?» Islamismus als Banalität? Terror als Graupelschauer?

Meine Hände blieben reglos auf den Oberschenkeln liegen. Um uns herum blökten und wieherten die versammelten Kleinkunstfreunde. Vom Beifall ermutigt, setzte der bärtige Spaßmacher noch einen drauf: «Man darf nicht sagen, das sind alles Nazis. Nein, das stimmt. Manche sind einfach auch nur strunzdumme Hohlköpfe.» Was war mit Volker geschehen? Hatte er nicht gerade noch die Altparteien demontiert und beklagt, dass wir «mit Angst» beherrscht werden? Und jetzt zog er die erste poli-

tische Alternative seit Jahrzehnten in den braunen Dreck – begründet mit der Angst vor vermeintlichen Nazis? Ob er diesen Witz heute, nach den Terroranschlägen von Ansbach, Würzburg und Berlin, in gleicher Weise wiederholen würde?

Es war, soweit ich weiß, das erste Mal, dass Pispers sich seinen Beifall auf Kosten der kleinen Leute abholte und demonstrativ den Schulterschluss mit den Mächtigen probte. Patrioten gleich Idioten ist das Axiom der veröffentlichten Meinung – Pispers ulkte frohgemut mit im Chor. «Man muss nicht Verständnis haben, wenn Menschen ihren Fremdenhass hinter der Angst vor dem Islam verstecken», gab der Komiker den Oberlehrer.

Die Antipopulisten kommen

Pispers ist kein Einzelfall. Während in Dresden und anderswo das Volk aufbegehrte, beeilten sich sogenannte Comedians, einen Platz als Staatskünstler zu ergattern. Flugs wichen ehemals originelle Programme einem mainstreamtauglichen AfD- und Pegida-Bashing. Unter ihnen waren nicht nur alberne Klamauk-Tüten wie Ingo Appelt, Michael Mittermeier, Joko und Klaas, Oliver Welke oder Oliver Kalkofe, sondern auch Künstler, die ich immer respektiert hatte: etwa der Mann mit der Männerhandtasche, Erwin Pelzig, der Klaviervirtuose Hagen Rether oder der Altmeister Dieter Hallervorden. Selbst der Spaßphilosoph Dieter Nuhr und der selbsternannte Hassprediger Serdar Somuncu reihten sich brav in die Front der System-Hofnarren ein, um einer politischen Renaissance des Patriotismus das Wasser abzugraben.

> «Eure Feindbilder, die sind so real wie der Weihnachtsmann.»
> Claus von Wagner

Hagen Rether zeigte sein wahres Gesicht kurz nach der Jahreswende 2015/2016. In Anspielung auf die Kölner Silvesternacht und die dort misshandelten Frauen erklärte der Pianist mit dem Zöpfchen: «Wir regen uns doch nur auf, weil plötzlich diese "Kerle mit den Bärten" kommen.» Den Deutschen unterstellte er süffisant, sie wollten ihre Frauen gern «selbst vergewaltigen». Damit war auch diese Gestalt für mich auf ewig ungenießbar geworden. Die GEZ-Komiker von *Die Anstalt* – Max Uthoff und Claus von Wagner – erfreuten sich ebenfalls lange Zeit großer Beliebtheit. Auf dem Zenit waren ihre Sympathiewerte nach einer Klage von *Zeit*-Mitherausgeber Josef Joffe und dessen Autor Jochen Bittner, weil die Show die Verbindungen deutscher Top-Journalisten zu transatlantischen Lobbyorganisationen aufgegriffen hatte. Das Publikum honorierte dies als Akt des Widerstands gegen ein gleichgeschaltetes Medienkartell.

Doch wenn es um deutsche Patrioten geht, kennen auch sie kein Pardon. Praktisch deckungsgleich mit dem Altlinken Pispers geigt auch Wagner seit Jahren dieselbe naive Melodie: «Warum in Gottes Namen marschiert Ihr unter einem großen Plakat, wo draufsteht "Gegen die Islamisierung des Abendlandes"? In Sachsen. Da wohnen 2,2 Prozent Ausländer?!» Sein Kollege Uthoff faselte zum Thema Islamisierung: «Es ist erstaunlich, dass man dies Menschen in einem Bundesland wie Sachsen einreden kann, in dem nur 4.000 Muslime leben.» Seit wann ist es die Aufgabe eines Komikers, auf den realen Ängsten der kleinen Leute den regimetreuen Stepptanz aufzuführen? Noch einmal Wagner: «Liebe Pegidas: Eure Feindbilder, die sind so real wie der Weihnachtsmann und nichts Anderes als schlecht versteckter Rassismus.»

Der nächste im Bunde der Volksverhetzer: Dieter Nuhr – angeblich der gutbürgerliche unter den Kabarettisten. Heute beklagt sich der 56-Jährige pausenlos, dass die «pöbelnde Masse» – besonders im Internet – «wieder selbstbewusst» auftrete – also ihre Meinungsfreiheit nutze. Für ihn ein «Rückschritt in Richtung Faschismus und Mittelalter, Pogrom und Hexenverbrennung». Anfang 2015 hingegen riss der Rheinländer nach dem islamistischen Anschlag auf die französische Satirezeitschrift *Charlie Hebdo* selbst noch mutig Witze über den Islam und bestand darauf, sich den Spaß nicht verderben zu lassen. Das sei ja immerhin das, «was uns von diesen radikalen Arschlöchern unterscheidet».

Erwin Pelzig. Foto: Carlos Reutemann

Max Uthoff und Claus von Wagner. Foto: ZDF

2015 erhielt Dieter Nuhr zum vierten Mal den Deutschen Comedy-Preis. Foto: picture alliance / Geisler-Fotopress

War das jetzt Satire?

«Hallo, herzlich willkommen zu Nuhr im Ersten, in der ARD, Ihrem ersten Programm, Ihrem Systemmedium, stolzer Teil der Lügenpresse. Wir freuen uns, hier, heute wieder als Agenten des öffentlich-rechtlichen Unterdrückungssystems tätig zu sein – als Volksverräter. Denn natürlich treibt uns hier alle nur eines an: Die Vernichtung des deutschen Volkes unter Führung der Flüchtlingsbraut Angela Murksel und die Zerstörung des Deutschtums durch die Errichtung des Kalifates – wenn ich den Auftrag richtig verstanden habe, da bin ich nicht ganz sicher. Irgendwie hängt da auch, glaube ich, der amerikanische Geheimdienst noch mit drin oder so, pffff, woher soll ich das wissen. Ich bin ja auch nur ein Büttel dieses Propagandasenders…»

(Dieter Nuhrs Begrüßungsworte zu *Nuhr im Ersten* unter dem Titel «Denken mit Darm wie braunes Pack», 10.3.2016)

Seit 1983 ist Nuhr als Kabarettist aktiv. Foto: rbb/Claudius Pflug

So mancher Kollege aus der Comedy-Prominenz verdächtigte Nuhr daraufhin übler Gesinnung. Darunter auch Pispers, der ihn ausgerechnet zum «humoristischen Arm der Pegida-Bewegung» erklärte. Noch 2014 hatte Nuhr derartige Angriffe konsequent gekontert: «Die ziehen den Schwanz ein. Sonst wäre man ja islamophob». Doch in der Zwischenzeit hatte sich der Wind gedreht, in den der Komiker seine Fahne hing. Blitzartig lenkte Nuhr ein und erklärte, dass «ein paar hundert hysterische Gestalten» nicht berechtigt seien, «Wir sind das Volk!» zu rufen – ganz so als hätte Nuhr über die Legitimität von Demonstrationen zu befinden. Neben diversen Witzeleien unter der Gürtellinie gibt's in Richtung der deutschen Opposition von ihm nur noch Albernheiten zu hören: Der «rechtspopulistisch verwirrte Mensch» glaube, dass Merkel eine «Umvolkung» im Schilde führe – «wahrscheinlich auf Befehl der klingonischen Geheimregierung».

Lachen im Merkel-Keller

Für manch anderen Humoristen ist schon der Applaus von der angeblich falschen Seite ausreichend, um öffentlich Läuterung zu zelebrieren. So geschehen bei Dieter Hallervorden, der Angela Merkel nach ihrem Kniefall vor dem türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan im Zusammenhang mit dem Schmähgedicht Jan Böhmermanns mit einem satirischen Liedchen bedachte: «Sie war einst junger Pionier. Sie hat schon früher gut taktiert. Und danach auf Jungfrau Maria gemacht. Und uns jetzt ein Stückchen Scharia gebracht», dichtete der heute 81-jährige Didi und erhielt prompt Beifall von AfD- und Pegida-Sympathisanten. In einem bizarren Anfall vorauseilenden Gehorsams erklärte er dazu: «Auch wenn wir im Song "Merkel – zu allem bereit!" die Haltung der Bundeskanzlerin in diesem Fall kritisieren, möchten wir weder von Pegida noch von der AfD Unterstützung erhalten.» Und weiter: «Anhänger dieser Gruppierungen dürfen sich gerne von unseren Seiten fernhalten!» Für Patrioten heißt es also: Lachen verboten!

Gefördert wird die gesamte antideutsche Comedy-Fraktion von den deutschen Einheitsmedien, die ihrer Besorgnis über vermeintlich populistische Bühnenkünstler in letzter Zeit verstärkt Ausdruck verleihen und jeden hofieren, der mit Dreck nach Regimekritikern wirft. Ende letzten Jahres fragte der *Deutschlandfunk* (DLF) kontrafaktisch: «Neigen Deutschlands Comedians in jüngster Zeit zum Populismus oder gar zur Pegida-Nähe?» Im Fadenkreuz des DLF: Der harmlose Proll-Komiker Mario Barth, der durch seine «Volksnähe» Anlass zur Besorgnis gebe.

Pegida-Hasser Serdar Somuncu – der besonders durch eine sechsjährige Lese-Tournee von Hitlers *Mein Kampf* bekannt wurde und durch den Verkauf seines Buches *Der Adolf in mir* solvent bleibt – kennt seine Pappenheimer. «Die große Mehrheit der Comedians und Kabarettisten sei Pegida-fern», zitierte ihn der DLF. Komiker wie Barth – so der in Instanbul geborene Zotenreißer – dächten zwar «tendenziell eher reaktionär», seien aber «zu dumm», um gefährlich zu sein. Für den Vorzeige-Türken ist das Thema «Unterwanderung durch den Islamismus» ein Beispiel für «diffuse Ängste», wie sie nur ungebildete Stammtischdeutsche empfinden können. Höchstselbst will der von sich eingenommene Polit-Satiriker solchen Tendenzen entgegentreten. Auf seiner Webseite erklärt er: «Liebes Volk, schnallt Euch an. Ich nominiere mich, ich will der erste türkische Bundeskanzler Deutschlands werden.» Hoffentlich war wenigstens das nur ein Witz. ■

Anzeige

Wollen Sie sie nicht doch mal lesen?

KETZERBRIEFE
Flaschenpost für unangepaßte Gedanken
Herausgegeben vom Bund gegen Anpassung
Einzelheft € 4,50 / Abonnement (6 Hefte) € 30,50 inkl. Versand
ISSN 0930-0503

www.ahriman.com
Buchmesse Leipzig: Halle 3, Stand D 201

Kanaksprak im Leistungskurs: «Kommst Du Döner? Isch mach Disch Messer!» Foto: picture alliance / ZB

Abitur für alle

_ von Viktor Timtschenko

Deutschland sorgt mit laschen Prüfungen für gute Noten – hurra! Das politische Ziel ist eine möglichst hohe Abiturientenquote. Wer aber denkt, dass die Schüler von Jahr zu Jahr immer klüger werden, irrt gewaltig.

Wegweisende Entscheidungen wurden im Januar 2017 im sächsischen Bildungswesen getroffen: Der Freistaat lockerte mit sofortiger Wirkung die Prüfungsbedingungen für Abiturienten. Damit müssen diese nicht mehr 52, sondern nur noch 40 Kursnoten einbringen. Mit der Absenkung der Anforderungen bekommen die Allermeisten ein deutlich besseres Abgangszeugnis und damit bessere Zugangsvoraussetzungen an Hochschulen. Damit folgen die Sachsen allerdings nur dem Trend: Schon vorher war Bayern auf 40 Kursnoten heruntergegangen, in Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen ist der Durchmarsch zum Abitur sogar schon mit 32 möglich. In Berlin hat sich die Zahl der Einser-Abiturienten in den letzten zehn Jahren vervierzehnfacht...

Deutsche Sprak, schwere Sprak

Jeder Siebte ist im Land «funktional Analphabet», wie die leo.-Level-One Studie der Universität Hamburg festgestellt hat. 7,5 Millionen Menschen oder 14,5 Prozent der erwerbsfähigen, also erwachsenen Bevölkerung können in Deutschland nicht oder nur unzureichend lesen und schreiben. Das sind mehr als die Einwohner von Berlin, Hamburg, München, Köln und Frankfurt am Main – zusammengenommen. Weitere etwa 4,4 Prozent der Erwachsenen können zwar Wörter aber keine Sätze lesen. Bei zusätzlichen 13 Millionen Menschen oder 25,9 Prozent der Erwerbsfähigen «tritt fehlerhaftes Schreiben selbst bei gebräuchlichen Wörtern auf». Also nicht erst bei Mayonnaise, sondern schon bei kaputt. Betrifft das nur die Unterschicht? Nein, die Studie hat herausgefunden, dass «gleichwohl auch Personen mit höherer Bildung in der Gruppe der funktionalen Analphabeten signifikant vertreten» sind – also auch Abiturienten.

Bonbon: Für diese Studie wurden nur Personen berücksichtigt, welche die deutsche Sprache mündlich soweit beherrschten, dass sie einem Test folgen können. Rechnete man Zugewanderte ohne ausreichende Sprachkenntnisse hinzu, so die Autoren, dürften die Prozentsätze noch höher ausfallen. Und: Die Hamburger haben diese Zahlen bereits im Frühjahr 2011 präsentiert, also lange bevor uns die Welle orientalischer Fachkräfte überrollte. Bereits im Jahr 2014 wurden im Rahmen der Einschulungsuntersuchungen im Berliner Multikulti-Bezirk Neukölln bei 44 Prozent aller Kinder Sprachdefizite festgestellt, einem großen Teil fehlten gar elementare Grundkenntnisse.

Sachsens Kultusministerin Brunhild Kurth (CDU). Foto: Sandro Halank, CC-BY-SA 3.0, Wikimedia Commons

Die Verdummung der Bevölkerung ist politisch gewollt.

Rot-grünes Abi versus CSU-Abi

Die *Neue Westfälische* berichtete am 13.12.2016:

Der Deutsche Lehrerverband hat nach der Veröffentlichung der neuesten PISA-Ergebnisse eine Rückbesinnung auf das Leistungsprinzip an Schulen gefordert. Verbandspräsident Josef Kraus fordert ein Ende der Inflation bei sehr guten Schulnoten. Sein Vorschlag, dass anspruchsvolle Bundesländer wie Bayern die Abiturzeugnisse anspruchsloser Bundesländer wie NRW nicht mehr anerkennen sollen, schlägt hohe Wellen.

Die Lehrergewerkschaften in NRW reagieren verärgert auf die Vorschläge von Kraus. «Die unverschämte Forderung entbehrt jeglicher Grundlage», sagt die NRW-Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Dorothea Schäfer. Kraus' populistische Äußerungen seien größenwahnsinnig. So bewertet auch der NRW-Landesvorsitzende des Verbands Bildung und Erziehung, Udo Beckmann, die Forderungen: «Die erzkonservative Linie richtet sich gegen Bundesländer, die den Weg des längeren gemeinsamen Lernens eingeschlagen haben.»

Gruppenarbeit ist schwer im Kommen – was früher Chaos hieß, gilt heute als kreativ. Foto: picture alliance / dpa

Selbst die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB), also ein Instrument zur Durchsetzung der politisch korrekten Denkweise, muss einräumen, dass auch gegenwärtig «geringe Schriftkompetenzen mithin kein Randphänomen, sondern ein bedeutendes gesellschaftliches Thema» sind.

In einer anderen Studie («Ausbildungsreife und Studierfähigkeit»), die die Konrad-Adenauer-Stiftung 2016 veröffentlichte, schreiben die Autoren: «Trotz gestiegener guter Schulabschlüsse steigt die Anzahl der jungen Menschen, die gleich zu Beginn einer Berufsqualifikation in Unternehmen oder Hörsälen mit fehlenden Grundlagenkompetenzen hinsichtlich Sprache und Mathematik zu kämpfen haben. (...) So erteilen mehr als ein Drittel der IHK-Betriebe und viele, gerade auch renommierte Hochschulen, nachholenden Schulunterricht wie zum Beispiel Schreibberatung, Texterfassung und -verständnis oder Brückenkurse Mathematik» – auch für Abiturienten mit guten Noten. Fazit: «Abitur ist kein Garant mehr für Studierfähigkeit.» Nicht Wissen zählt, sondern der Anschein von Wissen.

Verblödung und Kalkül

Die Politik, die mit der einen Hand die Menschen verdummt, verstärkt mit der anderen den sytemkonformen Politikunterricht – darauf deutet die zweite Entscheidung der sächsischen Kultusbehörden im Januar hin. «Wir brauchen in Sachsen eine viel intensivere politische, demokratische Bildung», sagte Kultusministerin Brunhild Kurth (CDU) der *Leipziger Volkszeitung*. «Im Prinzip», schreibt das Blatt, «geht es um eine Art Staatsbürgerkunde – allerdings unter ganz anderen Vorzeichen als zu DDR-Zeiten.» Klar: Unter der SED gab es Gehirnwäsche für die junge Generation. Aber jetzt läuft dasselbe Spielchen, nur unter anderen Vorzeichen – denn wir sind doch die Guten. Jedenfalls sagt der Freistaat «Rechtsextremisten, Populisten und Internethetzern (...) den Kampf an».

In den Antifa-Kursen sind gute Noten einfacher zu bekommen als in Mathematik oder Französisch. Wer muss schon den Satz des Thales kennen oder Voltaire im Original lesen? Es genügt doch, die historischen Reden von Heiko Maas nacherzählen zu können! Gegen die andauernde Verblödung der Bevölkerung kann sich nur die Wirtschaft auflehnen, die Ingenieure – und keineswegs politische Kämpfer aus der Retorte – braucht. Und die Gesellschaft selbst? Spätestens dann, wenn die Flugzeuge, die Konstrukteure mit grandiosen politischen Kompetenzen gebaut haben, abstürzen, wird ein Umdenken einsetzen. ■

> In den Antifa-Kursen sind gute Noten einfacher zu bekommen als in Mathematik oder Französisch.

_ Viktor Timtschenko ist Buchautor und lebt bei Leipzig. In COMPACT 2/2017 schrieb er über die induzierte Kinderfeindlichkeit der westlichen Gesellschaften.

Anzeige

KAPITAL SICHERN.DE

ECHTE WERTE

- Gold und Silber als Münzen und Barren
- Strategische Metalle & Seltene Erden
- Einzigartiger Goldsparplan
- LV - Kündigung
- Beratung

www.KapitalSichern.de
Info@KapitalSichern.de
Telefon 07955 476583

Die Dresden-Lügen

_ von Jan von Flocken

Die Opfer des angloamerikanischen Bombenterrors vom Februar 1945 werden seit der Wiedervereinigung systematisch verhöhnt. Staat und angeschlossene Medien übertreffen sich in einem unwürdigen Gefeilsche, um die Zahl der Toten kleinzurechnen.

161 deutsche Städte versanken während des Zweiten Weltkriegs im Bombenterror aus der Luft – von Köln bis Magdeburg, von Pforzheim bis Potsdam. Ein besonders grausiges Fanal setzte die Bombardierung der sächsischen Hauptstadt, des europäischen Kulturzentrums Dresden am 13./14. Februar 1945 durch US-amerikanische und britische Bombergeschwader. Bei diesem Angriff wurde die Stadt zu zwei Dritteln zerstört (siehe Infobox Seite 62).

Terror nur gegen Zivilisten

Den beteiligten Besatzungen der 1., 3. und 5. Bomber Group wurde in ihrer Einweisung am Vormittag des 13. Februar verkündet: «Dresden besitzt wie andere Großstädte ein umfangreiches Netz von Telefon- und Eisenbahnverbindungen und ist von großer Bedeutung für die Kontrolle der Verteidigung.» Außerdem sei die Stadt «mit westwärts strömenden Flüchtlingen überfüllt, und es sind Unterkünfte nunmehr sehr begehrt». Der Angriff erfolge auch, «um den Russen zu zeigen, was das Bomber Command anrichten kann».

Tatsächlich richtete das Bomberkommando Schauerliches an. Die Zivilbevölkerung wurde regelrecht hingeschlachtet. Nur der einzig strategisch wichtige Punkt, der Flughafen Dresden-Klotzsche mit den benachbarten Kasernen und Materiallagern, blieb von den Angriffen verschont. Auch die Bombardierung des Verkehrsknotenpunktes Dresden spielte im Hinblick auf die Auswirkungen nur eine Nebenrolle. Schon nach 48 Stunden konnte der Verkehr auf den Hauptgleisen wieder aufgenommen werden.

> Die Opferzahl von 25.000 zu bezweifeln, ist heutzutage schon fast ein strafbares Delikt.

Die Zahl jener Menschen, die damals den Bombenangriffen zum Opfer fielen, wird sich nie exakt ermitteln lassen. 1939 zählte die Stadt 629.000 Einwohner. Fünf Jahre später waren noch 567.000 Personen erfasst. Belegt ist, dass sich nach dem Vorstoß der Roten Armee im Januar 1945 mehrere zehntausend Flüchtlinge aus Schlesien (die Schätzungen reichen bis zu 500.000) in der Stadt aufhielten; hinzu kamen noch tausende Evakuierte aus anderen Landesteilen.

Wegen dieser Unklarheiten hielten sich Historiker auch bis Ende der 1980er Jahre weitgehend mit genauen Zahlenangaben zurück. Das sei an drei Beispielen der bundesdeutschen Geschichtsdarstellung aus dem Jahr 1988 illustriert. In der *Chronik des Jahres 1945*, herausgegeben vom Dortmunder Harenberg Verlag, hieß es: «Die Schätzungen belaufen sich auf 60.000 bis 245.000 Tote». In seinem Werk *Geschichte des Zweiten Weltkriegs* schrieb Mathias Färber von «einer Feuerhölle, in der nach zuverlässigen Ermittlungen etwa 100.000 Menschen ums Leben kamen». Und in der *Chronik der Menschheit* ist die Rede von «mindestens 60.000 Menschen. Schätzungen reichen sogar bis zu 245.000 Opfern».

Amerikanische B-17-Bomber, bekannt als fliegende Festungen. Foto: U.S. Air Force

Der Blick vom Rathaus lässt das Inferno von Dresden erahnen. Foto: picture alliance / ZB

Ausradiert

In Dresden gab es zum Zeitpunkt der Bombardierung insgesamt 38.964 Wohngebäude. Davon wurden zerstört:

- 11.916 total (30,5 Prozent)
- 1.525 schwer (3,9 Prozent)
- 1.374 mittelschwer (3,5 Prozent)
- 9.867 leicht (25,3 Prozent).
- 805 angloamerikanische Flugzeuge warfen 1.472 Tonnen Sprengbomben und 1.262 Tonnen Brandbomben ab.

Leichenberg auf dem Altmarkt. Foto: Bundesarchiv, Bild 183-0877B-0001/Hahn/CC-BY-SA 3.0, Wikimedia Commons

Die mehrfach genannte Zahl 245.000 basiert auf einer Ermittlung der Joint Relief Commission des Internationalen Roten Kreuzes aus dem Jahr 1948. Sehr wahrscheinlich hat man sich hier auf übertriebene Darstellungen der Nazi-Propaganda zu unkritisch eingelassen. 1954 unternahm das Statistische Bundesamt in Wiesbaden den Versuch, aufgrund des vorhandenen Schriftmaterials eine Bilanz der deutschen Verluste im Luftkrieg 1939–1945 zu verfassen. Dabei kam man zu dem Ergebnis, dass in Dresden etwa 60.000 Menschen dem Bombenterror zum Opfer fielen.

Die Deutschen als sogenanntes Tätervolk

Seit der Wiedervereinigung 1990 herrscht jedoch in der Politik das bizarre Bestreben, die Deutschen als beispiellos ruchloses Tätervolk zu brandmarken und im Gegenzug etwaige deutsche Opfer entweder zu bestreiten oder ihre Zahl so gering wie möglich zu halten. Der DDR-Historiker Olaf Groehler, ein profunder Kenner der Materie, schrieb 1990 in seinem Kompendium *Bombenkrieg gegen Deutschland* noch zurückhaltend: «Aufgrund der Bergung von Opfern (...) kann aber davon ausgegangen werden, dass die Zahl der bei diesen Februarangriffen auf Dresden ums Leben gekommenen Personen mindestens bei 30.000 liegt; sie kann sich jedoch auch auf 40.000 belaufen.» Allerdings verwickelt sich Groehler hier in Widersprüche, wenn er sich auf den Bericht des Befehlshabers der deutschen Ordnungspolizei vom 22. März 1945 beruft. In diesem Rapport ist von bisher 18.375 geborgenen Toten die Rede, aber auch von 35.000 als vermisst gemeldeten Personen, die in größter Zahl unter die Toten zu rechnen sein dürften.

Als 2002 Jörg Friedrichs Buch *Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940–1945* erschien und der Autor schrieb, die Alliierten hätten an einem «entlegenen und unerheblichen Ziel» wie Dresden ihre Macht demonstrieren wollen und er überdies die Zahl der Todesopfer mit 40.000 bezifferte, schritt die Politik ein. Es begann ein unwürdiges Gezerre und Gefeilsche. Dass tausende Menschen durch den Feuersturm vollständig verbrannt waren und nicht mehr als Tote registriert werden konnten, wurde als Legende abqualifiziert. Auch die verheerenden Angriffe amerikanischer Tiefflieger an den Elbwiesen hätten nie stattgefunden – all dies sei eine kollektive Halluzination der Dresdner Bevölkerung gewesen. Sogar das Argument, in den Berichten von Besatzungen der US-Luftwaffe wären keinerlei Vorstöße im Tiefflug auf wehrlose Zivilsten vermerkt, ist nicht zu billig, um herangezogen zu werden. Groehler hierzu: «Das klingt wenig wahrheitsgetreu, denn rühmens- und berichtenswert mochte auch den amerikanischen Piloten diese Art von Luftkriegsführung nicht erscheinen.»

Um ein kanonisch wirkendes und möglichst niedriges Maß an Todesopfern zu dokumentieren, wurde von der Politik eine Historikerkommission eingesetzt, die am 17. März 2010 in ihrem Abschlussbericht wunschgemäß zu dem Ergebnis kam, es seien «bislang etwa 18.000 Dresdner Luftkriegstote nachgewiesen worden». Man gehe von «maximal 25.000 Menschen aus», die ums Leben gekommen seien. Kaum war der Bericht erschienen, tauchten Dokumente auf, wonach damals 20.100 Leichen namentlich und 2.600 anonym bestattet worden seien. Flugs musste die Mindestzahl korrigiert werden. Doch das Quantum von 25.000 zu bezweifeln, ist heutzutage schon fast ein strafbares Delikt.

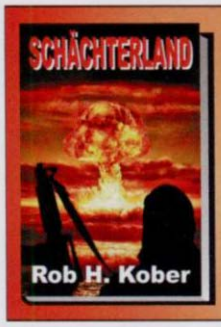
Dass tausende Menschen vollständig verbrannten, wird als Legende abqualifiziert.

Immerhin beschleichen manche Publizisten doch Zweifel, was den Fall Dresden 1945 betrifft. Der politisch überaus korrekte Bertelsmann-Verlag lässt seine Autoren in einer *Neuen Chronik der Weltgeschichte* (2010) zu dem Resultat gelangen: «Mehr als 35.000 Menschen kamen ums Leben.»

Wem diese Zahlenakrobatik angesichts unschuldiger Opfer zu geschmacklos erscheint, darf sich auf das Standardwerk des Historikers Janusz Piekalkiewicz über den Zweiten Weltkrieg berufen: «Der Angriff auf Dresden hat weder den Krieg verkürzt noch den Vormarsch der Sowjets beeinflusst. Die Stadt liegt selbst am Tage der Kapitulation noch immer nicht im unmittelbaren Kampfgebiet.» Der britische Philosoph und Historiker Anthony C. Grayling schreibt in seinem Buch *Die toten Städte* 2007: «Das Ausmaß der Gleichgültigkeit gegen Menschenleben und menschliches Leid, das sich darin zeigt, dass man eine ganze Stadt bombardiert, bloß um eine Kaserne oder Fabrik zu zerstören, bleibt schuldhaft.» Die Zahl der Opfer in Dresden berechnet Grayling übrigens mit «über 30.000». ■

_ Jan von Flocken ist Historiker und Buchautor und schreibt regelmäßig in COMPACT zu geschichtlichen Themen.

Anzeige



„Schächterland" - der neue Islamistenschocker von Rob H. Kober

„Zehn Freiwillige unter Leitung von Dr. B. Larsen lassen sich im Rahmen eines Testprogrammes für 5 Jahre in eine künstliche Kälteschlafphase versetzen. Sie ahnen nicht, wie dramatisch sich die Welt verändert hat, während sie eine Zeitreise in die eigene Zukunft machen. Ein menschenverachtendes islamistisches Kalifat hat die Macht in Westeuropa übernommen und die Bevölkerung versklavt. Der gnadenlose Überlebenskampf der Gruppe beginnt. Aber es naht Hilfe, russische Panzerdivisionen stoßen nach Westeuropa vor ... „

Tb, Tredition-Verlag HH, ISBN-978-3-7345-8324-7 sowie als E-Book.

Von Flockens Helden _ Paul Beneke

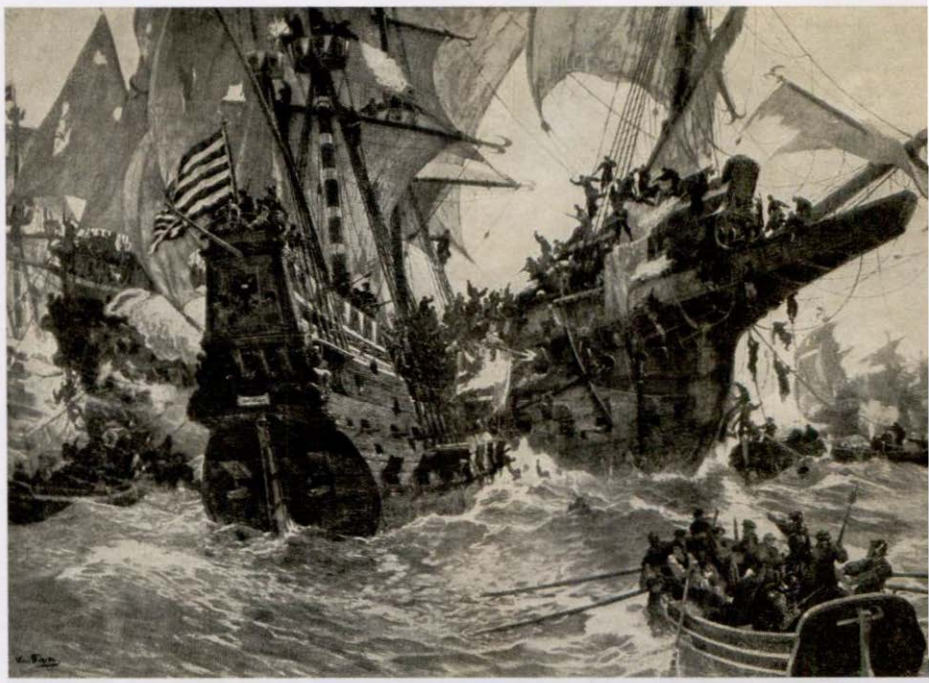
Ein ordinärer Pirat wie Klaus Störtebeker wird heute als Heros gefeiert. Doch im 15. Jahrhundert besaß Deutschland einen wirklichen Seehelden – Paul Beneke. Schon mit 14 Jahren nimmt er auf einem Hanse-Kriegsschiff an einer Seeschlacht gegen die Dänen vor Bornholm teil und rettet seinem Kapitän im Nahkampf das Leben. Wobei das Alter des Jungen nur geschätzt ist; gesichert ist nur, dass er im Oktober 1442 als Kleinkind von einem Danziger Schiffer zwischen Wrackteilen aufgelesen und in der Folge von dessen Schwager Johannes Beneke, einem Danziger Ratsherrn, adoptiert wurde – der nennt den Kleinen Paul.

Danzig gehört zum mächtigen deutschen Handelsbund, der Hanse. Seine gewerbliche Schifffahrt wird immer wieder von feindlichen Mächten bedroht und benötigt daher militärischen Begleitschutz auf dem Wasser. Die seemännische Besatzung besteht nicht aus Söldnern, sondern einheimischen Bürgern.

Beneke erobert 1466 das dänische Kriegsschiff Anholt und bringt es nach Danzig. Dafür erhält der junge Mann die Beförderung zum Kapitän. Im Frühjahr 1469 bricht ein Krieg mit England aus. König Edward IV. hat den Stalhof in London, wichtigster Handelsstützpunkt der Hanse, stürmen und plündern lassen. Deutsche Kaufleute werden interniert, ihr Eigentum beschlagnahmt. Die Flotten von Hamburg, Lübeck und Danzig setzen sich sofort in Marsch.

Auf der Reede von Brügge liegen fünf englische Kriegsschiffe. Beneke kommandiert nur zwei kleine Koggen, aber es gelingt ihm durch eine List, das Ruder des feindlichen Flaggschiffs Saint John zu blockieren. Es treibt steuerlos vor den deutschen Feinden, die plötzlich aus dem Nebel auftauchen. Da die Saint John achtern keine Kanonen besitzt, kann Beneke sich hinter ihn setzen und den bewegungsunfähigen Engländer durch einige Breitseiten zum Wrack schießen. Zwei Schiffe fliehen, die andern werden geentert.

Es bleibt nicht die einzige Ruhmestat des deutschen Kapitäns, den man inzwischen «harter Seevogel» nennt. 1470 nimmt seine Besatzung den Lord Mayor von London im Ärmelkanal gefangen. Beneke erhält zur Belohnung eine goldene Ehrenkette und ein neues Flaggschiff. Es ist der Dreimaster Peter von Danzig. Mit einer Länge von 52 Metern, einer Tragfähigkeit von 800 Tonnen, 350 Mann Besatzung und 18 Kanonen zählt es zu den größten Schiffen Nordeuropas.



Bilder von Paul Beneke sind nicht überliefert. Doch so ähnlich dürften die Seeschlachten des Danzigers ausgesehen haben. Foto: Repro COMPACT

Auf einer Fahrt vor der flandrischen Küste stößt Beneke 1472 auf zwei englische Kriegsschiffe, Magdalena de Dieppe und Swan of Caen. Die Danziger Seeleute zeigen plötzlich Furcht und verweigern den Kampf gegen den doppelt überlegenen Feind. Bevor es zur Meuterei kommt, packt Beneke seine Männer bei ihrer Ehre. «Sollen wir unser Leben lang die Schande tragen, dass die Kinder mit Fingern auf uns weisen und uns nachschreien: "Das sind jene, die sich von Ausländern jagen lassen!" Muss ich mit eigenen Ohren hören, dass uns Ausländer nachrufen, so müsse man deutsche Hunde jagen? Sollte ein ehrlicher Deutscher nicht eher sterben als das anhören?»

Jetzt gibt es für die Matrosen kein Zögern mehr. Die Peter von Danzig überschüttet die Engländer erst mit einem Kanonenhagel, geht dann längsseits und zwingt sie zur Kapitulation. Eine reiche Ladung aus Pelzen, Gold, Edelsteinen und Gewürzen wird erbeutet. 1473 erobert Beneke die Saint Thomas. Ihr wertvollster Schatz ist das *Jüngste Gericht*, ein Gemälde des Flamen Hans Memling. Man schenkt es der Heimatstadt Danzig, wo es noch heute zu sehen ist.

1474 muss England den Frieden von Utrecht schließen, die Vorrechte der Hanse bestätigen und hohe Entschädigungen zahlen. Paul Beneke fährt auf Schiffen wie dem Fliegenden Geist weiter erfolgreich Geleitschutz. Knapp 40-jährig stirbt der «harte Seevogel» 1480 an einer Epidemie. Ihm war es zu verdanken, dass die deutsche Hanse in den folgenden 100 Jahren Führungsmacht auf den Nordmeeren blieb. ■

> «Muss ich mit eigenen Ohren hören, dass uns Ausländer nachrufen, so müsse man deutsche Hunde jagen?»
> Paul Beneke

_ Der Historiker Jan von Flocken ist Autor zahlreicher Bücher. Zuletzt erschien im Kai-Homilius-Verlag Der Fluch des Tempelritters (264 Seiten, 19,95 Euro, 2012).

Hartlages BRD-Sprech _ völkisch

Der Ruf «Wir sind das Volk» wurde zum Symbol der Wende in der DDR. Erstmals taucht der Satz jedoch in Georg Büchners Werk Dantons Tod von 1835 auf. Foto: picture-alliance / dpa

Seit einigen Jahren macht ein Hass-Etikett die Runde, das die etablierten Hetzjournalisten immer häufiger jedem aufkleben, der anders denkt als sie (beziehungsweise ihre Aktionäre und Intendanten): Reichsbürger, Sympathisanten von Putin oder Trump, der ganz normale Nachbar von nebenan, vor allem aber die Opposition, die AfD und die identitäre Bewegung, – sie alle seien «völkisch» gesinnt. Was soll das eigentlich sein?

Der Duden definiert das Wort so:
«1. (nationalsozialistisch) (in der rassistischen Ideologie des Nationalsozialismus) ein Volk als vermeintliche Rasse betreffend; zum Volk als vermeintliche Rasse gehörend
2. (veraltet) national.»

Die letztere wertneutrale Bedeutung ist in der Tat derart veraltet, dass sie kaum noch jemandem geläufig ist. Eine Person oder Ideologie «völkisch» zu nennen heißt heute, ihm oder ihr eine Nähe zum Nationalsozialismus zu unterstellen – sich vor dem Zwang zur Begründung dieser Unterstellung aber zu drücken. Es handelt sich ganz einfach um einen demagogischen Kampfbegriff.

Den etablierten Ideologieproduzenten zufolge soll «völkisch» alles sein, was sich nur irgendwie positiv auf das eigene Volk bezieht, völkisch gesinnt jeder, der dessen Existenz bewahren möchte; jeder, der sich an den Interessen dieses Volkes orientiert; jeder, der gegen die Selbstherrlichkeit der Herrschenden an dieses Volk appelliert und daran erinnert, dass eben das Volk der Souverän eines demokratischen Staates ist, nicht dessen Regierung und schon gar nicht selbsternannte oder gekaufte Eliten.

Was sagt eigentlich einer über sich selbst und seine eigenen politischen Anliegen, wenn er sich des Begriffs «völkisch» zur Stigmatisierung bedient und damit erkennbar allein den Zweck verfolgt, all dies in Misskredit zu bringen?

Er sagt damit, dass er das Gegenteil vertritt: dass er gegen das Volk ist, gegen seine Interessen arbeitet, seine Existenz untergraben, seine Kritik an den Herrschenden zum Schweigen bringen, es als Souverän beseitigen möchte. Unter den Prämissen einer Ideologie, wonach begriffslogisch bereits die Volkssouveränität etwas «Völkisches» an sich habe, erklärt er den Hochverrat – wie soll man die Entmachtung, ja Beseitigung des Souveräns sonst nennen? – zur Bürgerpflicht. Wer so denkt, für den ist auch der Völkermord, zumindest der am eigenen Volk, kein Verbrechen, sondern eine Tugend. Alles andere wäre ja «völkisch».

Wie so oft, enthält die Sprache der BRD auch hier ihre eigene unfreiwillige Selbstentlarvung. Wer oppositionell ist, kann hier den Spieß umdrehen und die Ideologen des Establishments blamieren.

> «Völkisch» soll alles sein, was sich nur irgendwie positiv auf das eigene Volk bezieht.

Ganz falsch und ein Zeichen erstaunlicher politisch-taktischer Naivität ist es freilich, deren Kampfbegriffe positiv umdeuten zu wollen, ohne über die dafür erforderliche publizistische Verbreitungsmacht zu verfügen. Wenn etwa Frauke Petry über eine mögliche wertneutrale Verwendung des Begriffs «völkisch» philosophiert – die theoretisch denkbar und sprachhistorisch begründbar, nur eben seit mindestens hundert Jahren obsolet ist –, wo man ebenso gut «patriotisch» oder «national» sagen könnte, gibt sie der Gegenseite eine ärgerliche, weil unnötige Steilvorlage. Gewiss, so etwas kann jedem einmal passieren. Nur hätte diejenige, der es passiert, allen Grund, gegenüber weitaus harmloseren (wenn überhaupt!) Fehlleistungen von Parteifreunden nachsichtig zu sein. ■

_ Manfred Kleine-Hartlage ist Publizist und Diplom-Sozialwissenschaftler. Die Serie ist an sein Buch «Die Sprache der BRD» angelehnt: Verlag Antaios, 240 Seiten, gebunden, 22,00 Euro (Bestellung über antaios.de).

Sellners Revolution _ Selbstverteidigung

Terror hat heute viele Gesichter. Wir kennen vor allem seine islamistische Fratze. Doch es gibt auch Gewalttäter im eigenen Land, die keine Salafistenbärte tragen...

Am späten Abend des 3. Februar war ich in Wien unterwegs. Ich wollte mich am Schottentor, einem belebten Verkehrsknotenpunkt, mit einem Bekannten treffen. Der kam nicht, daher begann ich ein Gespräch mit einem Studenten. Ich wollte (für einen Videoblog) ein paar Meinungen zum FPÖ-Ball einfangen, der an dem Abend in der Wiener Hofburg stattfand und wie immer linksextreme Gegendemos ausgelöst hatte. Ob Trump, FPÖ, Einwanderung, oder Islamisierung – wir stimmten in keinem Punkt überein, und stritten uns bald leidenschaftlich, jedoch höflich. Während wir in der großen Überdachung der Straßenbahnstation redeten, fielen mir ein paar stechende Blicke vorbeigehender Gestalten auf. Gerade im Bereich der Uni-nahen Station Schottentor war ich bereits einige Male von Linken überfallen worden und hatte daher Pfefferspray dabei. Aber die Demo war schon vor fünf Stunden, weit entfernt zum Ende gekommen. «Es wird schon nichts passieren», beruhigte ich das warnende Gefühl in mir. «Und Du lässt Dir», so meldete sich meine innere Stimme trotzig, «aus Angst vor der Antifa sicher nicht den Aufenthalt in einer Straßenbahnstation verbieten.»

Als alles Andere nichts mehr half, zog ich meine Pfefferspraypistole.

Doch plötzlich Geschrei: «Da ist er, der Sellner!» Zwei schwarzgekleidete junge Männer stürzten schreiend auf mich zu, hinter ihnen folgten zwei Weitere. Wie immer bei solchen Überfällen versuchte ich zunächst zu deeskalieren. Ich blieb in Bewegung, wich Schlägen und Tritten aus, erwiderte mit ein paar Geraden und Kicks. Als das nichts half, zog ich meine Pfefferspraypistole, warnte die Angreifer vorab, drückte dann aber zweimal ab. Die Reizgasladungen trafen einen Antifa, der von mir abließ. Der Blonde suchte mit den anderen das Weite, als Securities die Polizei alarmierten. Doch die Attacke war noch nicht vorbei. Als ich die Station so rasch wie möglich verlassen wollte, erwartete mich am Ende einer Rolltreppe ein weiteres Überfallkommando. Sie versuchten, mich die glatten Stufen hinunterzutreten... Ich zog mich in die Station zurück, mischte mich unter die aufgebrachte Menschenmenge und wartete auf das Eintreffen der Polizei. Nach meiner Aussage auf dem Kommissariat wurde gegen mich ein vollkommen ungerechtfertigtes «vorläufiges Waffenverbot» verhängt, mit dem sich die Beamten «absichern» wollten. Danach fuhr ich heim und legte mich schlafen.

Währenddessen geschah ein weiteres, noch schlimmeres Verbrechen. Ich staunte nicht schlecht, als ich am nächsten Tag die Überschriften in den Zeitungen las: «Rechtsextremer feuert in U-Bahn Station», «Identitären Chef feuert um sich», «Nach Schuss in U-Station: Rechtem droht ein Jahr Haft». Die Lügenpresse stellte den Vorfall geschlossen als eine Art «Amoklauf» dar, ohne mich oder mögliche Zeugen zu befragen. Grüne Politiker fragten empört, warum ich nicht in «U-Haft» sei, während die Antifa, erfreut über mein Waffenverbot, erneut zur Hetzjagd aufrief. Doch die Terroristen der Antifa sind nicht das wahre Problem. Es sind die Hetzer und Lügner in den Redaktionsstuben, die uns als «Rechtsextreme» zum Abschuss freigeben und uns diffamieren, wenn wir uns wehren.

Aufgrund dieser Verleumdung brach jedoch ein Shitstorm in den Kommentarspalten los. Der Fall brachte uns Identitären eine Welle an Zustimmung, Bekanntheit und Unterstützung. Was mich besonders gefreut hat: Sogar der linke Student, mit dem ich so leidenschaftlich gestritten hatte, kontaktierte mich! Entsetzt über die Gewalt und die Berichterstattung erklärte er sich bereit, als Zeuge in der Sache auszusagen. Das heißt: Gegen alle Gemeinheit und Verlogenheit wird sich die Wahrheit durchsetzen. ■

_ Martin Sellner ist einer der Köpfe der Identitären Bewegung Österreich. Regelmäßig veröffentlicht er aktuelle Video-Ansprachen auf seinem Youtube-Kanal.

Für Österreichs Presse war bei den Protesten gegen den Akademikerball «alles friedlich». Foto: picture alliance / Herbert P. Oczeret / Apa / picturedesk.com

Bartels Schmäh _ Bimbes und Kaischi

_ Peter Bartels ist seit 50 Jahren Journalist und war 17 Jahre bei Bild. 1974 wurde er Unterhaltungschef in der Hamburger Zentralredaktion. Von 1989 bis 1991 war er zusammen mit Hans-Hermann Tiedje Chefredakteur von Bild – als das Blatt noch fünf Millionen Auflage hatte. Im Frühjahr ist sein Buch «Bild – Ex-Chefredakteur enthüllt die Wahrheit über den Niedergang einer einst großen Zeitung» erschienen.

Bei Springer ist Totentanz. Erst bricht die *Bild*-Auflage zum xten Mal schockweise weg, sie liegt jetzt nur noch bei um die 1,5 Millionen pro Tag (früher fünf!). Dann verdrückt sich «Totengräber» Kai «Kaischi» Diekmann in die kuscheligen Etappen-Fauteuils, weil er ums Verrecken nicht die dritte Auflagen-Schallmauer Richtung Keller durchbrechen will – nachdem er auf wundersame Weise 16 Jahre mit immer abenteuerlicherer Dialektik die Schuld daran den Unbilden des Schicksals in die Schuhe schieben durfte: von vier auf drei Millionen, von drei auf zwei, von zwei auf…

Mal waren die Laptops, iPads und PCs schuld. Mal die doofen Leser. Der Chefredakteur aber nie: «Wenn Papier im Journalismus noch eine Zukunft hätte, würde ich in die Wälder Norwegens gehen…», hatte er getönt, nachdem er alles versaubeutelt hatte… Wieso funzt dann auch das Online-Abo nicht?! Er residierte lieber ein Jahr (ein ganzes Jahr!) fern der bibbernden Zeitung im sonnigen Silicon Valley – natürlich mit Kegel und Klüngel. Ergebnis? Noch mehr Leere nach der Lehre im Tal der Ahnungslosen.

Aber da der Kaischi sich schon immer für ein schlaues Kerlchen hielt und sich geschickt aus der Misere herauszuwinden wusste, ernannte er flugs seine einstige Vorzimmerdame Tanit Koch zur Chefredakteurin für die Papier-*Bild* – und seinen «embedded» Kriegshelden, Julian Reichelt, zum Chefredakteur von *Bild Online*.

Natürlich hoffte er auf ein Wunder. Es blieb aus. Wie auch? Beide Nachfolger hatten ja bei ihm «gelernt». Und der Kaischi galt schon unter seinen Mitschülern in Springers Journalistenschule als mittelprächtige Funzel. Einer, der seine Zukunft als «Chefredakteur» längst bei einer Schülerzeitung in Bielefeld hinter sich gebracht hatte; da gelang dem Dreadlock-Zopf als Pennäler ein Interview mit «Kanzler Bimbes», dem Dicken aus der Pfalz. Und das war schon was. Was auch immer…

Die Wege des Herrn sind manchmal unergründlich, jedenfalls wenn man Trauzeugen wie den «Schwarzen Riesen» hat. Dass Helmut Kohls «Entdeckung» Diekmann nach 16 Jahren zum finalen Totengräber von *Bild* werden würde, hätte der selbst natürlich nie gedacht. Bimbes sicher auch nicht. Und so wird Kai – wie alle bei Springer – gestaunt haben, als sein oberster Chef, Vorstandschef Mathias Döpfner, neulich selbst zum Griffel griff und den «Medien» in Sachen Trump und Asylanten die Leviten las – und die Leser bedauerte, die Diekmann mit selten bescheuerten Merkel-Aktionen wie «Refugees Welcome» verjagt hatte: erst zu Pegida, dann zu *Facebook*, schließlich zur AfD.

Diekmann galt schon früher als mittelprächtige Funzel.

Ein paar Stunden nach Döpfners Artikel knickte Diekmanns getreuester Genickschuss-Gl ein: Julian Reichelt! Ausgerechnet der «Jäger des verlogenen Trump», der früher im Krieg auf den Boulevards von Syrien so gerne Tee trank, geißelte plötzlich ebenfalls Medien und Politiker – von Merkel über Steinmeier bis hin zu Obama: Bei Trump seien sie «alle» verlogen gewesen – vor und nach der Wahl. Alle? Und noch prompter ernannte Friede Springers Mann für «Geld aus Geist» den Julian, der in Talkshows gern rote Socken trägt, zum Chef der roten *Bild*-Gruppe. Jedenfalls, was davon übrig ist.

Und nun? Alles wieder gut? Kaischi muss noch seinen Prozess wegen «sexueller Belästigung» überstehen; eine schiache Tussi, Marke Männln, hat ihn angezeigt. Aber das ist Kachelmann ja auch passiert. Und dessen Dame war wenigstens hübsch…

Und sonst? Wie zu hören ist, soll Kaischis Freund, der ehemalige Minister Herr zu Guttenberg, endlich bereit sein, vor Trump aus den USA zurück nach Deutschland zu flüchten. Er war einst wegen eines falschen Doktortitels ins Exil emigriert. Damals orakelte Kaischi: Der wird mal Kanzler! Dann wäre auch Kaischi wieder da. ■

Diekmann als Leiche: 2015 posierte der damalige Bild-Chef ein paar Sekunden im ARD-Tatort «Spielverderber» mit Maria Furtwängler. Es war die 963. Folge der Krimireihe. Foto: WDR

Anzeige

Wie sichere ich mein Vermögen oder Unternehmen?

Müssen wir mit einem Crash rechnen? Diese Frage beantworten die beiden Wirtschafts- und Mittelstandsexperten Eberhard und Eike Hamer mit einem klaren »Ja«. Mit diesem Buch möchten sie private Vermögensbesitzer, kleine und mittelständische Unternehmer sowie Freiberufler in die Lage versetzen, noch rechtzeitig ihr Vermögen so umzudisponieren, dass es vor der kommenden Weltwirtschaftskrise gerettet werden kann.

Der Mittelstand hat in allen großen Weltwirtschaftskrisen nämlich stets zu lange den falschen optimistischen Parolen von Medien, Politik, Banken und Beratern geglaubt und wurde deshalb immer überproportional von Krisen getroffen. Allein in der ersten Weltwirtschaftskrise Anfang der 1930er-Jahre haben mehrere Millionen »gut situierte« Mittelständler alles verloren und sind zu Armen der Gesellschaft geworden. Ebenso sind Millionen mittelständischer Betriebe in Deutschland damals zusammengebrochen, mit entsprechender Massenarbeitslosigkeit und Verarmung der Belegschaft.

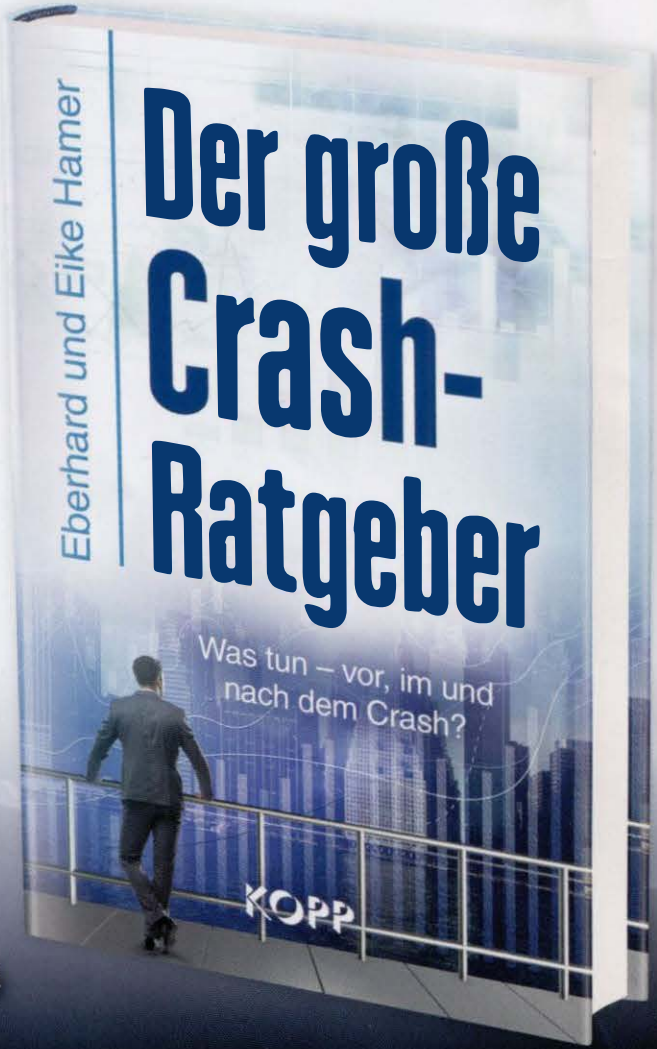
Heute stehen wir vor der größten Weltwirtschaftskrise, die die Erde je gesehen hat. Unser Geldsystem wird an seinen inneren Widersprüchen zerbrechen. Die Finanzblase wird platzen. Eine Weltwirtschaftskrise von ungeahntem Ausmaß wird die Folge sein. Sie wird für die meisten zu unbeschreiblicher Armut und Elend führen. Niemand wird sich diesem Desaster der Währungssysteme und dem Zusammenbruch der Börsen entziehen können.

Dieses Buch gibt umfassende und sehr praxisnahe Antworten. Die Analysen sind präzise und fundiert. Sie münden in konkrete Strategien und sind von bestechender Logik:

- Mit welchen Symptomen wird sich die Krise ankündigen?
- Welche Bereiche werden wie von Crash und Depression betroffen sein?
- Was können wir jetzt noch tun, um die Krisenfolgen für uns, unseren Betrieb und unser Vermögen möglichst zu reduzieren?
- Was kommt nach dem Crash? Wie wird es weitergehen?

Dieser Crash-Ratgeber wird Sie aufrütteln. Die Bedingungen und Folgen der vor uns stehenden Währungs-, Wirtschafts- und Gesellschaftskorrekturen werden viel tiefgreifender sein, als viele von uns bisher geglaubt haben. Ein gerade in jetziger Zeit unverzichtbares Buch.

Das Buch zu Crash und Depression: wie Sie jetzt disponieren müssen.



Eberhard & Eike Hamer: Der große Crash-Ratgeber
gebunden • 269 Seiten • zahlreiche Grafiken
Best.-Nr. 956 700 • 22.95 €

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10 • Telefax (0 74 72) 98 06 11 • info@kopp-verlag.de • www.kopp-verlag.de
Jetzt bestellen! Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

Unsere besten Spezial-Ausgaben

Hintergrundwissen für Wahrheitshungrige

COMPACT-Spezial Nr. 7

COMPACT-Spezial Nr. 8

COMPACT-Spezial Nr. 10

COMPACT-Spezial Nr. 12

Bestellung unter shop@compact-mail.de oder 03327-5698611, per FAX 03327-5698617

Im Webshop: compact-shop.de